



Nr. 273 | 17.10.2022

Ukraine-Analysen

- Internationale Hilfe für die Ukraine während des Krieges
- Perspektiven und Probleme des Wiederaufbaus der Ukraine nach dem Krieg

■ ANALYSE	
Internationale Hilfen für die Ukraine: Der »Ukraine Support Tracker« zeigt Kluft zwischen Zusagen und Umsetzung auf	2
Von Arianna Antezza (Barcelona School of Economics) und Pascal Frank (Universität Notre Dame in Indiana, USA)	
■ DOKUMENTATION	
Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine aus Deutschland	7
■ ANALYSE	
Ein »grüner« Marshall-Plan für die Ukraine?	9
Von Alla Dubrovyk-Rohova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ DOKUMENTATION	
German Marshall Fund: Designing Ukraine's Recovery in the Spirit of the Marshall Plan: Principles, Architecture, Financing, Accountability: Recommendations for Donor Countries	19
Civil Society Manifesto 2022 (Lugano Declaration)	21
■ KOMMENTAR	
Wie ein grüner Wiederaufbau aussehen kann	23
Von Rouven Stubbe und David Saha (beide German Economic Team, Berlin)	
Wiederaufbau und Neubau. Perspektiven für die Ukraine im und nach dem Krieg	25
Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
Korruption in der Ukraine: Wie wichtig ist das Problem?	28
Von Yuriy Gorodnichenko (University of California, Berkeley), Julia Guz und Ilona Sologoub (beide VoxUkraine)	
■ DOKUMENTATION	
The Cost of Reconstruction: Calculations of the National Recovery Council	30
Wolodymyr Dzenko (Transparency International Ukraine)	
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 17. Oktober 2022)	33
■ CHRONIK	
09. Juli – 14. August 2022	34

Internationale Hilfen für die Ukraine: Der »Ukraine Support Tracker« zeigt Kluft zwischen Zusagen und Umsetzung auf

Von Arianna Antezza (Barcelona School of Economics) und Pascal Frank (Universität Notre Dame in Indiana, USA)

DOI: 10.31205/UA.273.01

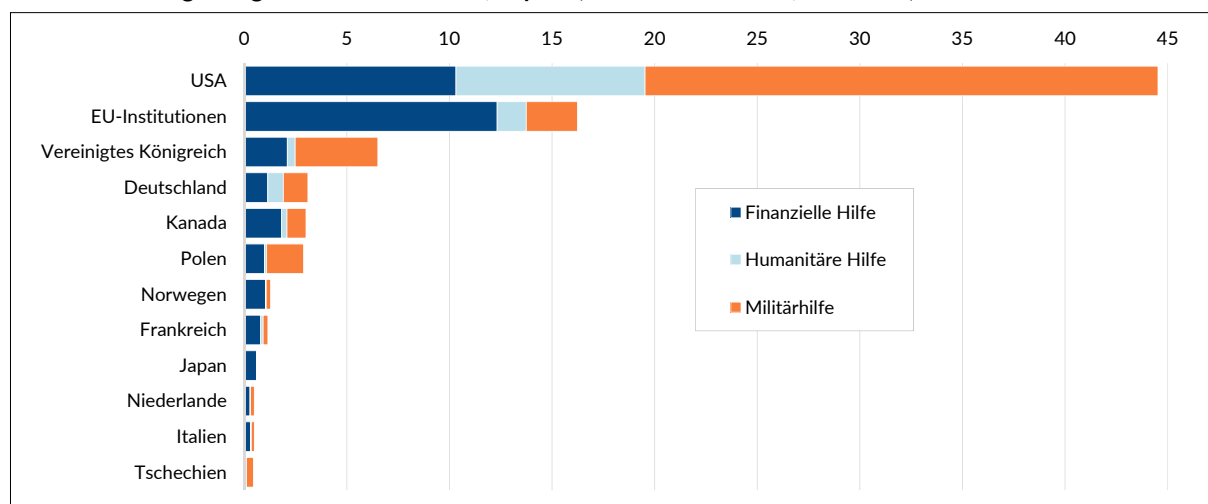
Zusammenfassung

Dieser Artikel fokussiert sich auf den Beitrag der Studie von Antezza et al. (2022) in der Erfassung humanitärer und finanzieller Hilfszusagen von über 40 Ländern im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Wir diskutieren das Muster der Hilfszusagen im Ländervergleich und im Laufe der Zeit, ebenso wie die Differenzen zu den tatsächlich gelieferten Hilfen. Der Artikel ist somit als komplementär zu der überwiegend von militärischen Hilfszusagen geprägten öffentlichen Diskussion zu verstehen. Mit den folgenden Ausführungen demonstrieren wir, wie der »Ukraine Support Tracker« als systematische Datenquelle die Einordnung von entsprechenden bis dato ergriffenen Politikmaßnahmen erlaubt.

Der Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 löste zahlreiche Solidaritätsbekundungen aus, insbesondere von Regierungen und Organisationen in Europa und Nordamerika. Dies inkludierte auch Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, was in vielen Ländern ein Novum darstellt. Das gilt insbesondere für Deutschland, wo Kanzler Scholz diese Zäsur mit dem Begriff »Zeitenwende« prägte.

Der »Ukraine Support Tracker« (UST) ist das quantitative Spiegelbild dieser zahlreichen Hilfszusagen, da er systematisch die zugesagten militärischen, finanziellen und humanitären *Regierungszusagen* an die Ukraine in Milliarden Euro beziffert. Im Unterschied zur überwiegend von anekdotischer Evidenz geprägten öffentlichen Debatte erlaubt der Tracker fortlaufend eine Bewertung und einen Vergleich der von insgesamt 40 Ländern (und 41 Geber, inklusive der Europäischen Union) geleisteten Zusagen. Grafik 1 gewährt eine Übersicht der Top 12 Geber, nach Art der Hilfe und bis zum aktuellen Update des UST (Daten vom 24. Januar 2022 bis zum 3. August 2022).

Grafik 1: Regierungshilfe an die Ukraine, Top 12 (24.01.–03.08.2022, Mrd. EUR)



Hinsichtlich der vieldiskutierten militärischen Hilfszusagen ist unter den Topgebern die dominante Rolle der Vereinigten Staaten, dem Geberland mit dem größten Zusagevolumen, unverkennbar. Relativ zu den US-Zusagen insgesamt, machen die militärischen Hilfen gut 56 Prozent aus (für alle Geber aggregiert kommt man auf einen Anteil von 45 Prozent). Entsprechend diesem signifikanten Anteil nehmen in der öffentlichen Debatte wie auch im Forschungspapier des UST Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine – bzw. deren Ausbleiben – eine prominente Rolle ein.

Wir wollen in diesem Artikel den Beitrag des UST in der ebenso wichtigen Debatte zu den humanitären und finanziellen Hilfszusagen beleuchten. So zeigt Grafik 1, dass auch finanzielle und humanitäre Hilfszusagen von erheblichem Umfang getätigt wurden (beide Kategorien zusammen stehen für rund 55 Prozent der insgesamt getätigten Regierungszusagen). Markant in dieser Kategorie sind die EU-Institutionen mit einem Volumen von 12,3 Milliarden

Euro, wobei der größte Teil durch die Makrofinanzhilfe der EU-Kommission repräsentiert wird. Ebenso ersichtlich ist, dass humanitäre Hilfszusagen oft den geringsten Wert im Vergleich zu den anderen beiden Kategorien aufweisen (insgesamt 17 Prozent aller quantifizierten Regierungszusagen sind humanitärer Natur). Dennoch dürften jene humanitären Pakete insbesondere zu Ausbruch des Krieges einen substanziellen Beitrag dazu geleistet haben, akute Notlagen abzumildern und stellen damit einen Wert dar, der über den in Euro quantifizierten Wert hinausgeht.

Wir diskutieren, nach einer Übersicht der Methodik des Trackers, die Muster im Hinblick auf humanitäre Hilfszusagen im Längsschnitt (über den Zeitverlauf hinweg). Schließlich vergleichen wir die finanzielle Hilfszusagen im Hinblick auf ihre Angemessenheit. Dabei gehen wir sowohl auf die Möglichkeiten als auch Grenzen des UST als Datenquelle für Politikempfehlungen ein.

Die Methodik des Ukraine Support Trackers

Im Folgenden soll kurz die Methodik des UST erläutert werden. Dies umfasst erstens das Vorgehen der Quantifizierung in vergleichbare monetäre Werte, und zweitens die Definition und Abgrenzung der geleisteten Hilfszusagen in militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe.

Der Hauptzweck des UST besteht in der systematischen Quantifizierung der Hilfszusagen von 41 Gebern. Der Fokus auf eine Zusammenstellung in monetären Wert macht es zuweilen notwendig, dass Zusagen in Form von Sachgütern, wie z. B. Waffensysteme oder humanitäre Hilfspakete, mit Preisen oder Kostenangaben umgerechnet werden müssen. Oft ist der monetäre Wert offiziellen Quellen, wie Pressemitteilungen, zu entnehmen. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, werden Schätzungen ermittelt. Dies stellt eine große Herausforderung in jenen Fällen dar, in denen Information nur spärlich offengelegt werden, z. B. wenn lediglich ein Paket von »Medikamenten« oder Hilfe in Form von »Tonnen an Kleidung« angegeben wird. Wir greifen dabei auf Kostenübersichten von internationalen NGOs oder auf Marktpreise für vergleichbare Güter zurück. Der Grundsatz ist bei nicht hinreichend spezifizierten Angaben, dass wir eine Unterschätzung der Hilfszusagen vermeiden möchten und daher tendenziell in unklar definierten Fällen eher zu hohe als zu niedrige Schätzungen annehmen.

Neben dem Vorgehen zur Quantifizierung ist insbesondere hervorzuheben, dass der UST *Regierungszusagen* (an die Regierung der Ukraine) systematisch erfasst, jedoch keine Zusagen jedweder *privater* Parteien. Auch die systematische Erfassung der Hilfen von internationalen Organisationen gestaltet sich als herausfordernd.

Die Zusagen lassen sich neben der militärischen Hilfe, die alle Typen von Waffen und militärischer Ausrüstung erfasst, in jene zwei Kategorien unterscheiden, die im Folgenden diskutiert werden: die finanziellen und humanitären Zusagen. Finanzielle Hilfeleistungen umfassen jedwede Art von Zuschüssen, Krediten oder Kreditgarantien für den Staatshaushalt, *mit Ausnahme* von Zusagen, die an militärische oder humanitäre Zwecke gekoppelt sind. Diese werden als militärische bzw. humanitäre Hilfe erfasst. Humanitäre Hilfe erfasst darüber hinaus Pakete zur Unterstützung der Zivilbevölkerung, also Nahrungsmittel, Medikamente, oder andere Hilfsgüter.

1. Humanitäre Hilfszusagen

Die systematische Erfassung humanitärer Hilfsströme ist aus mindestens drei Gründen herausfordernd. Erstens ist diese Hilfskategorie durch eine Vielzahl von privaten Akteuren geprägt, die vor Ort die Hilfe umsetzen. Zweitens beziehen sich die entsprechenden, oft aggregierten, Regierungszusagen für humanitäre Hilfe oft auf Hilfen für Ukrainer:innen, die geflohen sind oder stehen neben der Ukraine anderen Ländern, z. B. zur Vermeidung von Hungerkatastrophen aufgrund der Weizenknappheit, zur Verfügung. Weiter werden die Hilfen oft an UN-Organisationen und nicht direkt an die Ukraine überwiesen. Es bleibt daher oft unklar, welcher Anteil solcher facettenreicher Hilfspakete konkret in der Ukraine ankommt. Schließlich ist nicht zu vernachlässigen, dass ein substanzieller Teil der humanitären Hilfe durch private Mittel gestemmt wird. Auch hier gestaltet sich ein systematischer Überblick als herausfordernd. Daher ist nochmals zu betonen, dass der UST nur den Umfang der Zusagen von Regierungen an die Ukraine erfasst.

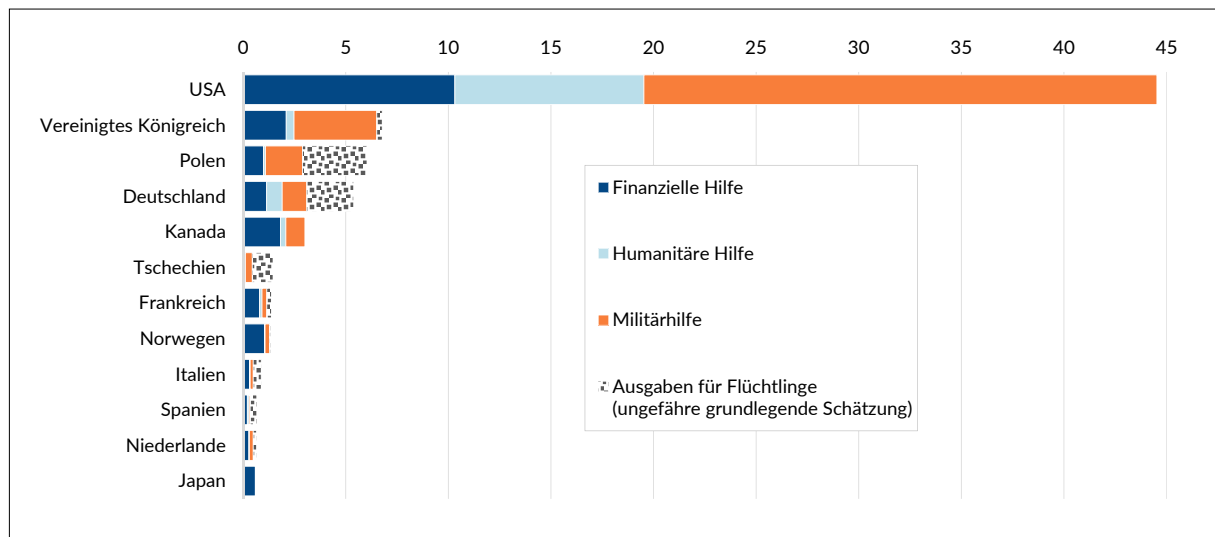
Betrachtet man die geleisteten humanitären Hilfszusagen (Grafik 1) relativ zum Gesamtvolumen, wird deutlich, dass die USA als Geberland dominieren und dass jene Länder mit hohem Zusagevolumen insgesamt auch jene sind, die aggregiert die größten humanitären Hilfszusagen machen.

Insbesondere zu Beginn des Krieges kam es zu zahlreichen humanitären Hilfszusagen in Form von Sachgegenständen. I.d.R. ist der monetäre Wert ebenjener Pakete, wie z. B. Nahrungsmittel oder Kleidung, im Vergleich zu Waffensystemen gering, was einen Aspekt für den relativ geringen Anteil der humanitären Hilfe an den gesamten Zusagen (17 Prozent) darstellt. Eine zweite Erklärung ist, dass im Zeitverlauf die Sachlieferungen stark zurückgegangen sind. Humanitäre Hilfe spiegelte sich ab ca. Mitte April vor allem in Form von Zuschüssen für humanitäre Zwecke wider. Dabei gilt es daran zu erinnern, dass der humanitäre Bedarf jedoch mit schlechteren Wetterbedingungen und dem nahenden Winter ansteigen dürfte, was gegebenenfalls dann wieder zu erhöhten Sachlieferungen führen könnte.

Insbesondere der genannte zweite Aspekt zeigt, dass sich humanitäre Hilfe oft nur schwer von finanzieller Hilfe trennen lässt, führen doch die Regierung zumeist humanitäre Hilfsmissionen nicht selbst durch, sondern unterstützen oftmals Durchführungsorganisationen vor Ort oder internationale Organisationen wie UNHCR oder das Internationale Rote Kreuz. Interessanterweise kann ebenjenes Muster, also viele Zusagen in Form von Sachleistungen zu Beginn des Krieges und dann überwiegend humanitäre Hilfszusagen in Form von finanziellen Transfers, ab ca. April auch in der Ebene der unmittelbaren Umsetzung humanitärer Hilfe identifiziert werden. Wie das United Kingdom Humanitarian Innovation Hub zeigt, wählen immer mehr NGOs vor Ort ab Anfang April eine Unterstützung mittels Geldüberweisungen, anstatt humanitäre Sachleistungen unmittelbar bereitzustellen. Dies ergab sich aufgrund operationeller Schwierigkeiten, die der Krieg verursacht hat.

Wenngleich das Forschungsinteresse des UST sich primär darauf bezieht, welche Art von und wie viel Regierungshilfen der Ukraine zugesagt wurden, kann sich eine Diskussion zu humanitären Hilfen nicht der Versorgung der zahlreichen Geflüchteten entziehen. Das UNHCR beziffert die Anzahl von für temporären Schutz gemeldeten Geflüchteten aus der Ukraine auf über vier Millionen in Europa. Die vorhandene Datenlage ist jedoch nach wie vor unvollständig und die Kostenübersicht unklar. Für eine Kostenberechnung diskutieren wir im Forschungspapier verschiedene Kostenspannen, die sich in der Literatur finden und nehmen als Basisszenario 500 Euro pro Monat und geflüchteter Person an. Grafik 2 zeigt nun die Übersicht zu den Hilfszusagen inklusive der geschätzten Kosten für Geflüchtete. Im Wesentlichen ändert die Berücksichtigung dieser Kostenberechnung nicht das Länderranking. Die hervorstechende Rolle osteuropäischer Länder in der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten zeigt sich nichtsdestotrotz in dem angepassten Ranking darin, dass Polen und Tschechien weiter oben platziert sind.

Grafik 2: inklusive Kosten für Geflüchtete, Top 12 (Mrd. EUR)



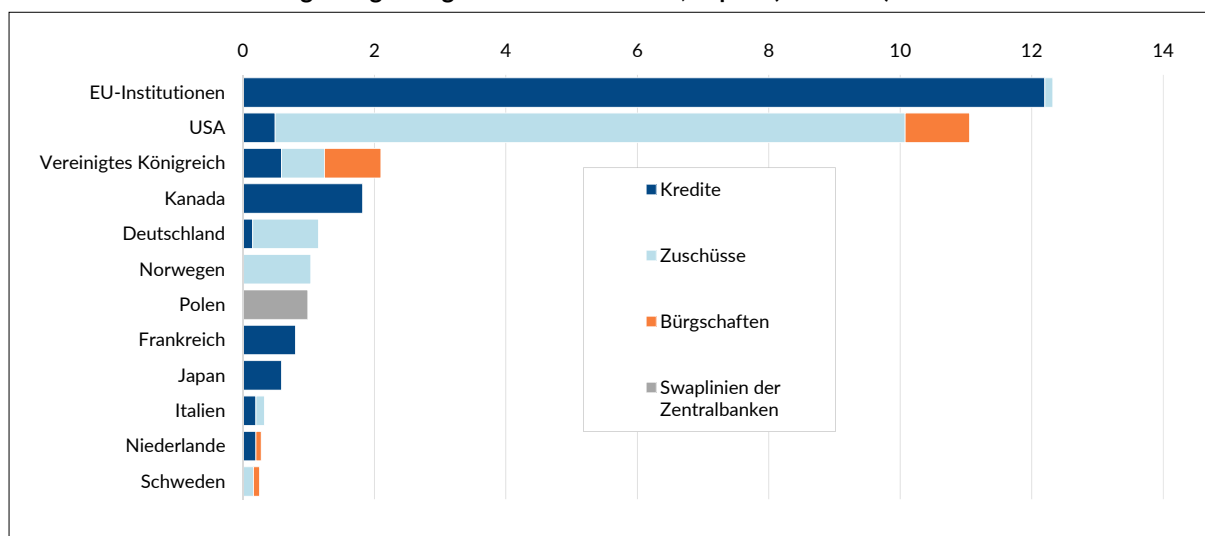
2. Finanzielle Hilfszusagen

Klar ist, dass die finanzielle Hilfe eine dominante Rolle einnimmt, um grundsätzliche staatliche Institutionen aufrechtzuerhalten, die Verteidigung zu finanzieren, aber auch um die kontinuierliche Umsetzung humanitärer Hilfe fortzusetzen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte im April einen Bedarf von fünf Milliarden US-Dollar pro Monat identifiziert, um den Fortbestand der allgemeinen Regierungsstrukturen zu gewährleisten. Dieser geschätzte Wert erlaubt eine Bewertung des Zusagevolumens im Hinblick auf die *Angemessenheit*. Da der Krieg nunmehr sechs Monate andauert, kann man einen kumulierten Bedarf von etwa 30 Milliarden US-Dollar ableiten. Dies ist erstaunlich ähnlich zu den kumulierten finanziellen Regierungszusagen, die der UST erfasst, nämlich 30,35 Milliarden Euro. Grafik 3 auf der nächsten Seite gewährt eine Übersicht über die Struktur der finanziellen Hilfszusagen.

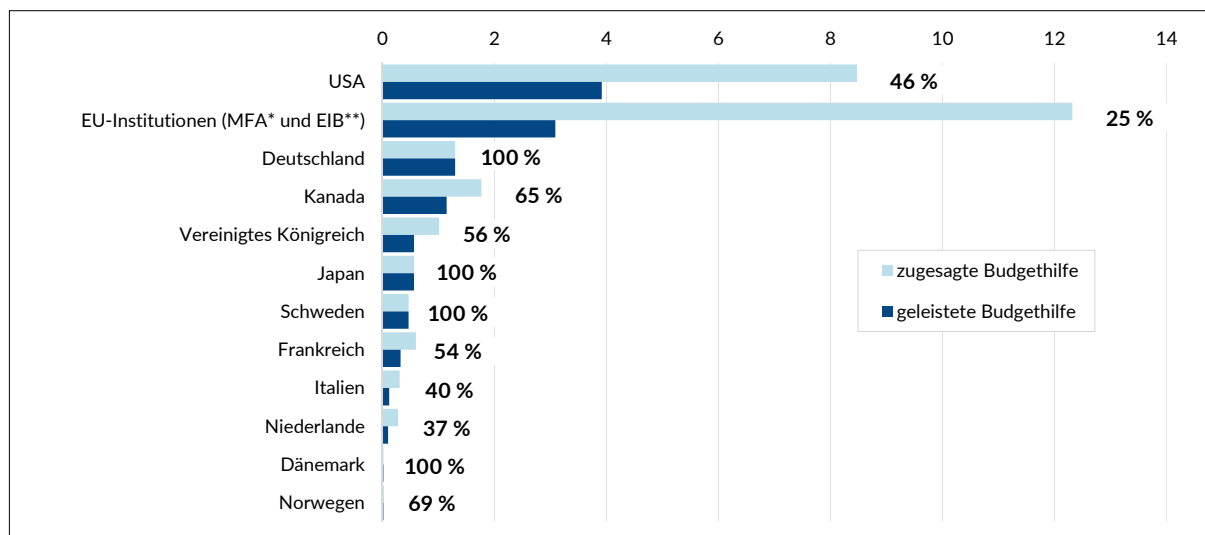
Während beispielsweise die USA den Großteil ihrer Finanzhilfe als Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen, leisten wollen, stellt die EU im Rahmen des Makrofinanzhilfeprogramms überwiegend Kredite zur Verfügung.

Auf den ersten Blick könnte man nun einen nahezu perfekten »Match« der Zusagen und des Bedarfs ableiten, sofern man die Annahme zugrunde legt, dass eine finanzielle Unterstützung von fünf Milliarden US-Dollar pro Monat dem wahren Bedarf entspricht.

Grafik 3: Finanzielle Regierungszusagen nach Art der Hilfe, Top 12 (Mrd. EUR)

Mit bilateralen Zusagen für die Ukraine. Ohne private Spenden, Unterstützung für Flüchtlinge außerhalb der Ukraine und Hilfe von internationalen Organisationen. Hilfen der EU-Institutionen beinhalten Zusagen der EU (Kommission und Rat), Makrofinanzhilfe und der Europäischen Investitionsbank.

Jedoch lohnt sich hier ein genauerer Blick auf die Daten. Wichtig ist, analog zur militärischen Hilfe, was tatsächlich in der Ukraine ankommt und nicht unbedingt, was versprochen wird. Nachfolgende Grafik 4 vergleicht daher die *Budgethilfen*, die gemäß dem ukrainischen Finanzministerium geleistet wurden, mit den Zusagen.

Grafik 4: Geleistete vs. zugesagte Budgethilfe (inkl. des prozentualen Anteils geleistet), Top 12 (Mrd. EUR)

* Makrofinanzhilfe

** Europäische Investitionsbank

Anzumerken ist hierbei, dass die erfassten Finanzströme des ukrainischen Finanzministeriums leicht von der Definition der Finanzhilfe des UST abweichen. So gehen beispielsweise auch Zuschüsse, die an humanitäre Zwecke gekoppelt sind, als Budgethilfe ein, während sie in unseren Daten als humanitäre Hilfe erfasst sind (siehe für eine ausführliche Diskussion, Antezza et al. 2022). Für die Grafik 4 haben wir daher unsere erfassten Daten entsprechend korrigiert, und verwenden für eine bessere Übersicht den Begriff *Budgethilfe* anstatt Finanzhilfe. Insgesamt quantifiziert der UST im erfassten Zeitraum über 32 Milliarden Euro an Zusagen für Budgethilfen, jedoch nur etwa 14 Milliarden Euro an tatsächlich überwiesenen Mitteln, also knapp 44 Prozent. Grafik 4 informiert auch darüber, dass die größten Lücken bei den größten Geberländern vorhanden sind. Einerseits ist es die USA, die etwas weniger als die Hälfte der Zusagen ausgezahlt haben. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die

spezielle Natur der US-Zusagen, nämlich dass der Kongress größere Gesamtpakete bewilligt, die dann durch die Regierung nach und nach im Zeitverlauf verwendet werden. Die Lücke zwischen Zusagen und geleisteten Hilfen bei den EU-Institutionen kann im Wesentlichen durch das Mitte Mai verkündete zweite Makrofinanzhilfepaket von 9 Milliarden Euro erklärt werden, wovon laut Europäischer Kommission bis zum 3. August lediglich 1 Milliarde Euro überwiesen wurde. Ausgestattet mit diesem Wissen, kann man einige Schlagzeilen, wie zum Beispiel die Erwartung des ukrainischen Finanzministers, bis zum Jahresende weitere 12 bis 16 Milliarden US-Dollar als Budgethilfe zu erhalten, in einem neuen Licht betrachten. Dies wäre nämlich mit der Umsetzung bisheriger Zusagen bestens möglich. Für die Erfüllung dieser Erwartungen bräuchte es folgerichtig keine zusätzlichen Hilfspakete.

Jedoch zeigen manche Länder, wie Japan und Schweden, dass eine zeitnahe vollständige Erfüllung der Zusagen durchaus möglich ist. Ein weiteres Beispiel ist die für die verzögerte Umsetzung der militärischen Hilfen vielgescholtene deutsche Regierung. Deutschland überwies der Ukraine im Juni das bisher größte einzelne Zuschusspaket im Volumen von 1 Milliarde Euro.

Der Schlüssel für eine nachhaltige Unterstützung der Ukraine könnte genau hier liegen: in der effizienten Umsetzung dessen, was schon versprochen wurde. So könnte man ableiten, dass ein Fokus auf die Politikprozesse, die nötig sind, um die Hilfen auszuzahlen, langfristig mindestens genauso von Bedeutung sein dürften wie eine kontinuierliche Fortsetzung der geleisteten Regierungszusagen.

Fazit

Mit diesem Artikel haben wir die humanitären und finanziellen Hilfszusagen von (den wichtigsten) 41 Gebern an die Regierung der Ukraine im Kontext des russischen Angriffskrieges ins Rampenlicht gestellt. Wir heben das Muster humanitärer Hilfszusagen im Zeitverlauf hervor, und diskutieren die Angemessenheit der aggregierten finanziellen Hilfszusagen. Letztere zeigen die Möglichkeiten und Grenzen des Ukraine Support Trackers auf. Blickt man lediglich auf das Zusagevolumen und vergleicht es mit der IWF-Schätzung, kommt man zur Annahme, dass ein ausreichendes Zusagevolumen vorliegt. Wichtig ist aber neben der Ebene der *Angemessenheit* auch jene der *Umsetzung*.

Diese beiden Ebenen limitieren die Aussagekraft der Daten zu den *Regierungszusagen*. Benötigt wird hier eine Vergleichsebene. Daher erfasst der Tracker ebenso, was bereits umgesetzt wurde und erlaubt eine Diskussion der Angemessenheit auf Basis der Angaben des ukrainischen Finanzministeriums. Dieser Analyserahmen des UST sollte ebenso wie die allgemeinen Grenzen der Analyse (41 Geber; Kostenschätzungen; bisher ein Fokus auf Regierungszusagen) berücksichtigt werden, wenn Politikempfehlungen zur Unterstützung der Ukraine auf Basis des Trackers abgeleitet werden sollen.

Über die Inhalte dieses Artikels hinaus ermöglicht der Ukraine Support Tracker als quantitatives Spiegelbild der Regierungszusagen seit April 2022 ein umfassendes Bild der von westlichen Gebern für die Ukraine bereitgestellten Hilfen seit Beginn des Krieges bis zum 3. August 2022. Unser Datensatz erfasst 84,2 Milliarden Euro an finanzieller, humanitärer und militärischer Hilfe, die der Ukraine seit dem 24. Januar 2022 zugesagt wurde. In Milliarden Euro sind die Vereinigten Staaten der mit Abstand größte bilaterale Unterstützer der Ukraine, gefolgt von den EU-Institutionen und dem Vereinigten Königreich. In Prozent des BIP der Geberländer sind die osteuropäischen Länder besonders engagiert, und dies gilt umso mehr, wenn man Kosten für Geflüchtete berücksichtigt. In den Monaten Juni und Juli sind die Neuzusagen deutlich zurückgegangen, wodurch sich die Kluft zwischen den Forderungen der Ukraine und der ausländischen Hilfe, die sie erhält, weiter vergrößert.

Über die Autor:innen:

Arianna Antezza studiert Wirtschaft an der Barcelona School of Economics.

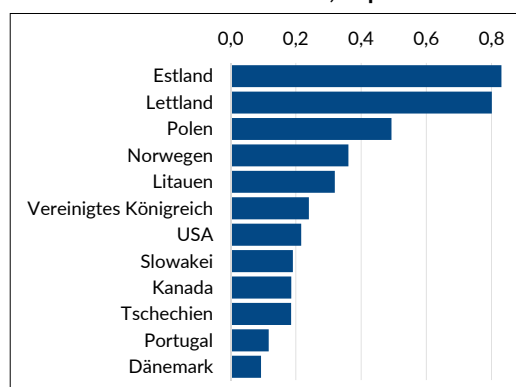
Pascal Frank ist Doktorand der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Notre Dame in Indiana, USA.

Die Autor:innen sind Teil des »Ukraine Support Tracker« Teams unter Leitung von Prof. Dr. Christoph Trebesch am Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel. Hinweise und Anregungen zum Ukraine Support Tracker gerne an: ukrainetracker@ifw-kiel.de. Homepage des Ukraine Support Tracker, mit Zugriff auf das Forschungspapier und der Datenbank: <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker>.

Literaturtipp:

- Antezza et al. (2022). The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?. Kiel Working Paper No. 2218.

Grafik 5: Bilaterale Hilfe als Prozent des BIP der Geberländer, Top-12



Militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine aus Deutschland

Deutschland unterstützt die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen – aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden. Eine Übersicht.

Die Bundesregierung unterstützt das ukrainische Militär in enger Abstimmung mit ihren Partnern und Verbündeten. Diese Aufstellung gibt eine Übersicht über deutsche letale und nicht-letale militärische Unterstützungsleistungen für die Ukraine. Sie umfasst Lieferungen aus Beständen der Bundeswehr – und solche der deutschen Industrie, die aus Mitteln der sogenannten Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden.

Im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2022 wurden die Mittel für die Ertüchtigungsinitiative auf insgesamt 2 Milliarden Euro für das Jahr 2022 erhöht. Die zusätzlichen Mittel sollen vornehmlich der Unterstützung der Ukraine zugutekommen. Zugleich werden sie zur Finanzierung der gestiegenen deutschen Pflichtbeiträge an die Europäische Friedensfazilität (EPF) eingesetzt, aus deren Mitteln wiederum Kosten der EU-Mitgliedstaaten für Unterstützungsleistungen an die Ukraine erstattet werden können.

Gelieferte militärische Unterstützungsleistungen:

(Änderungen im Vergleich zur Vorwoche in fett)

- **1 Luftverteidigungssystem IRIS-T SLM*****
- **100.000 Erste-Hilfe Kits***
- **405.000 Rationen Einpersoneneinheiten (EPa) (vorher 403.000)**
- 5 Bergepanzer 2*
- 30.000 Schuss Munition 40mm*
- 30 Flakpanzer GEPARD inklusive circa 6.000 Schuss Flakpanzermunition*
- 6 MG3 für Bergepanzer
- 3.000 Schuss 155 mm Artilleriemunition (1000 Leucht-/ 2000 Nebel)
- 67 Kühlschränke für Sanitätsmaterial
- Artillerieortungsradar COBRA*
- 4.000 Schuss Flakpanzerübungsmunition
- 54 M113 gepanzerte Truppentransporter mit Bewaffnung (Systeme aus Dänemark, Umrüstung durch Deutschland finanziert)*
- 53.000 Schuss Flakpanzermunition
- 20 Laserzielbeleuchter*
- 3.000 Patronen »Panzerfaust 3« zuzüglich 900 Griffstücke
- 14.900 Panzerabwehrminen
- 500 Fliegerabwehrraketen STINGER
- 2.700 Fliegerfäuste STRELA
- 10 Panzerhaubitzen 2.000 inklusive Anpassung, Ausbildung und Ersatzteile (gemeinsames Projekt mit den Niederlanden)
- 21,8 Millionen Schuss Handwaffenmunition
- 50 Bunkerfäuste
- 100 Maschinengewehre MG3 mit 500 Ersatzrohren und Verschlüssen
- 100.000 Handgranaten
- 5.300 Sprengladungen
- 100.000 Meter Sprengschnur und 100.000 Sprengkapseln
- 350.000 Zünder
- 10.500 Schuss Artilleriemunition 155mm
- 10 Antidrohnenkanonen
- 14 Drohnenabwehrsensoren und -jammer
- 100 Auto-Injektoren
- 28.000 Gefechtshelme
- 15 Paletten Bekleidung
- 280 Kraftfahrzeuge (Lkw, Kleinbusse, Geländewagen)
- 100 Zelte
- 12 Stromerzeuger

- 6 Paletten Material für Kampfmittelbeseitigung
- 125 Doppelfernrohre
- 1.200 Krankenhausbetten
- 18 Paletten Sanitätsmaterial, 60 OP-Leuchten
- Schutzbekleidung, OP-Masken
- 10.000 Schlafsäcke
- 600 Schießbrillen
- 1 Radiofrequenzsystem
- 3.000 Feldfernsprecher mit 5.000 Rollen Feldkabel und Trageausstattung
- 1 Feldlazarett (gemeinsames Projekt mit Estland)
- 353 Nachtsichtbrillen
- 4 elektronische Drohnenabwehrgeräte
- 165 Ferngläser
- Sanitätsmaterial (unter anderem Rucksäcke, Verbandspäckchen)
- 38 Laserentfernungsmesser
- Kraftstoff Diesel und Benzin (laufende Lieferung)*
- 10 Tonnen AdBlue*
- 500 Stück Wundaufgaben zur Blutstillung
- MiG-29 Ersatzteile*
- 30 sondergeschützte Fahrzeuge*
- 80 Pick-up*
- 7.944 Panzerabwehrhandwaffen RGW 90 Matador*
- 3 Mehrfachraketenwerfer MARS II mit Munition
- 6 Lkw Fahrzeugdekontaminationspunkt HEP 70 inklusive Material zur Dekontaminierung
- 10 Fahrzeuge HMMWV (8x Bodenradarträger, 2x Jammer/Drohnenräger)*
- 7 Störsender*
- 8 mobile Bodenradare und Wärmebildgeräte*
- 4 mobile, ferngesteuerte und geschützte Minenräumergeräte*
- 8 elektronische Drohnenabwehrgeräte*
- 1 Hochfrequenzgerät inkl. Ausstattung*

Militärische Unterstützungsleistungen in Vorbereitung/Durchführung:

(Aus Sicherheitserwägungen sieht die Bundesregierung bis zur erfolgten Übergabe von weiteren Details insbesondere zu Modalitäten und Zeitpunkten der Lieferungen ab.)

- **16 Panzerhaubitzen Zusana***(gemeinsames Projekt mit Dänemark und Norwegen)
- **130 Feldheizgeräte***
- **36 Krankenkraftwagen***
- 10 Brückensysteme (schwere und mittlere Brückensysteme)*
- 3 mittlere Trägerbrückensysteme*
- 90 Schwerlastsattelzüge*
- 3 Luftverteidigungssysteme IRIS-T SLM***
- 4 Panzerhaubitzen 2000 mit Munitionspaket
- 2 Mehrfachraketenwerfer MARS II mit Munition
- 50 Allschutz-Transport-Fahrzeuge Dingo
- »Winterpaket« (Wärmebekleidung, Stromerzeugeraggregate, Zelte und Verpflegungsrationen)
- Ersatzteile schweres Maschinengewehr M2
- 167.000 Schuss Handwaffenmunition
- 12 Schwerlastsattelzüge M1070 Oshkosh*
- 12 Frequenzscanner/Frequenzjammer*
- Feldlazarett (Rolle 2)*
- 20 Raketenwerfer 70mm auf Pick-up trucks mit 2.000 Raketen*
- 255 Schuss Vulcano Artilleriemunition 155 mm*
- 30.000 Schuss Munition 40mm*
- 6 Gabelstapler*

- 40 Bandbreitenerweiterungen elektronische Drohnenabwehrgeräte*
- 10 Bergepanzer 2*
- 24 MG3 für Bergepanzer 2
- 10 (+10 als Option) Autonome Überwasserdrohnen*
- 14 Sattelzugmaschinen und 14 Sattelaufleger*
- 2 Zugmaschinen und 4 Aufleger*
- 43 Aufklärungsdrohnen*
- 10 geschützte Kfz*
- 1 Fahrzeugdekontaminationspunkt
- 100.000 Erste-Hilfe Kits*
- 5.032 Panzerabwehrhandwaffen*
- 200 LKW Nutzfahrzeuge*
- 24 Drohnenabwehrsysteme*
- 16 Brückenlegepanzer BIBER*

Der Gesamtwert der im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 10. Oktober 2022 von der Bundesregierung erteilten Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern beträgt 796.812.445 Euro. Dieser Genehmigungswert beinhaltet die oben in der Liste aufgeführten Güter, soweit ihre Ausfuhr genehmigungspflichtig nach Außenwirtschaftsrecht ist. Das ist nicht bei allen oben genannten Gütern der Fall. Um die Abwicklung bestimmter Lieferungen zu beschleunigen, hat die Bundesregierung zudem Verfahrenserleichterungen zum Beispiel für Schutzgüter geschaffen. Auch diese Lieferungen sind im Genehmigungswert nicht enthalten. Die Wertangaben für gebrauchtes Material aus Bundeswehrbeständen beruhen zudem auf Zeitwerten, die bedeutend unterhalb der jeweiligen Neu- oder Wiederbeschaffungswerte liegen können. Im Genehmigungswert enthalten sind die Güter unabhängig davon, wie ihre Beschaffung und Lieferung finanziert wurden. Aus Sicherheitsabwägungen sieht die Bundesregierung bis zur erfolgten Übergabe auch hier von der Nennung weiterer Details ab.

* Es handelt sich um eine aus Mitteln der Ertüchtigungsinitiative finanzierte Lieferungen der Industrie. Mit den Lieferungen sind teilweise Instandsetzungsmaßnahmen verbunden oder die Produktion dauert noch an; zudem erfolgen teilweise noch Ausbildungsleistungen.

Stand: 11. bzw. 13. Oktober 2022.

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>, sowie (**) <https://www.bmvg.de/de/mediathek/treffen-ukraine-kontaktgruppe-wir-unterstuetzen-weiter-5509792> für die Lieferung des ersten IRIS T-Systems.

ANALYSE

Ein »grüner« Marshall-Plan für die Ukraine?

Von Alla Dubrovyyk-Rohova (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.273.02

Zusammenfassung

Das zentrale Ergebnis des Marshallplans war die Anpassung der Volkswirtschaften des Nachkriegseuropas an die Weltmärkte. Das Ziel des Nachkriegsplans für die Ukraine sollte der Wiederaufbau des Landes sein sowie die Integration der ukrainischen Wirtschaft in den europäischen Markt, als erforderliche Voraussetzung für die angestrebte EU-Mitgliedschaft. Dabei sollte das Thema »Nachhaltigkeit« besonders berücksichtigt werden, ebenso wie der »European Green Deal«, der vorsieht, den europäischen Kontinent bis 2050 klimaneutral zu machen. Welchen Stellenwert hatte die nachhaltige Entwicklung in der Ukraine vor der Zäsur des russischen Angriffskrieges, und inwieweit berücksichtigen die verschiedenen Wiederaufbaupläne das Thema Nachhaltigkeit?

Verheerende Kriegsschäden

Heute erlebt die ukrainische Wirtschaft den größten Schock ihrer post-sowjetischen Geschichte. Die

großflächige militärische Invasion durch die Russische Föderation hat bereits allen Teilen des ukrainischen Wirtschaftssystems einen schweren Schlag ver-

setzt, und die Probleme nehmen mit jedem Kriegstag weiter zu.

Wegen des entschiedenen Widerstands der Ukraine konnte die russische Armee den eigentlichen Plan, Kyjiw in drei Tagen zu erobern und eine Marionettenregierung zu errichten, nicht umsetzen. Daher trat der Krieg in eine langwierige Phase ein, in der Russland versucht, der ukrainischen Bevölkerung, den Städten, der Infrastruktur und der Wirtschaft maximalen Schaden zuzufügen.

Die Infrastruktur wird gezielt unter Beschuss genommen. Bis zum 1. Juni wurden nach Angaben des Staatlichen Dienstes der Ukraine für Notsituationen (DSNS) 305 Brücken zerstört und fast 25.000 km Straßen beschädigt. Allein nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die gesamten Infrastrukturschäden auf mehr als 95 Milliarden Dollar. Nach Angaben des DSNS wurden bis 1. Juni infolge der russischen Aggression in der Ukraine 116.000 Wohngebäude, in denen etwa 3,5 Millionen Menschen lebten, zerstört oder beschädigt. Das entspricht ca. 14 Millionen Quadratmetern zerstörter Wohnfläche.

Eine solch großflächige Zerstörung wird nach dem Krieg enorme Ressourcen für den Wiederaufbau erfordern. Vertreter der Ukraine schätzen die Kosten für die Wiederbelebung der ukrainischen Wirtschaft und Infrastruktur bereits auf eine Billionen US-Dollar, was, um das Ausmaß der Herausforderung klarer zu verstehen, dem akkumulierten Wert des BIP der Ukraine in den letzten sechs Jahren entspricht. Die Wirtschaft ist um ein Drittel eingebrochen, dadurch fehlen wichtige Steuereinnahmen, und die Militärausgaben sind drastische angestiegen. Infolgedessen summierte sich das Defizit des Staatshaushalts in den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 bereits auf 16,9 Milliarden Euro.

Ein »Marshall-Plan« für die Ukraine?

Die oben genannten Fakten weisen auf eine beispiellose Herausforderung für den Wiederaufbau der Ukraine hin, die bereits jetzt mit den Herausforderungen des Wiederaufbaus Europas nach dem Zweiten Weltkrieg verglichen wird. Der Marshallplan, der den europäischen Ländern beim Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg helfen sollte, war eine amerikanische Initiative. Das Programm hieß offiziell European Recovery Program, ging aber unter dem Namen des US-Außenministers George Marshall, einem der Hauptinitiatoren des Plans, in die Geschichte ein. Im Zeitraum von 1948 bis Dezember 1951 erhielten 17 europäische Länder, darunter auch Westdeutschland, von den Vereinigten Staaten 13 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau (was nach heutigem Kurs etwa 115 Milliarden Dollar entspricht).

Da der Marshall-Plan zum Synonym für ein groß angelegtes und erfolgreiches wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm geworden war, begann in der Ukraine und auf internationaler Ebene eine Diskussion über die

Entwicklung eines solchen Planes für die Ukraine. Der Plan für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg wurde erst drei Jahre nach Kriegsende entworfen und umgesetzt, erste Wiederaufbaupläne für die Ukraine werden hingegen bereits seit dem Beginn der russischen Invasion entworfen. Am 8. März, weniger als zwei Wochen nach Beginn der Invasion, erklärte der britische Premierminister Boris Johnson: »Egal was passiert, wenn eine freie, souveräne, unabhängige Ukraine verteidigt und wiederhergestellt ist, werden wir sie wieder aufbauen. Wir werden einen Marshallplan für den Wiederaufbau der Ukraine haben«. Anschließend bekundeten auch andere europäische Staats- und Regierungschefs ihre Unterstützung für einen solchen Plan für die Ukraine, darunter Polens Premier Mateusz Morawiecki und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel.

Wenn über einen Marshallplan für die Ukraine gesprochen wird, sollte allerdings berücksichtigt werden, dass Westeuropa – selbst nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg – einige der am weitesten entwickelten Wirtschaften der Welt besaß. Dies kann leider nicht über die Ukraine behauptet werden – ganz zu schweigen vom Zustand ihrer Wirtschaft nach der russischen Invasion.

Nachhaltige Entwicklung und »European Green Deal«

Im September 2015 trat die Ukraine dem globalen UN-Prozess zur Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung bei, der bis 2030 insgesamt 17 Ziele für die nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) umfasst. Der Präsident der Ukraine verabschiedete am 30. September 2019 einen Erlass »Über die Ziele der nachhaltigen Entwicklung der Ukraine für den Zeitraum bis 2030«, wie die 17 SDGs für die Ukraine unter Berücksichtigung ihrer speziellen Situation erreicht werden sollen. Im Bericht »Ziele der nachhaltigen Entwicklung; Ukraine« wird der Stand von 2017 festgehalten und die konkreten Ziele für die Ukraine festgelegt.

Die Ukraine steht dabei vor einer großen Herausforderung: Die meisten großen Industrieanlagen des Landes wurden noch in der Sowjetzeit gebaut, als Themen wie Energiesparen, Auswirkungen auf die Umwelt oder Produktionseffizienz zweitrangig waren. Lange Zeit subventionierte die Ukraine aufgrund der Lobbyarbeit der Industrie den Energieverbrauch. Diese Subventionen schufen keinerlei Anreize für Unternehmen, in Energieeffizienz oder ökologische Modernisierung zu investieren, sondern ermöglichten vor allem einigen Oligarchen große Gewinne. Zwar endete bereits im April 2016 mit der Verabschiedung des Regierungserlasses zur Einführung des sogenannten einheitlichen Gaspreises die Ära der billigen Energieträger. Ein erheblicher Teil der Unternehmen reduzierte den Energieverbrauch trotzdem nicht.

Aufgrund dieser Situation übertraf die Energieintensität des BIP der Ukraine (vor dem Krieg) laut der jährlichen Analyse von Energodata den globalen Durchschnittswert um das Doppelte. Zum Beispiel ist die Energieintensität des BIP in der Ukraine 2,5-mal höher als in Polen und 3,3-mal höher als in Deutschland. Mit anderen Worten: Für die Produktion einer Wareneinheit in einem ukrainischen Unternehmen musste 2,5-mal mehr Energie aufgewendet werden, als z. B. in Polen.

Wie das ukrainische Wirtschaftsministerium feststellte, kostete der hohe Energieverbrauch aufgrund der geringen Energieeffizienz der Unternehmen das Land im Jahr 2018 etwa 1,5 Milliarden Dollar zusätzlich, was der jährlichen Kredit-Tranche des Internationalen Währungsfonds (IWF) entspricht, die die Ukraine vor dem Krieg erhielt zur Unterstützung der makroökonomischen Stabilisierung. Daher ist das Potenzial für Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in der Ukraine enorm.

Zudem besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe des Energieverbrauchs und der Menge der Emissionen. Aus diesem Grund gehört die Schwerindustrie mit großen Hüttenwerken und Wärmekraftwerken zu den Spitzenreitern bei den CO₂-Emissionen. Von Jahr zu Jahr wurde die Umwelt in der Ukraine durch die Iljitsch Eisen- und Stahlwerke Mariupol, ArcelorMittal Krywyj Rih, das Metallurgische Kombinat Asow-Stahl (das jetzt von den russischen Besatzern zerstört wurde) und zahlreiche Wärmekraftwerke von DTEK (Burschтын, Kurachowe, Saporischschja, Ladyschyn) verschmutzt.

Es liegt auf der Hand, dass die Reduzierung des CO₂-Ausstosses der Industrie und die Erhöhung der Energieeffizienz, die Teil der SDGs sind, zu deren Erfüllung sich die Ukraine verpflichtet hat, wichtige Schritte sind, um die Ukraine nicht nur wirtschaftlich effizienter, sondern auch umweltfreundlicher und nachhaltiger zu machen.

Als die Europäische Kommission am 11. Dezember 2019 das *Kommuniqué* »European Green Deal (EGD)« verabschiedete, ein Aktionsprogramm für den Übergang zu einem klimaneutralen Europa bis 2050, kündigte die Ukraine sofort ihre Absicht an, sich an diesem ehrgeizigen Plan zu beteiligen.

Die ukrainische Mitwirkung beim Green Deal wurde auf der sechsten Sitzung des Assoziationsrates im Januar 2020 und auf dem 26. Ukraine-EU-Gipfel im Oktober 2020 diskutiert. Die Ukraine richtete dafür eine inter-ministerielle Gruppe ein und legte der EU ein Positionspapier vor.

Der offizielle hochrangige EGD-Dialog zwischen der Ukraine und der EU begann 2021. Auf EU-Seite wird der Dialog von Katarina Mathernova, Leiterin der Unterstützungsgruppe für die Ukraine und stellver-

tretende Generaldirektorin für Europäische Nachbarschafts- und Erweiterungsverhandlungen (GD NEAR), und auf ukrainischer Seite von der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Ministerin für europäische Integration, Olha Stefanischyna, geführt. Schlüsselthemen auf der Agenda sind die Klima-Governance-Architektur, Green Finance, das CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM), Wasserstoff und Industrieallianzen.

Der Krieg beeinträchtigt regenerative Energiegewinnung massiv

Im November 2021 bekräftigte die Ukraine auf dem 26. UN-Klimagipfel (COP26) in Glasgow ihre Absicht, bis 2060 ein CO₂-neutrales Land zu werden. Nach Angaben der Regierung will die Ukraine bereits ab 2035 auf Kohle als Energieträger verzichten. Diese sollte durch Kernenergie und erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Krieg macht diese Pläne jedoch zunichte.

Bereits im März dieses Jahres, zu Beginn der groß angelegten Invasion, gab der ukrainische Verband für erneuerbare Energien (UVAE) bekannt, dass die Hälfte der »grünen« Energieerzeugung der Ukraine (UVAE) von Zerstörung bedroht sei. Laut Verband befinden sich fast 90 Prozent der Windkraftanlagen, 37 Prozent der Boden-Solkraftwerke, 35 Prozent der Dach-/Fassaden-Solaranlagen und fast die Hälfte (48 Prozent) der Biomasseanlagen in besetzten Gebieten oder solchen mit aktiven Kampfhandlungen. Mehr als 3.970 MW Produktionskapazität erneuerbarer Energien befindet sich in Gebieten, in denen die vollständige oder teilweise Zerstörung unmittelbar droht. Mehr als 2.400 MW befinden sich in Gebieten, die an aktive Kampfgebiete angrenzen, wo ebenfalls eine erhöhte Zerstörungsgefahr besteht bzw. einige Stationen bereits zerstört wurden.

Im Juni erklärte der UVAE, dass 40 Prozent aller »grünen« Produktionskapazitäten in Kampfgebieten oder in vorübergehend besetzten Gebieten liegen. Diese Zahl ist etwas niedriger als frühere Schätzungen, jedoch befinden sich weitere 34 Prozent der Produktionskapazitäten in Regionen, die an das Kampfgebiet angrenzen.

Die genaue Höhe der Verluste im Bereich der erneuerbaren Energien kann erst nach der Befreiung der Gebiete eingeschätzt werden. Die Kosten werden jedoch hoch sein, denn sie beinhalten nicht nur die direkten Verluste z. B. durch Zerstörung, sondern auch die entgangenen Gewinne.

Wie sich die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in den Wiederaufbauplänen der Ukraine widerspiegeln

Die großangelegte russische Aggression kann als Wendepunkt für die nachhaltige Entwicklung der Ukraine angesehen werden. Einerseits haben sich die Prioritä-

ten des Staatshaushalts grundlegend geändert, wie der Haushaltsentwurf für 2023 zeigt: Jetzt werden vorrangig Verteidigungsprogramme, Sozialprogramme, der Wiederaufbau von Wohnungen und städtischer Infrastruktur finanziert.

Andererseits eröffnet der Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg außergewöhnliche Möglichkeiten für eine radikale Modernisierung der Wirtschaft des Landes und zur Durchführung von Strukturreformen. Der Kurs des Strukturwandels und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sollte von der europäischen Perspektive der Ukraine bestimmt werden und das Land der EU-Vollmitgliedschaft und einer gestaltenden Rolle in der weltpolitischen Arena näherbringen. Nur so können die Ukraine und Osteuropa in Zukunft vor einer wiederholten militärischen Aggression aus Russland geschützt werden.

Einer der ersten und detailliertesten Wiederaufbaupläne ist »A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine«, der bereits im April von einer Expertengruppe des British Centre for Economic Policy Research (CEPR) vorgelegt wurde. Nach Ansicht der Autor:innen des Projekts, die sich explizit auf den Marshall-Plan, aber auch die deutsche Wiedervereinigung als Vorbilder beziehen, sollte die internationale Hilfe für den Wiederaufbau der Ukraine auf sechs Prinzipien beruhen:

1. Die Ukraine nimmt Kurs auf einen EU-Beitritt.
2. Es wird eine separate Agentur unter der Schirmherrschaft der EU geschaffen, die über erhebliche Autonomie in Fragen der Koordinierung und Verwaltung von Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen verfügen wird.
3. Die Ukraine ist »Eigentümerin« des Wiederaufbauprogramms.
4. Es wird das Prinzip der maximalen Unterstützung und Hilfe beim Zufluss von ausländischem Kapital und Technologien umgesetzt.
5. Die Hilfe für die Ukraine sollte hauptsächlich in Form von Zuschüssen und nicht von Darlehen erfolgen.
6. Die Erholung des Landes muss auf den Bedürfnissen der Zukunft basieren – mit minimaler Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und einem minimalen CO₂-Fußabdruck.

Die Autor:innen dieses Plans berücksichtigen im letzten Punkt indirekt die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, indem sie die Reduzierung von Treibhausgasemissionen fordern.

Eine weitere Initiative war eine Online-Konferenz zum Thema nachhaltige Entwicklung, Herausforderungen und Wiederaufbau der Ukraine, der von 24 Organisationen und 90 Redner:innen unterstützt wurde – internationalen Meinungsführer:innen und Expert:innen für nachhaltige Entwicklung, aber auch Interessenvertre-

ter:innen aus der Ukraine. Oleksandr Hryban, stellvertretender Wirtschaftsminister, erklärte, dass die ukrainische Regierung an Plänen zur Unterstützung von Wirtschaft und Gesellschaft während des Krieges sowie an einem Wiederaufbauplan arbeite. Er versicherte, dass der Wiederaufbauplan nach dem Krieg Reformen berücksichtigen werde, die in direktem Zusammenhang mit Verfahren im Bereich Umwelt, Soziales und Unternehmensführung stehen, und die ökologischen und sozialen Auswirkungen besondere Aufmerksamkeit erhielten.

Die EU beteiligt sich ebenfalls an der Debatte um den Wiederaufbau der Ukraine: Einen Monat bevor der Ukraine der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt wurde, präsentierte die Europäische Kommission Mitte Mai 2022 den neuen Mechanismus »Rebuild Ukraine«, der das wichtigste Instrument für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg sein soll. Die entsprechende Plattform wird gemeinsam von der Europäischen Kommission und der Regierung der Ukraine geleitet, die für die Genehmigung des Wiederaufbauplans verantwortlich sein wird. Ausgehend von diesem Plan werden die EU und andere Partner dann bevorzugte Bereiche auswählen und spezifische Projekte für den Wiederaufbau entwickeln. Die Plattform wird die Finanzierungsquellen und die Mittelvergabe koordinieren. Besonders betont werden in den Dokumenten der EU Reformen zur Rechtsstaatlichkeit und zur Korruptionsbekämpfung, und es wird erklärt, dass Investitionen und Wiederaufbau auf EU-Regeln basieren werden. Darüber hinaus zielt die Rebuild Ukraine Facility darauf ab, »eine nachhaltige und integrative wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, (...) einen grünen und digitalen Wandel in der Ukraine zu fördern«.

Der Plan selbst wurde jedoch (Stand Juli 2022) nicht veröffentlicht, daher ist es derzeit nicht möglich eine Analyse zu erstellen, inwieweit er den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung entspricht und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Circular Economy Action Plan) erfüllt, welcher ein wichtiger Bestandteil der Agenda des europäischen Green Deal ist.

Auch die Ukraine selbst arbeitet an Plänen zum Wiederaufbau. Am 21. April unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj einen Erlass über die »Bildung des Nationalrates zu Beseitigung der Kriegsfolgen in der Ukraine«. Dabei handelt es sich um ein beratendes Gremium, das mit der Aufgabe betraut wurde, einen nationalen Wiederaufbauplan zu entwickeln. Ein erster Entwurf des Plans wurde bereits knapp zwei Wochen später dem Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung der Werchowyna Rada vorgelegt. Daraus hervor ging schließlich »Ukraine's National Recovery Plan« für den Wiederaufbau der Ukraine.

Dieser wurde vorgestellt auf der hochrangigen »Ukraine Recovery Conference«, die am 4. und 5. Juli

in Lugano (Schweiz) stattfand. Der zugeschaltete ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj betonte in seiner Videoansprache an die Teilnehmer, dass die Ukraine »insbesondere aus Sicht der Umwelt« sicherer werden müsse. Daher sei es notwendig ein klares Verständnis für die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft nach dem Krieg zu entwickeln. Dabei gelte es zu überdenken, wie sich das Land in Zukunft entwickeln wird, welche Branchen nach dem Krieg zur Grundlage des Wachstums werden können, welche Entscheidungen und Ressourcen benötigt werden, um das Wertschöpfungslevel in der Ukraine zu steigern, anstatt »wie früher mit Rohstoffen zu handeln«.

Das Dokument besteht aus 15 »Nationalen Programmen« und umfasst verschiedene Bereiche aus Wirtschaft und Gesellschaft: »Verteidigung und Sicherheit«, »Integration in die EU«, »Umwelt und nachhaltige Entwicklung«, »Energiesicherheit und Green Deal«, »Unternehmensumfeld«, »Zugang zu Finanzen«, »Makrofinanzielle Stabilität«, »Wertschöpfungssektoren«, »Logistik und Kommunikation«, »Modernisierung der Regionen und Wohnungsbau«, »Moderne soziale Infrastruktur«, »Bildung«, »Gesundheitswesen«, »Kultur und Sport«, »Soziale Unterstützung und Migrationspolitik« (s. Grafik 5 auf S. 18).

Jedes Programm enthält eine Reihe von Schlüsselprojekten, die in drei Phasen umgesetzt werden sollen. Der Gesamtbedarf der finanziellen Mittel für die Umsetzung der einzelnen Programme in den nächsten zehn Jahren wird auf etwa 750 Milliarden Dollar geschätzt, wobei in diesem Betrag Investitionen in die Verteidigung und Sicherheit des Staates nicht enthalten sind. Für die erste Phase der akuten Hilfe werden 60–65 Mrd. Euro veranschlagt, für die zweite Phase der »Erholung« von 2023–25 bis zu 300 Mrd. Euro und für die anschließende Modernisierung bis 2032 noch einmal 400 Mrd. Euro. Auf die Bereiche »Energiesicherheit und Green Deal« (ca. 130 Mrd. Euro) sowie »Modernisierung der Regionen und Wohnungsbau« (150–250 Mrd. Euro), die eng verknüpft sind mit einer »grünen« Entwicklung des Landes, entfallen besonders große Summen, so dass hier ein enormes Potenzial für eine nachhaltige Transformation des Landes besteht.

Über die Autorin

Alla Dubrovyyk-Rohova, Doktorandin der Vadym Hetman Kyiv University of Economics, Stipendiatin der Kellner & Stoll Stiftung, Teilnehmerin des Hans Koschnick Sonderstipendienprogramms für geflohene Wissenschaftler:innen aus der Ukraine der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Wir danken der Kellner & Stoll Stiftung, die das Erstellen des vorliegenden Beitrags ermöglicht hat.

Auf diesen Bedarf wieder auch fast alle Redner:innen auf der Konferenz in Lugano hin und erwähnten in ihren Reden die Notwendigkeit eines »noch besseren Wiederaufbaus« und einer »grünen Erneuerung«. Allerdings gab es nur sehr wenige konkrete Aussagen zu diesen Themen. Und die dringende Notwendigkeit, die Umwelt, die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen wird, wiederherzustellen und die ökologische Sicherheit der Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, wurde überhaupt nicht erwähnt. Das wurde von Umweltorganisationen in der Ukraine kritisiert, die nach der Konferenz dazu aufriefen, die entscheidende Rolle der Umwelt und umweltfreundlicher Technologien für einen nachhaltigen Wiederaufbau nach dem Krieg anzuerkennen und Maßnahmen im Einklang mit dem Green Deal zu implementieren.

Fazit

Vor dem Zweiten Weltkrieg lagen die europäischen Staaten in Bezug auf schnelle und effiziente Fertigungstechnologien Jahrzehnte hinter den Vereinigten Staaten zurück und wurden durch die Zerstörungen des Krieges noch weiter zurückgeworfen. Der Marshallplan ermöglichte Europa den Wiederaufbau und einen gewaltigen Technologiesprung, was zur Grundlage der goldenen Zeiten des europäischen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit wurde.

Nun braucht die Ukraine einen ähnlichen Wiederaufbauplan wie den Marshall-Plan. Allerdings muss dieser die Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts adressieren und sollte daher, unter Berücksichtigung der SDGs und angesichts der avisierten EU-Integration auch dem European Green Deal, ein »grüner« Wiederaufbauplan werden. Nur dann kann die Ukraine die globalen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich angehen. Die Ukraine hat nach Kriegsende eine einmalige Chance auf eine nachhaltige Transformation und sollte daher das Prinzip der Nachhaltigkeit noch stärker verankern, als es in den meisten kursierenden Entwürfen zum Wiederaufbau bisher der Fall ist.

Übersetzung aus dem Ukrainischen von Lina Pleines

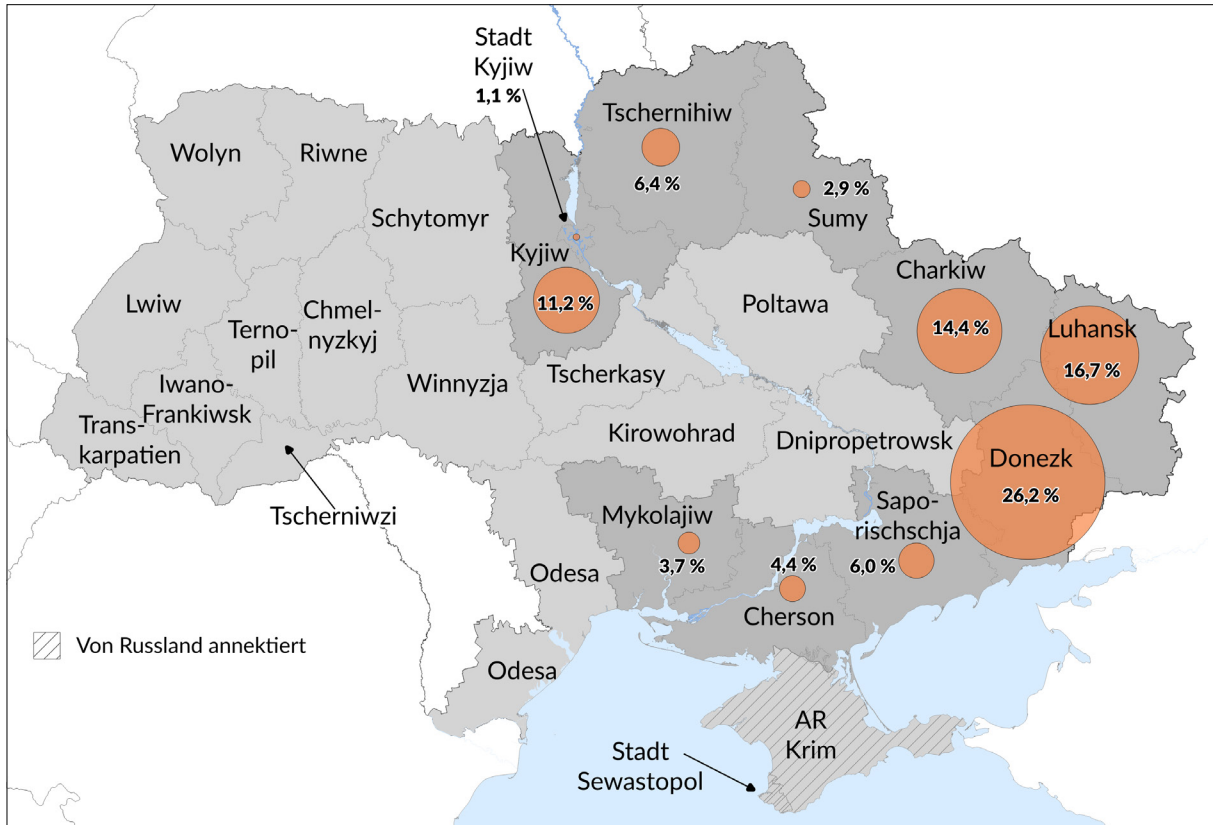


**KELLNER & STOLL
STIFTUNG**

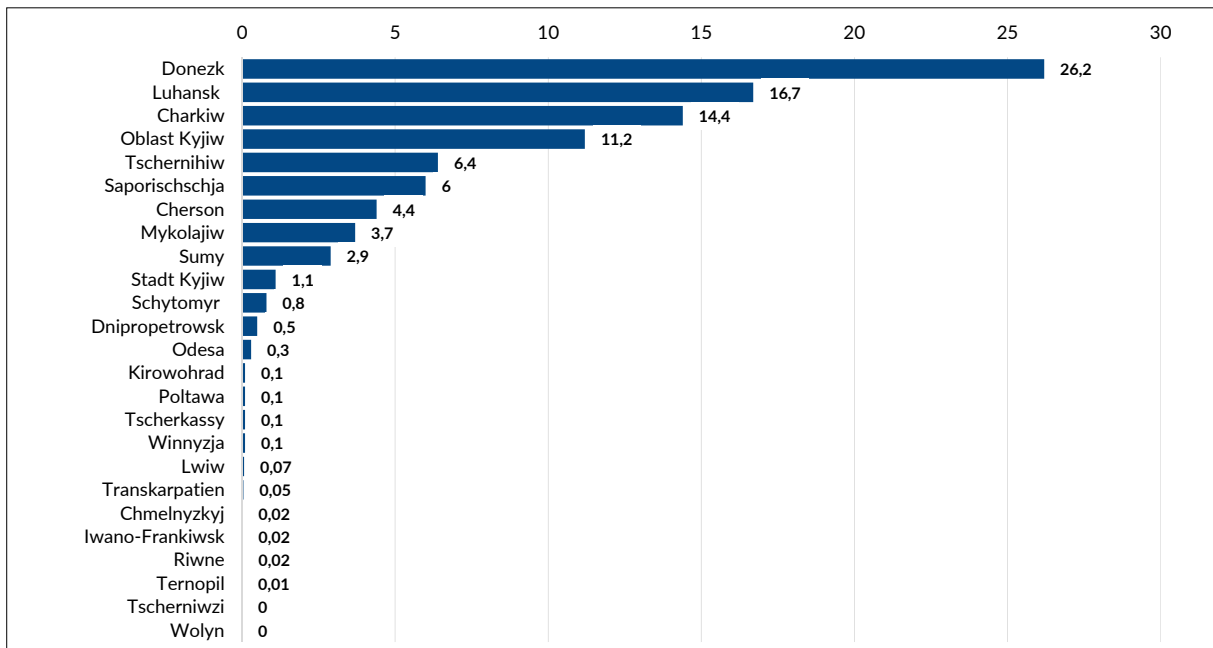
FÜR KLIMA UND UMWELT

TREUHANDSTIFTUNG DER STIFTUNG DER UNIVERSITÄT BREMEN

Grafik 1a: Ausmaß der Schäden nach Regionen (in % der physischen Infrastruktur, Regionen mit Schäden von mehr als 1 %, Stand 1. Juni 2022)



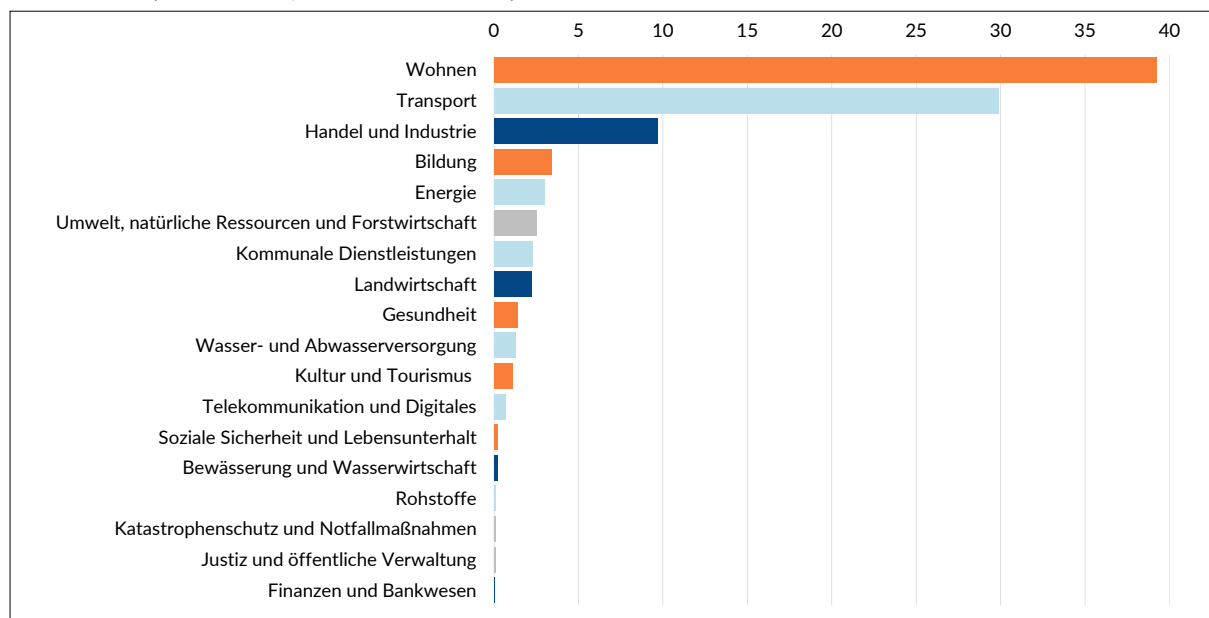
Grafik 1b: Ausmaß der Schäden nach Regionen (in % der physischen Infrastruktur, Stand 1. Juni 2022)



Anmerkung: Die Daten sind unvollständig, da für den Kultur- und Tourismussektor keine Daten auf Oblast-Ebene verfügbar waren, für mehrere Sektoren nur landesweite Daten verfügbar waren oder nur ein Teil der verfügbaren Daten nach Oblast aufgeschlüsselt waren.

Quelle: World Bank, Government of Ukraine, European Commission (2022): Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment, S. 16, <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/099445209072239810/p17884304837910630b9c6040ac12428d5c>.

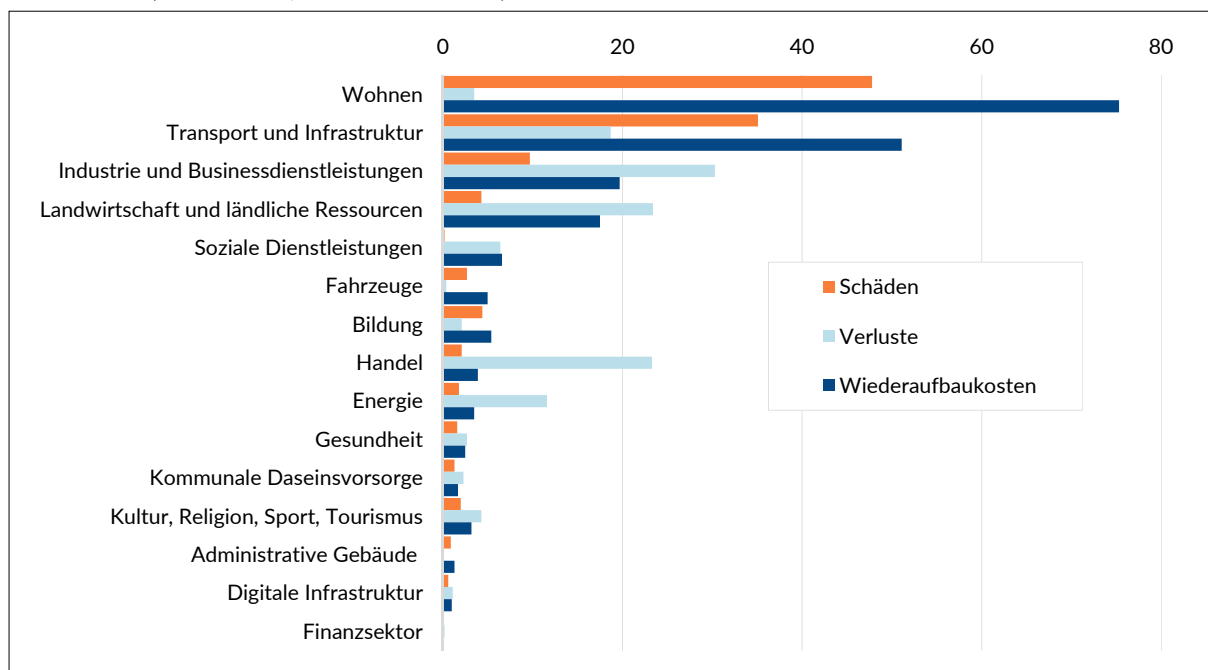
Grafik 2: Gesamtschaden, Verluste und Bedarf nach Sektoren laut Weltbank
(in Mrd. USD, Stand: 1. Juni 2022)



Sektor	Schaden	%	Verluste	%	Bedarf	%
Soziales						
Wohnen	39,2	40	13,5	5	69	20
Bildung	3,4	3	0,5	0	9,3	3
Gesundheit	1,4	1	6,4	3	15,1	4
Soziale Sicherheit und Lebensunterhalt	0,2	0	4,5	2	20,6	6
Kultur und Tourismus	1,1	1	19,3	8	5,2	2
Produktion						
Landwirtschaft	2,2	2	28,3	11	18,7	5
Bewässerung und Wasserwirtschaft	0,2	0	0,1	0	7,5	2
Handel und Industrie	9,7	10	47,5	19	20,8	6
Finanzen und Bankwesen	0,03	0	8,1	3	8	2
Infrastruktur						
Energie	3	3	11,7	5	10,4	3
Rohstoffe	0,1	0	0,3	0	0,3	0
Transport	29,9	31	26,1	10	73,8	21
Telekommunikation und Digitales	0,7	1	0,6	0	3,3	1
Wasser- und Abwasserversorgung	1,3	1	6,8	3	5,4	2
Kommunale Dienstleistungen	2,3	2	4,3	2	5,7	2
Bereichsübergreifende Sektoren						
Umwelt, natürliche Ressourcen und Forstwirtschaft	2,5	3	0,7	0	1,2	0
Katastrophenschutz und Notfallmaßnahmen	0,1	0	0,2	0	0,7	0
Justiz und öffentliche Verwaltung	0,1	0	0,03	0	0,2	0
Dekontaminierung	-	0	73,2	29	73,2	21
Gesamt	97,4	100	252,0	100	348,5	100

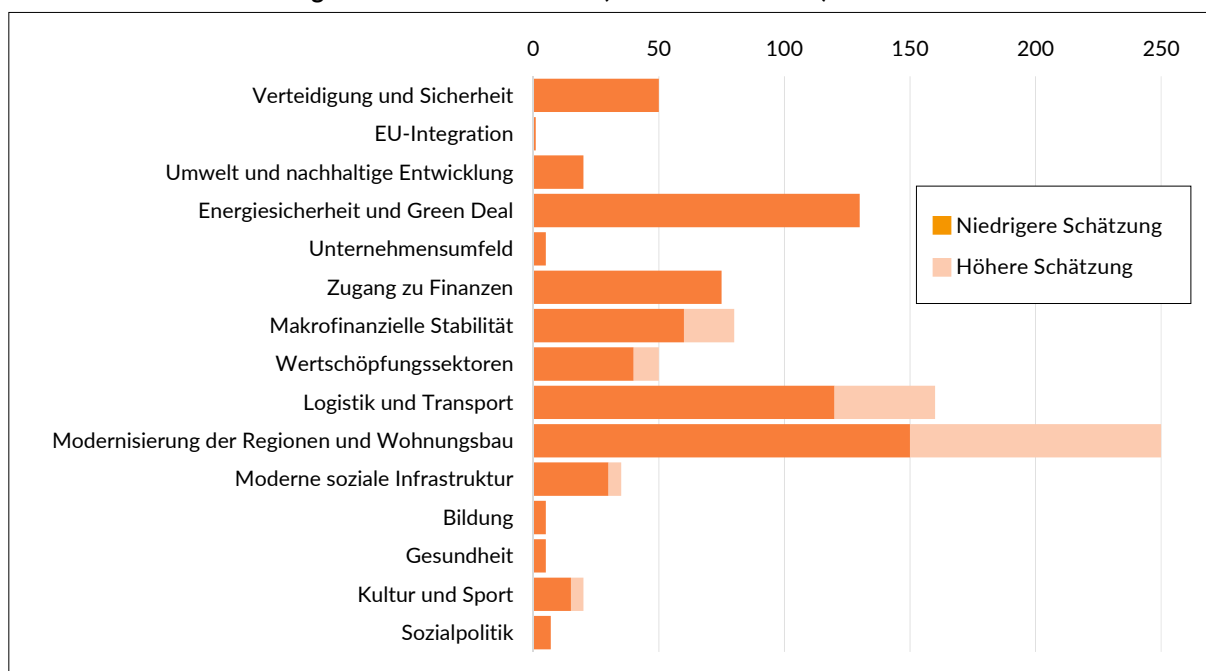
Quelle: World Bank, Government of Ukraine, European Commission (2022): Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment, S. 16, <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/099445209072239810/p17884304837910630b9c6040ac12428d5c>.

Grafik 3: Schäden, Verluste und Kosten für Wiederaufbau laut Kyiv School of Economics (in Mrd. USD, Stand: 05.09.2022)



	Schäden	Verluste	Wiederaufbaukosten
Wohnen	47,8	3,5	75,3
Transport und Infrastruktur	35,1	18,7	51,1
Industrie und Businessdienstleistungen	9,7	30,3	19,7
Landwirtschaft und ländliche Ressourcen	4,3	23,4	17,5
Soziale Dienstleistungen	0,2	6,4	6,6
Fahrzeuge	2,7	0,4	5
Bildung	4,4	2,1	5,4
Handel	2,1	23,3	3,9
Energie	1,8	11,6	3,5
Gesundheit	1,6	2,7	2,5
Kommunale Daseinsvorsorge	1,3	2,3	1,7
Kultur, Religion, Sport, Tourismus	2	4,3	3,2
Administrative Gebäude	0,9	0,1	1,3
Digitale Infrastruktur	0,6	1,1	1
Finanzsektor	0,02	0,2	0,02
Gesamt	114,5	130,4	197,7
Kosten für Minenräumung:			70
Gesamt, inkl. Minenräumung			267,7

Quelle: Kyiv School of Economics, Due to the last estimates, damage caused to Ukraine's infrastructure during the war is \$114.5 bln, 08.09.2022, <https://kse.ua/about-the-school/news/due-to-the-last-estimates-damage-caused-to-ukraine-s-infrastructure-during-the-war-is-114-5-bln/>.

Grafik 4: Nationales Programm zum Wiederaufbau (Kosten in Mrd. USD)

Programm	Kosten (in Mrd. USD)
Verteidigung und Sicherheit	50
EU-Integration	<1
Umwelt und nachhaltige Entwicklung	~20
Energiesicherheit und Green Deal	~130
Unternehmensumfeld	~5
Zugang zu Finanzen	~75
Makrofinanzielle Stabilität	60-80
Wertschöpfungssektoren	40-50
Logistik und Transport	120-160
Modernisierung der Regionen und Wohnungsbau	150-250
Moderne soziale Infrastruktur	30-35
Bildung	<5
Gesundheit	<5
Kultur und Sport	15-20
Sozialpolitik	7
Gesamt	750

Quelle: National Recovery Council: Ukraine's Nationale Recovery Plan, July 2022, https://uploads-ssl.webflow.com/621f88db25fbf24758792dd8/62c166751fcf41105380a733_NRC%20Ukraine%27s%20Recovery%20Plan%20blueprint_ENG.pdf

Grafik 5: 15 Nationale Programme des »Nationalen Rates für den Wiederaufbau« für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg

	»Kriegswirtschaft« (2022) →	»Wiederaufbau nach dem Krieg« (2023–25) →	»Neue Wirtschaft« (2026–32) →	
»Strategische Imperative«	1	Verteidigung und Sicherheit: Modernisierung der Verteidigung, Aufbau der Rüstungsindustrie		
	2	Integration in die EU: u. a. Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an die Kopenhagener Kriterien, Zugang zu Märkten		
	3	Umwelt und nachhaltige Entwicklung gemäß dem Green Deal der EU		
Wegbereiter	4A	Energiesicherheit und Green Deal: Ausweitung von ENTSO-E ⁺ -Verbindungen, Verbindung von EU-Raffinerien mit Gasspeichern in der Westukraine, Ausbau von Gasspeichern	4B	Übergang zur CO ₂ -freien Energieversorgung: CO ₂ -freie Stromerzeugung (Atomenergie und erneuerbare Energien), Ausweitung der Produktion von Gas und Biokraftstoffen, Verbindung des H ₂ -Ökosystems mit EU
	5	Unternehmensumfeld: Gesetzgebung verschlanken, Dienstleistungs- und Compliance-Orientierung von Steuer- und Zollbehörden, Entwicklung eines effektiven Arbeitsmarktes, Ausbau der Investitionsförderungsgesellschaft, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen		
	6A	Zugang zu Finanzen während des Krieges: Zuschüsse, Bürgschaften, Zinsausgleich	6B	Kompetitiver Zugang zu Finanzen: Zugang zu Finanzen mit kompetitiven Kapitalkosten durch Kreditwachstum, zielgerichtete Staats-/Geberbürgschaften, Einführung einer Kriegsversicherung
Transformationsmotoren	7	Makrofinanzielle Stabilität: Stabilität des Budgetdefizites und des Bankensystems, gesundes Schuldenniveau		
	8	Wertschöpfungssektoren: Wachstum begründet auf globalen Trends, Green Deal und Stellung der Ukraine im Wettbewerb: Stahl, Maschinenbau (u. a. Rüstung und Luft- und Raumfahrt), Landwirtschaft und Holzverarbeitung, Baugewerbe und IT		
	9A	Logistik und Kommunikation: Beseitigung des Logistikflaschenhalses mit der EU für Lieferkettenresilienz, in den Bereichen Eisenbahn, Flüsse und Straßen	9B	Logistik und Kommunikation: gemeinsame Verbindungen mit der EU durch Einführung der 1435mm-Normalspur, Wiederaufbau von Straßen und Brücken, Ausweitung des Korridors zur EU
	10A	Modernisierung der Regionen und Wohnungsbau: Modernisierungsprogramm für Wohnraum, prioritärer Fokus auf skalierbarem Programm für Energieeffizienz und neuen Pilotprojekten in der Stadtplanung (z. B. Butscha, Tschernihiw)	10B	Modernisierung der Regionen und Wohnungsbau: Beschleunigung des Neubauprogramms für Wohnbau und Modernisierung der Infrastruktur gemäß Best Practices der Stadtplanung und Nachhaltigkeit (inkl. Transportwesen), Modernisierung der öffentlichen Versorgung, inkl. Elektrifizierung, Heizung und Wasserversorgung, Digitalisierung
	11	Moderne soziale Infrastruktur: Wiederaufbau von zerstörten sozialen Gebäuden (Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport), Beschleunigung von ÖPP-Projekten der sozialen Infrastruktur in Übereinstimmung mit Reformen von Bildungs-, Gesundheitssystemen und der Bereiche Kultur und Sport		
	12	Bildung: Fokus auf Schlüsselkompetenzen und Innovation, NUS- und grundlegende Schulareform, Angleichung der Standards der Universitäten an die EU, Entwicklung von Forschung und Entwicklung an den Universitäten, Reform der Berufsausbildung, Förderung der IT-Ausbildung, Schaffung von Wissenschaftsparks		
	13	Gesundheitswesen: gesetzliche Krankenversicherung und Finanzierungsreform, effizientes Netzwerk für die Gesundheitsversorgung, Digital Health, zielgerichtete Interventionenkampagnen		
	14	Kultur und Sport für menschliches Wachstum		
	15	Soziale Unterstützung und Migrationspolitik: Modernisierung des Systems zielgerichteter Subventionen, Modernisierung der zweiten (kumulativen) Stufe des Rentensystems, umfassendes Ökosystem zum Kinderschutz, Unterstützungsprogramme für Flüchtlinge und Integration von Veteranen, Verschlinkung der Einwanderungsgesetzgebung		

* ENTSO-E: European Network of Transmission System Operators for Electricity, *Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber*
 Quelle: National Recovery Council: Ukraine's Nationale Recovery Plan, July 2022, https://uploads-ssl.webflow.com/621f88db25b25f24758792dd8/62c166751fcf41105380a733_NRC%20Ukraine%27s%20Recovery%20Plan%20blueprint_ENG.pdf

German Marshall Fund: Designing Ukraine's Recovery in the Spirit of the Marshall Plan: Principles, Architecture, Financing, Accountability: Recommendations for Donor Countries

Executive Summary

The Marshall Plan is a source of inspiration and a fountain of hope for Ukraine's recovery; evoking it is a marker of ambition. Yet, it cannot be a template for the international aspiration to help rebuild the country. A plan for Ukraine needs to take a 21st century shape. In the late 1940s, there was one hegemon and a set of newly built institutions to aid more than a dozen ailing current and future allies. Today, many countries are needed to help one. This necessitates utilizing and adapting existing aid mechanisms.

Architecture

Given the complexity of this effort, strong leadership is essential. Unlike other blueprints, this paper does not foresee the European Commission leading the recovery in partnership with Ukraine's government, because Brussels has neither the necessary political nor the financial heft. Instead, the G7 countries should lead the recovery effort and encourage other countries to participate in this RecoverUkraine platform. Together with Ukraine, the G7 countries should appoint a strong recovery coordinator to lead this effort and liaise between Ukraine's government, the international financial institutions (IFIs), and the G7 members. The first coordinator should be an American with a global stature. This is because only the United States will be able to bring together the needed global coalition and forge consensus among Ukraine's partners. The coordinator should build a recovery task force partnering with Ukraine and hosted and supported by the European Commission, reflecting the growing role of the EU in the recovery process as Ukraine moves forward on the path of integration and eventual membership.

The G7 should underscore its joint stakeholdership in the form of a high-level agreement reflecting the connection between Ukraine's security and recovery and pledging to assist the country in both—though at an asymmetrical level of support with the United States investing more in security and the other G7 members investing more in recovery. In doing so, cohesion among Ukraine's partners and allies will be greatly enhanced.

A sequenced approach with a gradual ramping up of activity should be adopted for the recovery process. It should have four phases: relief, reconstruction, modernization, and accession to the EU. Relief will involve emergency aid and basic rehabilitation as the war continues. Reconstruction will entail the rapid response to the destruction caused by the war after a ceasefire or settlement has been reached, focusing on infrastructure and mobilization of market mechanisms. Modernization is the "build-back better" phase, attracting foreign direct investment to shape a new economy and a new country that is more digital, more ecological, more democratic, and more EU-oriented. The accession phase foresees investments that are more about aligning the country with its future EU peers. The non-EU international effort will be frontloaded in expectation that the interest of the international community in helping Ukraine can be expected to wane over time while the EU's political and financial commitment will only increase.

The creation of a new aid agency or centralized trust fund for donors is neither realistic nor advisable. Instead, the G7 and other partner countries should work through the multi-donor funds of their preferred IFI, mobilizing the strengths of different development banks and using off-the-shelf solutions to respond to this urgent need. The recovery coordinator, endowed with autonomy and authority by the G7, will need to help align conditionality principles and oversight requirements.

Financing

The size of the investment necessary for Ukraine's reconstruction is still unclear due to the fog of war. Preliminary estimates have the cost of rebuilding the damaged Ukrainian infrastructure at more than \$100 billion, a sum that is manageable for donors when spread out over years. But in-kind support, guarantees, and loans will not suffice. With continuing security challenges, Ukraine will not be "investable" soon and contributions need to be weighted toward grants. These can be available quickly, allow for greater discretion in their use, and do not harm Ukraine's creditworthiness.

EU countries will have to make decisions about the scale and nature of their contribution soon. They can opt for a combination of direct EU budget grants; bilateral member-state loans, grants and guarantees; and ultra-long-term concessionary-term common loans. Commonly financed grants will be controversial in some member states. An increase of the relative weight of member state's bilateral contributions or a renegotiation of the EU's Multian-

nual Financial Framework will be similarly controversial. EU leaders should neither avoid nor protract this debate because other international donors, the United States first among them, will likely condition and scale their participation based on the EU's financial lead.

The most important way to unlock the potential of private capital and thus for foreign direct investment to flow into Ukraine would be the introduction of a "war insurance" for certain private investments, backed by guarantees from international donors.

Given the scale of the potential financial commitment, unusual funding sources should be considered. The seizure of frozen Russian assets could be a meaningful contribution to funding for Ukraine, but only in the long term. While it may require a new legal basis in most donor countries and therefore take time to implement, the seizure of the frozen assets of Russia's central bank—currently amounting to \$300 billion—is a promising and consequential option. Russian retaliation will be a risk, however, and the danger of setting an unwanted precedent needs to be managed. Seizing frozen Russian private property is less of an option because it would likely be mired in legal controversy for years.

Accountability and Rule of Law

Aid to Ukraine needs to come with strings attached, especially at the projected scale and to the benefit of a country with a history of corruption. Strengthening the rule of law has an outsized significance for the recovery of Ukraine. The disbursement of reconstruction funds should be contingent on the country successfully implementing and enforcing long-standing rule of law and judicial reforms during the initial relief phase. These reforms are outlined in the European Commission opinion on Ukraine's application for membership of the EU. Also, the EU should invite Ukraine to join the European Public Prosecutor's Office at the earliest possible time. Membership in this body would add a level of EU oversight and contribute to Ukraine's alignment with EU judicial standards.

An independent inspector general should be appointed, whose office would investigate accusations of misconduct and contribute to the efficient use of funds. The RecoverUkraine platform should make transparency a guiding principle of the recovery process—allowing citizens' oversight via free media, the private sector, and civil society, which should be invited to play a role from day one.

Immediate Needs

While planning for reconstruction should proceed, successfully concluding the war and keeping Ukraine from failing need to take precedence. Planning must not distract from the urgency of prompt support, from macro-financial assistance to military aid. Ukraine's recovery planning should not be used by its partners as an excuse for not doing what is necessary as the war goes on.

Preconditions and Goals

1. History Inspires: The Marshall Plan is a source of inspiration for ambitious Ukraine aid, but a 21st century plan should adapt, not build, aid institutions.
2. Support Ukraine Now: Long-term planning is necessary but should not distract from the immediate need to help Ukraine end the war on favorable terms.
3. Share the Burden: A high-level international agreement connecting security and recovery in Ukraine is needed.
4. Final Destination EU: The goal of recovery is for Ukraine to find its place among market-oriented democracies and, ultimately, the EU.

Architecture

5. Build a RecoverUkraine Platform: An international platform to finance and manage recovery should be built, to be inclusive, accessible, and offer a low threshold of entry for donors.
6. Recovery Needs Leadership: The RecoverUkraine platform should be led by a recovery coordinator, initially a high-stature American, appointed by the G7 and Ukraine.
7. Build a Task Force: The recovery coordinator should set up a task force, relying on the European Commission.
8. Embrace Partnership and Ownership: RecoverUkraine should embody partnership, with Ukraine taking ownership and setting priorities, and donors setting conditions.

Sequencing

9. Ramp Up Gradually: Basic relief cannot wait; it is needed while the war continues.
10. Be Patient Even if It Is Hard: The ongoing war greatly complicates economic planning and requires delaying decisions on long-term modernization projects.

11. Recover in Four Stages: Recovery should consist of four stages: relief, reconstruction, modernization, and accession to the EU.

Financing

12. Prioritize Wartime Assistance: Ukraine's financial emergency as the war continues may require another IMF program in 2022.
13. Recognize Limits: The total bill for recovery is unknowable during an ongoing war. Donors should avoid creating false certainties and raising false hopes.
14. Grants First: Donor assistance should be strongly weighted toward grants.
15. Enable Private Investment: A "war insurance" consisting of sovereign guarantees for certain private investments should be introduced.
16. Be Transparent: For their taxpayers' sake, donor countries and the EU should embrace a vigorous and transparent debate about the scale of their commitment.

Russian Assets

17. No Impunity: Russia should be made to fund some of Ukraine's recovery costs.
18. Seizing Assets Takes Time: Seized Russian central bank assets can only become a partial funding source for Ukraine's recovery, and only in the long term.

Accountability and Rule of Law

19. Rule of Law Reforms Come First: The first tranche of long-term reconstruction funds should be contingent upon Ukraine implementing initial rule of law reforms.
20. Funding Only with Strings Attached: The recovery coordinator should coordinate conditionality principles between funders and monitor reform progress.
21. Transparency Builds Trust: The Ukrainian government and the RecoverUkraine platform should regularly publish recovery-related documents.
22. Trust but Verify: An inspector general should provide independent oversight to guard against corruption.
23. Address Corruption Concerns: Ukraine should join the European Public Prosecutor's Office at the earliest, adding EU legal oversight to many investments.
24. Civil Society at the Table: Civil society organizations should be involved in the recovery process from day one.

Quelle: The German Marshall Fund of the United States, 07.09.2022, <https://www.gmfus.org/news/designing-ukraines-recovery-spirit-marshall-plan>.

Civil Society Manifesto 2022 (Lugano Declaration)

We, Ukrainian men and women of different origins, languages, education, worldviews and faiths, trades, and interests, are united by a common understanding of the severity of the challenge facing Ukraine and the world. We are driven by an immense desire to protect human beings and humanity and to prevent the terrible destruction of life, which is the greatest value of human civilisation.

We are aware that we are in the midst of a war for the independence of Ukraine, which for our EU neighbours is a war for European values, a war for a fairer world order for the people of the whole world, and a war that gives hope for the transformation of imperial Russia.

Each of the Maidans in 1990, 2004, and 2014—just like today's war—was a historic turning point that distanced us from a totalitarian legacy that had been instilled for generations and cost millions of lives. Instead, Ukrainian society has always made a clear and conscious demand for a peaceful life, a democratic system of governance, and a wide range of freedoms and prosperity—all valued in European societies.

Restoration of the infrastructure and of peaceful life in Ukraine should be carried out according to new standards, and should contribute to the sustainability of new institutions. The burden of war and the associated suffering should not motivate political elites and some members of society to support authoritarian systems of governance and seek populist solutions. Our modern history convincingly demonstrates that in critical moments, our partnerships and our

state institutions must be strengthened by the involvement of civil society, networking initiatives, volunteer groups, and private initiatives, whose contributions make reforms sustainable and prevent their rollback.

Therefore, while recognising our diversity and differences of opinion, we want to declare **common principles and a framework for the future**, for which millions of Ukrainians risk their lives every day. Any decisions on the future system and rebuilding of Ukraine must meet the following criteria:

1. Ukraine is a state with a European identity that shares common values and history with other European nations and considers itself part of the European family.
2. Ukraine is a representative democracy with a competitive political process, political elites that rotate through a legal procedure, fair and free elections, freedom of speech and independent media, protected human rights, and capable local self-governance.
3. Ukraine is an open market economy with equal rules for everyone, and minimal state intervention constrained by law.
4. Ukraine is a protected area for the development of Ukrainian and Crimean Tatar cultures, as well as of the present diversity of different cultures and identities.
5. Ukrainians are involved in decision-making process about their future at all levels. All decision-making processes are transparent and participatory. Decisions are discussed and made with a view to their long-term consequences.
6. No one has a monopoly on decisions that affect everyone. Civil society is an important tool for citizens to participate in public life. National and local governments are open to interaction with civil society.

Red lines, the crossing of which is unacceptable under any circumstances as it entails existential risks for Ukraine and Ukrainians:

1. Loss of state independence and territorial integrity, deportation of citizens, refusal to protect human rights.
2. Freezing the conflict or postponing its resolution, which will make it possible for the Russian Federation to recover and get stronger to continue the war against Ukraine or create obstacles to Ukraine's development.
3. Destruction or oppression of the identity, culture, language, rights and freedoms of citizens.
4. Dismantling of democratic institutions, systems of checks and balances, rejection of the democratic process, or their manipulation.
5. Enhanced government interventionism in the economy.
6. Reduced transparency in public administration, expanding of practices that give rise to corruption.
7. Rejection of European and Euro-Atlantic integration.

Priority tasks for the development of Ukraine:

1. Restoration and strengthening of the national security, including through accession to the system of collective security.
2. Restoration and protection of human security, including from the totalitarian legacy of Soviet practices in the Ukrainian political system; creating conditions for the return of citizens who have been forced to leave their homes or have been deported or taken prisoner.
3. Protection and development of a democratic system of government, political rights and freedoms of citizens.
4. Establishing the rule of law, creating an independent judicial system based on integrity, and an efficient and fair system of law enforcement.
5. Holistic development of human capital, modernisation of science and education system, healing of historical trauma, enhancement of respect for human dignity.
6. Protection of all kinds of property rights and encouragement of all private initiatives that create conditions for the free development of entrepreneurship.
7. Development of local self-governance and subsidiarity in public administration. 8. Recovery of the population and of the natural environment beyond historical records, modernisation of the economy and infrastructure, European integration.

All and every action aimed at helping Ukraine at this crucial moment in history must meet the criteria above. Defining the vision of post-war Ukraine, the strategy of reconstruction and modernisation, and specific plans and projects at all levels should not take place in a narrow circle and under the pressure of current circumstances, but in an open, transparent, inclusive way, involving relevant stakeholders. In all our diversity, we—volunteers, activists, entrepreneurs, businesspeople, professionals—are united by a common desire to implement these principles because this is our contribution to a common future.

Signatures:

Centre for Civil Liberties; Euromaidan SOS; European Pravda NGO; Anti-Corruption Action Centre; Plast (National Scout Organisation of Ukraine); Civil Network OPORA; Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation; Fund for the Support of Professional Political Development; Institute of Political Education; Business Community BOARD;

CEO Club; Independent Anti-Corruption Commission NAKO; Agency of Efficient Solutions; School for Policy Analysis at National University of Kyiv-Mohyla Academy; Open Society of Ukraine; School of Local Self-Governance; Election Council UA; Centre for Economic Strategy; Association *Energy Efficient Cities of Ukraine*; Agency for Legislative Initiatives; Ukrainian School of Political Studies, CHESNO Movement; International Change Agency; Museum of Contemporary Art, Ukrainer; League of Science Development; National Educational Association; Misto-Sad; BCD; Human Rights Vector; Crimean Centre for Business and Cultural Cooperation; *Ukrainian House*; Arts Council *Dialogue*; Detector Media; Stand with Ukraine Foundation; Ukrainian LGBT Military for Equal Rights; Kyiv Security Forum; *We Are Kherson Citizens* Business Association; *Women's Consortium of Ukraine*; Harvard Club of Ukraine; Vostok-SOS Charity Foundation, DEJURE Foundation; Internews Ukraine and other NGOs.

Quelle: *Manifesto.org.ua*, 28.06.2022, <https://manifesto.org.ua/eng>.

KOMMENTAR

Wie ein grüner Wiederaufbau aussehen kann

Von Rouven Stubbe und David Saha (beide German Economic Team, Berlin)

Zusammenfassung

Während Russland seinen Angriffskrieg fortsetzt, laufen Vorbereitungen für den Wiederaufbau der Ukraine. Im Anschluss an die Konferenz in Lugano müssen die existierenden Vorschläge nun abgestimmt werden.

Derzeit ist der Plan der ukrainischen Regierung eher zentral und als Top-Down ausgerichtet, während internationale Partner multilaterale, dezentrale Ansätze befürworten. Zwar wird die Bedeutung eines umweltfreundlichen Wiederaufbaus allgemein anerkannt, für die Umsetzung sind jedoch vor allem zwei Faktoren erforderlich: Erstens müssen die Reformbemühungen im Energiebereich gesteigert werden, um sicherzustellen, dass die Investitionen in moderne Technologien fließen und nicht durch bestehende Fehlanreize verzerrt werden. Zweitens braucht der Wiederaufbau Zusagen, die Finanzierung grüner Technologien bereitzustellen, die in der Anschaffung relativ zu Fossilen teurer sind, aber über ihren Lebenszyklus hinweg enorme Effizienzgewinne bringen.

Die Wiederaufbaupläne sind noch nicht vereinheitlicht

Die Vorbereitungen für den Wiederaufbau sind in vollem Gange, obwohl der Krieg weiterhin wütet. Auf der jüngsten Wiederaufbaukonferenz in Lugano legte die ukrainische Regierung einen Vorschlag mit einem Gesamtinvestitionsbedarf von 750 Mrd. USD im Rahmen von 15 sektoralen Programmen vor. Davon wird der unmittelbare Bedarf mit 60–65 Mrd. USD beziffert. Der Rest soll für eine Kombination aus Wiederaufbau und umfassender Modernisierung in einem Zehnjahres-

rahmen angesetzt werden. Die Lugano-Konferenz war jedoch erst der Anfang im Abstimmungsprozess zwischen der ukrainischen Regierung und ihren internationalen Partnern, denn es werden bereits einige Unterschiede deutlich: Während die ukrainische Regierung einen sehr zentralisierten Ansatz vorschlägt, strebt die Europäische Kommission eine politische Führung des Wiederaufbaus gemeinsam mit der Ukraine an (siehe Grafik 1 auf S. 25).

Dieser Ansatz impliziert eine wesentlich dezentralere Umsetzung, einschließlich einer Koordinierungs- und Monitoringstelle der Finanzierung, sowie die Angleichung der ukrainischen Wirtschaft an EU-Standards.

Notwendigkeit eines grünen Wiederaufbaus

Ein unumstrittenes Element des ukrainischen Vorschlags ist jedoch die Notwendigkeit eines umweltfreundlichen Wiederaufbaus: Es wird nicht ausreichen, die Anlagen und die Infrastruktur aus der Vorkriegszeit wiederherzustellen. Sie müssen moderne Technologien enthalten, effizient und weitgehend emissionsfrei sein, um der ukrainischen Wirtschaft eine nachhaltige Zukunft zu sichern. Das Projekt »Low Carbon Ukraine« (LCU) von Berlin Economics, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz finanziert wird, hat sich intensiv mit dem grünen Wiederaufbau befasst. In einem ersten Bei-

trag argumentiert das Team, dass ein grüner Wiederaufbau kein gut gemeinter Luxus ist, sondern wirtschaftlich lebenswichtig. Das Land ist mit steigenden und schwankenden Weltmarktpreisen für fossile Brennstoffe konfrontiert, hat Probleme mit der Versorgungssicherheit, und steht als EU-Beitrittskandidat und durch das Aufkommen exterritorialer CO₂-Bepreisungssysteme wie dem EU-CBAM unter dem politischen Druck seiner Partner. Der Wiederaufbau mit fossilen Brennstoffen betriebener Anlagen würde das Risiko bergen, dass diese bereits nach kurzer Zeit zu wirtschaftlich unrentablen »Stranded Assets« werden.

Überlegungen zur Umsetzung

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, wurde ein Workshop zusammen mit den Nichtregierungsorganisationen Ecoaction und CEE Bankwatch organisiert. Die Idee war, zu diskutieren, was grüner Wiederaufbau in einzelnen Sektoren bedeutet, welche neuen Technologien Alte ersetzen sollten und welche politischen und organisatorischen Herausforderungen überwunden werden müssen. Im Workshop, an dem mehr als 60 Experten teilnahmen, kristallisierten sich die folgenden Themen heraus:

- **Umsetzung eines grünen Wiederaufbaus erfordert eine Kombination aus Programmdesign und politischen Reformen.** Um sicherzustellen, dass die dezentrale Entscheidungsfindung hin zu einem grünen Wiederaufbau gelenkt wird, müssen bestehende Hindernisse für grüne Investitionen, wie beispielsweise stark regulierte Großhandelspreise im Stromsektor, beseitigt werden. Das Programm selbst muss so konzipiert sein, dass es die langfristige Effizienz über die Investitionskosten stellt, um Investitionen in grüne Technologien zu fördern. Die Sektorenkoordinierung, z. B. bei der Elektrifizierung der Wirtschaft, erfordert zudem ein strategisches politisches Konzept.
- **Eine strategische Entscheidung ist erforderlich, ob Pioniertechnologien aufgebaut werden sollen.** Viele Technologien, die für einen umweltfreundlichen Wiederaufbau benötigt werden, sind bereits weit verbreitet und wettbewerbsfähig. Einige, wie etwa grüne Stahlerzeugung oder Wärmepumpen, befinden sich jedoch noch in einem frühen Stadium. Während der Wiederaufbau unter Verwendung dieser Spitzentechnologien relativ kostspielig wäre, würde ein Ansatz mit alten Technologien das Risiko bergen, dass in Zukunft »stranded assets« entstehen. Internationale Partner müssen entscheiden, ob sie die höheren Investitionskosten annehmen, denn dies könnte die Ukraine zu einem Vorbild für neue, grüne Technologien machen, einschließlich Sektorenkopplung und -koordinierung, z. B. durch

eine schnellere Elektrifizierung und den groß angelegten Einsatz von grünem Wasserstoff.

- **Erschwingliche Finanzierungen sind für einen grünen Wiederaufbau unerlässlich.** Die Kapitalkosten waren in der Ukraine schon vor dem Krieg hoch. Ohne eine erschwingliche Finanzierung können sie für umweltfreundliche Investitionen nicht durch niedrigere Betriebskosten aufgewogen werden. Die Rolle der internationalen Partner wird entscheidend, ihre Anliegen müssen bei der Gestaltung des institutionellen Rahmens ernst genommen werden.
- **Effiziente Verwaltung umweltfreundlicher Wiederaufbauprojekte ist notwendig.** Der Ersatz alter, schmutziger und ineffizienter durch den Krieg zerstörter Anlagen durch neuere und saubere Technologien erfordert anspruchsvollere Planungs- und Bauprozesse, einschließlich effizienter Projektmanagement- und Umsetzungsprozesse.
- **Um Finanzmittel anzuziehen, ist eine Reformfortsetzung erforderlich.** Internationale Partner haben ihre Bereitschaft erklärt, den Wiederaufbau der Ukraine erheblich zu unterstützen. Die Ukraine muss jedoch Voraussetzungen für diese Investitionen schaffen. Vor allem muss der Wiederaufbauplan den international bewährten Verfahren der Governance entsprechen. Die Korruptionsbekämpfung, die Bemühungen um Rechtsstaatlichkeit (u. a. Justizreform) und andere Reformen, von denen viele in der Zeit vor dem Krieg keine großen Fortschritte gemacht haben, müssen wieder in Angriff genommen werden und können mit der EU-Beitrittsperspektive verbunden werden.
- **Für internationale Privatinvestitionen wird eine Versicherung gegen politische Risiken erforderlich sein.** Private Investoren werden in einer Nachkriegssituation sehr vorsichtig sein, da die Sicherheitsbedenken wahrscheinlich nicht vollständig ausgeräumt sind. Sie könnten jedoch die von internationalen Partnern bereitgestellten Finanzmittel ergänzen, verbessern und die Produktivität durch Joint Ventures oder mehr Wettbewerb auf bisher monopolistischen Märkten steigern. Die Verfügbarkeit von Investitionsversicherungen, die relevante Risikokategorien wie das militärische Risiko abdecken, wird eine notwendige Voraussetzung sein, um solche Investitionen anzuziehen. Da sie den fiskalischen Unterstützungsbedarf verringern würde, dürfte deren Bereitstellung für internationale Partner Vorteile bringen.

Ausblick

Ein grüner Wiederaufbau wird ein Schlüsselement der geplanten Nachkriegsmodernisierung der ukrainischen Wirtschaft und ihrem Pfad zur EU-Mitgliedschaft sein. Er ist kein teurer Luxus, sondern würde sicherstel-

len, dass die Ukraine über kosteneffiziente Anlagen verfügt, die in einer Welt, die durch hohe und schwankende Preise für fossile Brennstoffe und international verbindliche Preisregelungen für CO₂-Emissionen gekennzeichnet ist, wettbewerbsfähige Produkte exportieren kann.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen diese politischen Überlegungen im Energie- und Klimabereich aufgenommen werden. Die oben genannten Überlegungen sollten von Anfang an in die Wiederaufbauinstitutionen einbezogen werden.

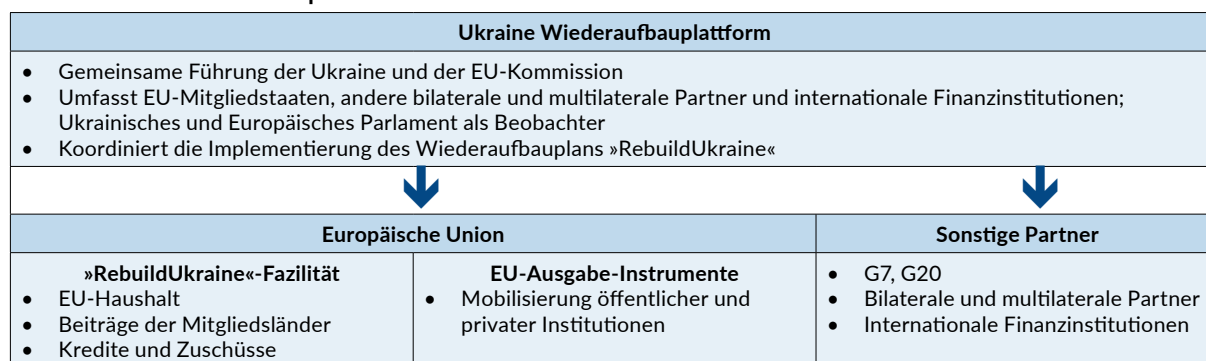
Der Text erschien im August 2022 als Newsletter 166/2022 des German Economic Teams (GET) Berlin und basiert auf der Arbeit des Projektes »Low Carbon Ukraine« und der Publikation »Putting the green reconstruction of Ukraine into action: Requirements for programme design and policy«. Das Projekt ist Teil der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI), gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, und wird durch das Beratungsunternehmen Berlin Economics implementiert. Der Originaltext ist abrufbar unter <https://www.german-economic-team.com/newsletter/wie-ein-gruener-wiederaufbau-aussehen-kann/>. Wir danken den Autoren und dem GET für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über die Autoren:

David Saha leitet die Abteilung Energie- und Klimapolitik bei Berlin Economics.

Rouven Stubbe ist Berater im Bereich Energie- und Klimapolitik bei Berlin Economics.

Grafik 1: Wiederaufbauplan »RebuildUkraine« der EU-Kommission



Quelle: Europäische Kommission, 2022

Wiederaufbau und Neubau. Perspektiven für die Ukraine im und nach dem Krieg

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Die ukrainische Armee kämpft tapfer und effektiv gegen die russische Übermacht. Die Ukraine kämpft ums Überleben. Die Ukraine ist dabei vielmehr als nur eine Armee. Sie ist eine Gesellschaft, von der ein Drittel auf der Flucht ist (das UN-Flüchtlingskommissariat geht von knapp 7 Mio. Binnenflüchtlingen und weiteren gut 7 Mio. Flüchtlingen im Ausland aus); eine Wirtschaft, deren Leistung dieses Jahr um mehr als ein Drittel einbrechen wird (nachdem vor Kriegsausbruch noch mit solidem Wachstum von 4 Prozent gerechnet worden war).

Auch die ukrainische Gesellschaft ist im Krieg tapfer, engagiert und überraschend effektiv. In großen Tei-

len des Landes geht das Leben weiter, Flüchtlinge werden betreut, Zerstörungen nach russischen Angriffen repariert, die ukrainischen Exporte nach Deutschland sind im ersten Halbjahr fast stabil geblieben, was mit der Struktur der Exporte nach Deutschland zu tun hat und nicht für alle Exporte gilt.

Der russische Angriffskrieg versucht die ukrainische Gesellschaft und ihre Existenzgrundlage zu vernichten. Bis Ende Juli gab es 17.300 Angriffe auf zivile Ziele (50x mehr als auf militärische Ziele). Zig-Tausende Wohngebäude wurden zerstört. Über 3 Millionen Menschen wurden obdachlos. Die UN-Menschenrechtsmission und Menschenrechtsorganisationen dokumentieren systematische

russische Kriegsverbrechen von sadistischer Grausamkeit, auch gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten.

Die zivile Infrastruktur – von medizinischen Einrichtungen über die Energieversorgung bis zu Schulen und Universitäten – wird von russischen Raketen gezielt zerstört. Allein die Schäden an ukrainischen Straßen summierten sich bereits nach den ersten fünf Wochen des russischen Angriffskrieges auf über 25 Mrd. Euro. Die ukrainische Stahlindustrie, weltweit bei Exporten vorher unter der Top-10, ist durch den Krieg bereits zu 40 Prozent zerstört. Wie eine Unternehmensbefragung des Kyjiwer Institute for Economic Research and Policy Consulting zeigt, gehört die Metallindustrie neben der Produktion von Baumaterialien zu den am stärksten betroffenen Industriebranchen.

Die ukrainischen Häfen – wichtig nicht nur für die Wirtschaft des Landes, sondern auch für die weltweite Nahrungsversorgung – wurden teilweise besetzt und werden ansonsten von der russischen Flotte blockiert. Die einzige Ausnahme bietet das unter UN-Vermittlungen zustande gekommene Abkommen zum Getreideexport. In den ersten sechs Wochen des Abkommens (bis zum 4.9.), haben 86 Schiffe ukrainische Häfen verlassen. Das macht zwei Schiffe pro Tag. Der Export soll bis Ende Oktober auf insgesamt 9 Mio. Tonnen steigen, aber allein im Hafen von Odessa waren zu Beginn des Abkommens 20 Mio. Tonnen Getreide gelagert und mittlerweile kommt die diesjährige Ernte hinzu. Das Abkommen gilt aber derzeit nur bis November und könnte danach automatisch verlängert werden. Allerdings drängt Russland auf Änderungen.

Russland hat diesem Abkommen nur zugestimmt, weil es gleichzeitig die Garantie erhielt, dass eigene Exporte von Lebensmitteln und Dünger nicht mit Sanktionen belegt oder behindert werden. De facto wird auch der Diebstahl von ukrainischem Getreide, das von Russland exportiert wird, toleriert. Wie Satellitenaufnahmen von Getreideexporten über die Krim und Berichte der ukrainischen Botschaft aus dem Libanon nahelegen, geht es dabei um regelmäßige Lieferungen erheblicher Mengen. Hinzu kommt, dass Russland durch das Abkommen versucht, die westlichen Sanktionen und nicht den eigenen Angriffskrieg für die globale Lebensmittelknappheit verantwortlich zu machen.

Überleben als funktionsfähige Gesellschaft

Damit die Ukraine überleben kann, braucht sie Unterstützung, vor allem humanitäre Hilfe und Geld für den Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur: Krankenhäuser, Häfen, Straßen, Strom- und Wasserversorgung – das wird sofort gebraucht, nicht erst wenn der Krieg vorbei ist. Das Räumen von Minen ist ebenso eine dringende Aufgabe, und alleine hierfür veranschlagt eine Studie der Weltbank Kosten von 73 Mrd. US-Dollar. Im Krieg

in der Ostukraine wurden allein von 2014 bis 2018 fast 2.000 Menschen durch Landminen und Blindgänger verletzt oder getötet. Damals war die Fronlinie 500 km lang. Die aktuelle Frontlinie ist fünfmal so lang. Durch die regelmäßigen Verschiebungen der Frontlinie sind derzeit noch einmal mehr Gebiete betroffen.

Die Ukraine muss als Gesellschaft mit funktionierender Wirtschaft und erforderlichen staatlichen und privaten Dienstleistungen von medizinischer Versorgung, über Post bis Schulbildung weiter bestehen. Nicht nur wegen der Kriegsschäden, auch finanziell ist die Ukraine damit überfordert. Der Krieg führt zu einem Einbruch der Steuereinnahmen und einer Explosion der Staatsausgaben, vor allem durch massiv gestiegene Verteidigungsausgaben, die im Haushaltsentwurf 2023 mehr als die Hälfte ausmachen. Das resultierende Defizit beträgt etwa 5 Mrd. Euro pro Monat. Die Folgen sind eine hohe Inflation (aktuell 22 Prozent ggü. dem Vorjahr), eine massive Abwertung der Währung und ein Verlust an Kreditwürdigkeit, was die Neuaufnahme von Krediten stark einschränkt. Die größte staatliche Energiefirma, Naftohas, stellte im Juli ihren Schuldendienst teilweise ein. Die Ukraine bemüht sich seit August verstärkt um einen erneuten Kredit des Internationalen Währungsfonds.

Für die Ukraine wird der kommende Winter eine viel größere Herausforderung als für die Mitgliedsländer der EU. Die Energieversorgung ist in weiten Teilen der Ostukraine zusammengebrochen. Wasser kann in den Leitungen einfrieren, so dass nicht einmal der Zugang zu Trinkwasser garantiert werden kann. In der Ostukraine liegt die Durchschnittstemperatur von Dezember bis Februar unter dem Gefrierpunkt. Die Weltbank schätzt in ihrer oben erwähnten Studie, dass die Ukraine etwa 100 Mrd. Euro benötigt, um durch den Winter zu kommen.

Gleichzeitig geht die Weltbank davon aus, dass der Anteil der ukrainischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze dieses Jahr von 2 Prozent auf mindestens 21 Prozent ansteigen wird. Sie warnt, dass der Anstieg ohne internationale Finanzhilfen noch viel dramatischer sein wird.

Längerfristig muss der Wiederaufbau der Ukraine Chancen nutzen, z. B. eine Energiewende ermöglichen, auf Zukunftstechnologien setzen (grüner Wasserstoff ist hier eine für die Ukraine viel diskutierte Option), eine nachhaltige Landwirtschaft wieder in den Weltmarkt integrieren. In Reaktion auf den russischen Angriff ist in der Ukraine ein Reformschub möglich. Für die Korruptionsprävention- und -bekämpfung gibt es funktionierende Institutionen, die jetzt von kompetenten Personen geleitet werden. Ein Beispiel im Kleinen für Probleme und Hoffnung beschreibt Jaroslawa Tymoschtschuk mit der Kleinstadt Trostjanecz in der Region Sumy, die nach dem Abzug der russischen Truppen einen Neuanfang versucht.

Der ukrainische Ministerpräsident, Denys Schmyhal, erklärte: »Wir wollen nicht einfach Straßen, Brücken und Wasserleitungen wiederherstellen. Wir planen den Aufbau einer völlig neuen Wirtschaft. Das bedeutet zuallererst die Umgestaltung der alten staatlichen Institutionen.« Er weist auch darauf hin, dass die Ukraine in Zukunft im Interesse ihrer nationalen Sicherheit deutlich über 4 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Armee und Verteidigung investieren müssen.

Internationale Unterstützung

Wichtig für einen erfolgreichen Wiederaufbau sind auch internationale Unterstützung und private Investoren. Die finanzielle Dimension ist überschaubar. Die gesamte Wirtschaftsleistung der Ukraine im Jahr vor dem Krieg entsprach in Euro umgerechnet etwa der von Rheinland-Pfalz. Ein großer Teil der finanziellen Unterstützung für die Ukraine erfolgt nicht als Hilfszahlung, sondern in Form von Krediten, die zwar günstige Bedingungen haben, aber zurückgezahlt werden müssen.

Für die Kosten des Wiederaufbaus gibt es sehr unterschiedliche Schätzungen. Neben der Tatsache, dass konkrete Preise für Materialien und Dienstleistungen nicht genau vorherzusagen sind, gibt es zwei weitere Gründe. Die Unterscheidung der Weltbankstudie zwischen Zerstörung, resultierendem Schaden (etwa auch durch Produktionsausfälle) und Bedarf (also den Kosten eines Wiederaufbaus) zeigt, dass es verschiedene Perspektiven für die Berechnung gibt. Gleichzeitig ist der Krieg noch nicht vorbei und es entstehen täglich neue Schäden und Kosten. Die meisten Studien beschränken sich auf bereits entstandene Schäden, die Weltbank etwa auf solche bis zum Stichtag 1. Juni. Die tatsächlichen Kosten werden dann aufgrund der später entstandenen Schäden höher liegen.

In einer moralischen Betrachtung erscheint es naheliegend, dass Russland als Aggressor über Reparationen den materiellen Schaden bezahlen soll. Da eine Zustimmung Russlands nicht absehbar ist, wäre die einzige Möglichkeit von Sanktionen betroffenes Vermögen zu beschlagnahmen. Die Höhe dieses Vermögens betrug schon Anfang Juni etwa 400 Mrd. Euro. Zu diesem Zeitpunkt sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von einem Gesamtbedarf von 600 Mrd. Euro für den Wiederaufbau. Rechtlich betrachtet sind sanktionierte Vermögen aber eingefroren, d. h. der Zugriff wird verweigert, aber die Eigentumsrechte bleiben erhalten. Eine Verwendung für Reparationen käme einer Enteignung gleich und ist rechtlich schwierig. Es gibt Präzedenzfälle, wie die Enteignung des Vermögens der afghanischen Zentralbank durch die USA nach dem Sieg der Taliban im Sommer 2021. In Deutschland z. B. könnte eine solche Enteignung aber verfassungswidrig sein, da das Grundgesetz einen besonderen

Schutz von Eigentum vorsieht und eine direkte Schuld der von Sanktionen betroffenen Personen und Unternehmen wohl in der Regel nicht belegt werden kann.

Wenn es um westliche Finanzhilfen geht, ist die Rede von einem »neuen Marshallplan« natürlich keine Gebrauchsanweisung, sondern eher eine Metapher, die in zweierlei Hinsicht relevant ist. Der Marshallplan, dessen Hilfe insgesamt nach heutigen Preisen nur einen Wert von ca. 130 Milliarden hatte, konnte nur einen begrenzten Beitrag zur Finanzierung des tatsächlichen Wiederaufbaus leisten. Aber damals wie jetzt geht es um ein Zeichen der Solidarität. Außerdem geht es um ein Signal an private Investoren, dass die internationale Gemeinschaft sich bemühen wird, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen. Erleichterungen beim Außenhandel, Angleichung an internationales Recht und Unterstützung für Rechtsstaat und Korruptionsbekämpfung sind wahrscheinlich für ein ukrainisches »Wirtschaftswunder« wichtiger als das konkrete Finanzvolumen eines Marshallplans für die Ukraine.

Für Reformen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen werden die Beitrittsverhandlungen mit der EU von großer Bedeutung sein. Diese werden auf jeden Fall sehr langwierig. Den Geschwindigkeitsrekord hält bisher Finnland mit drei Jahren. Es ist wohl jedem klar, dass es bei der Ukraine deutlich länger dauern wird. Wichtig ist, dass zeigen die Verhandlungen mit den EU-Beitrittskandidaten auf dem Balkan, dass die Richtung stimmt, d. h. dass genug Fortschritte erkennbar sind, um die Dynamik der Reformen und die Zustimmung in Politik und Gesellschaft zu sichern. Ansonsten drohen – wie im Fall der Türkei – Rückschritte und Resignation.

Ausblick

Frieden für die Ukraine ist nicht einfach ein »Waffenstillstand« wie er seit 2015 im Donbas existierte, sondern die Möglichkeit für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat sich friedlich zu entwickeln und vor zukünftigen Angriffen geschützt zu sein. Russland hat seit 2014 jedes Mal gelogen, wenn es um den Einsatz der eigenen Armee in der Ukraine ging und zeigt jetzt in seinen Stellungnahmen und Handlungen vollständige Verachtung für die Regeln internationalen Rechts.

Es muss verhindert werden, dass das Verschieben von Staatsgrenzen durch einen Angriffskrieg und die absichtliche, systematische Zerstörung ziviler Ziele wieder dauerhaft Teil von Außenpolitik werden. Für die Welt geht es um Mindeststandards für ein friedliches Miteinander, für die Ukraine ums Überleben. Dazu braucht es nicht nur eine militärische Niederlage Russlands, sondern auch eine wirtschaftlich und gesellschaftlich stabile, demokratische Ukraine. Dies ist das beste Signal für eine friedliche Zukunft Europas.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Heiko Pleines ist Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Tymofii Brik u. a.: Meeting the immediate needs of the Ukrainian economy, the role of international actors and the importance of understanding the conflict as a conventional war, Policy Brief 11.4.2022, <http://eprints.lse.ac.uk/115691/>
- Oleg Churiy, Yuriy Gorodnichenko: The macroeconomic front of the war, Vox Ukraine 11.7.2022, <https://voxukraine.org/en/the-macroeconomic-front-of-the-war/>
- Yelizaveta Dorontseva: State regulation in wartime. How the Cabinet of Ministers of Ukraine adapted the economy to martial law conditions, Vox Ukraine 1.7.2022, <https://voxukraine.org/en/state-regulation-in-wartime-how-the-cabinet-of-ministers-of-ukraine-adapted-the-economy-to-martial-law-conditions/>
- Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER): Manufacturing Industries with Better Resilience in Wartime Ukraine, 16.8.2022, <http://4liberty.eu/manufacturing-industries-with-better-resilience-in-wartime-ukraine/>
- Maksym Obrizan: How should we reconstruct Ukrainian health care after the victory?, Vox Ukraine, 9.9.2022, <https://voxukraine.org/en/how-should-we-reconstruct-ukrainian-health-care-after-the-victory/>
- Denys Shmyhal: Reconstruction planning must start now, The Economist 30.4.2022
- Jaroslawa Tymoschtschuk: Wiederaufbau als Chance. Wie sich das einst florierende Trostjanez nach der Besetzung neu erfindet, Kyjiwer Gespräche, 17.8.2022, <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/artikel/newsreader/wiederaufbau-als-chance-wie-sich-das-einst-florierende-trostjanez-nach-der-besetzung-neu-erfindet.html>
- UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR): Ukraine Situation Flash Update #29, 9.9.2022, <https://data.unhcr.org/en/documents/download/95460>
- World Bank: Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment (English). Washington, D.C. : World Bank Group, <http://documents.worldbank.org/curated/en/099445209072239810/P17884304837910630b9c6040ac12428d5c>
- Berichte zu illegalen russischen Getreideexporten aus der Ukraine: <https://lloydslist.maritimeintelligence.informa.com/LL1141291/Russia-accused-of-shipping-stolen-Ukrainian-grain-via-Crimea>, <https://www.radiosvoboda.org/a/skhemy-ukrayina-krym-zerno/31899982.html>, <https://www.ft.com/content/86d2be80-d69c-4b93-b448-dd006b070854>, <https://www.pravda.com.ua/rus/news/2022/08/10/7362667/>

Korruption in der Ukraine: Wie wichtig ist das Problem?

Von Yuriy Gorodnichenko (University of California, Berkeley), Julia Guz und Ilona Sologoub (beide VoxUkraine)

Man hört immer wieder, dass die Ukraine ein »sehr korruptes« Land ist. Obwohl dieses Problem tatsächlich besteht, hat sich die Situation seit 2014 verbessert. Auf dem Weg zum EU-Beitritt hat die Ukraine eine gute Chance, um Korruption deutlich zu reduzieren. Das stellt eine Priorität dar sowohl für die Zivilgesellschaft als auch für die breite Öffentlichkeit.

Westliche Beobachter betonen oftmals die Korruptionsthematik in der Ukraine. Donald Trump Jr. bezeichnete die Ukraine einst als »eines der korruptesten Länder der Erde«. Manchmal setzten ukrainische Anti-korruptions-NGOs und Vertreter:innen internationaler Organisationen die innere Bedrohung der Korruption gleich mit der äußeren Bedrohung durch Russland. Wie aber Roman Waschuk (ehem. Kanadischer Botschafter in der Ukraine, Anm. d. Red) in einem vielbeachteten Kommentar schrieb, wenn es die Ukraine nicht mehr gibt, spielt auch das Ausmaß der Korruption keine Rolle

mehr. Sicherlich, wenn die Korruption in der Ukraine geringer wäre, wären wir vielleicht besser vorbereitet gewesen auf den Krieg und die Verluste wären geringer. Jedoch sollten die existenziellen Bedrohungen zuerst angegangen werden, und die existenzielle Bedrohung für die Ukraine ist Russland (das übrigens selbst eine große Quelle der Korruption darstellt, sowohl in der Ukraine als auch in vielen anderen Staaten).

Die Verbündeten der Ukraine denken bereits über den Wiederaufbau der Ukraine nach (wir insistieren jedoch, dass die notwendige Bedingung für den Wiederaufbau die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Waffen ist, damit die Ukraine die Sicherheit auf ihrem Territorium sicherstellen kann). Während des Wiederaufbaus wird die effiziente Verwendung von Hilfsgeldern von zentraler Bedeutung sein für die Vertrauenswürdigkeit des Programms, sowohl in den Augen der Ukrainer:innen, als auch der internationalen Steuerzah-

ler:innen. Daher haben die internationalen Partner der Ukraine das Recht danach zu fragen, ob es dieses Mal anders wird und ob die Institutionen der Ukraine ebenfalls neu aufgebaut werden, zusammen mit der physischen Infrastruktur des Landes.

Werfen wir einen Blick auf die Fakten und versuchen diese Fragen zu beantworten.

Erstens, dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International zufolge ist die Ukraine das korrupteste Land in Europa (abgesehen von Russland). Dabei sind jedoch zwei Faktoren zu berücksichtigen: Erstens misst dieser Index die *Wahrnehmung*, und diese kann zum Beispiel beeinflusst werden durch die intensive Diskussion über Korruptionsfälle in den Medien. Der Wert in dem Index hat sich in den letzten Jahren verbessert, von 25 im Jahr 2013 auf 32 im vergangenen Jahr (ein höherer Wert bedeutet weniger Korruption). Studien in der Bevölkerung zeigen ebenfalls eine Verbesserung der Lage: Zwischen 2013 und 2018 fiel der Anteil derjenigen Befragten, die angaben, im letzten Jahr eine Bestechung geleistet zu haben, von 27 Prozent auf 22 Prozent (2021 fiel der Wert weiter zurück auf 19 Prozent). Der Anteil derjenigen, die das Zahlen von Bestechungen unter bestimmten Umständen rechtfertigen, sank von 37 Prozent auf 13 Prozent. Interessanterweise stieg gleichzeitig der Anteil der Menschen, die denken, dass die Korruption gestiegen sei, von 49 Prozent auf 61 Prozent, vermutlich aufgrund der größeren medialen Berichterstattung über Korruption. Diese positive Entwicklung in Bezug auf Korruption ist ermutigend.

Zweitens hat die Ukraine spürbare Fortschritte im Bereich der Antikorruptionsreformen gemacht. Vox-Ukraine analysiert den Reformprozess seit Frühjahr 2015. Seither haben wir fast 1.300 Gesetze bewertet, die die »Spielregeln« verändert haben. Darunter waren 127 Rechtsakte, die die Korruption adressieren.

Knapp die Hälfte dieser Rechtsakte haben die Regeln in mehr als einem Bereich geändert und Governance-Prozesse verbessert, die das Potenzial für Korruption mindern. Das waren Gesetze über die Veröffentlichung von Daten, die Einführung eines elektronischen Beschaffungswesens (durch die »Prozorro«-Software konnten in fünf Jahren etwa 7 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Geldern eingespart werden), die Beschaffung von medizinischen Produkten zuerst über internationale Organisationen und später einer eigens dafür geschaffenen Agentur. Einige Gesetze zur Justizreform erhielten 2016 eine positive Bewertung. Auf der anderen Seite gab es auch einige Änderungen, die das Problem mit der Korruption verschlimmert haben. Dazu zählt die Einführung von elektronischen Vermögenserklärungen für NGOs sowie zwei Entscheidungen des Verfassungsgerichts, welches 1) das Gesetz über die Strafbarkeit für illegale Bereicherung sowie 2) die elektronischen Ver-

mögenserklärungen gekippt hat. Die Zivilgesellschaft konnte erreichen, diese potenziellen Einschränkungen wieder rückgängig zu machen, was ihre zunehmende Stärke beweist.

Auch wenn es einige Probleme gibt, wurde eine umfassende Antikorruptionsinfrastruktur in der Ukraine aufgebaut (Nationales Antikorruptionsbüro, Oberstes Antikorruptionsgericht, Agentur zur Korruptionsprävention, Agentur für Vermögensrückgewinnung und -verwaltung, Spezialisierte Antikorruptionsstaatsanwaltschaft), die das Land bereits verändert hat. So hat das Nationale Antikorruptionsbüro zwischen 2019–2021 insgesamt 381 Anklagen wegen Korruption auf hoher Ebene erhoben, und 57 Personen wurden vom Obersten Antikorruptionsgericht wegen Korruption verurteilt. So etwas wäre vor 2014 nicht möglich gewesen. Das findet große Zustimmung in der ukrainischen Bevölkerung. Bevor Russland im Februar die Ukraine angriff, setzte die Zivilgesellschaft die Regierung stark unter Druck, damit diese einen neuen Antikorruptionsstaatsanwalt ernennt. Jetzt sind zivilgesellschaftliche Gruppen auf den Krieg fokussiert, aber nachdem die Ukraine diesen gewinnt (vor allem wenn es eine Roadmap für den EU-Beitritt hat), werden die internen Herausforderungen wieder oberste Priorität auf ihrer Agenda haben. Wir sind überzeugt, dass viele Menschen in der Ukraine verstehen, dass die Ukraine nicht (noch einmal) eine historische Chance verpassen kann. Genauso denken wir, dass der EU-Beitrittsprozess ein starker Anreiz sein wird, die Reformen voranzutreiben.

Drittens: Obwohl Russland selbst laut Transparency International korrupter ist als die Ukraine, verbreitet es aktiv das Narrativ über die »schrecklich korrupte Ukraine« und vergleicht diese oft mit afrikanischen Staaten. Mindestens seit 2017 verbreitet Russland Fake-News über die Ukraine als angeblich korruptestes Land der Welt (genau dieses Fake verbreitete Donald Trump Jr.).

Die Ziele solcher Fakes sind offensichtlich. Sie dämpfen die Unterstützung für die Ukraine in der Welt, vor allem in den Industriestaaten. Auch verbreiten sie das Narrativ von der Ukraine als »failed state«, sowohl in der Ukraine als auch anderswo. Kein Wunder, dass russische Besatzungstruppen überrascht waren über die guten Lebensbedingungen, als sie Städte in der Nähe von Kyjiw einnahmen. Solche Fakes dienen auch der Rechtfertigung von Russlands aggressivem Krieg. Wie Koen Sloopmaeckers von der University of London in dem Beitrag »How much of a problem is corruption in Ukraine?« anmerkt, vergleicht Russland die Ukraine mit afrikanischen Staaten um das Narrativ zu verbreiten, dass, wenn westliche Staaten Korruption missbrauchen, um afrikanische Staaten weiterhin zu unterwerfen, Russland ebenfalls das Recht hat, die Ukraine zu unterwerfen. Im Grunde entstammt dies dem »failed

state«-Narrativ, der die Ukraine als von außen gesteuerten Staat darstellt (in den letzten Jahren wurden wahlweise die USA, die EU, der IWF oder Soros als »externe Regierung« der Ukraine bezeichnet). Ironischerweise lassen die hohen Verluste der russischen Armee in der Ukraine darauf schließen, dass die Korruption im russischen Staat allgegenwärtig ist und, wenn, dann Russland sich letztlich als »failed state« erweisen könnte.

Zusammengefasst hat die Ukraine noch Hausaufgaben für die Korruptionsbekämpfung zu erledigen. Aber

es gibt positive Zeichen. Die Antikorruptionsinfrastruktur in der Ukraine wurde graduell verbessert. Die Gesellschaft fordert das Vorgehen gegen die Korruption ein. Der EU-Kandidatenstatus bietet einen starken Anreiz zur Bekämpfung partikularer Interessengruppen. Das gibt uns Zuversicht, dass die Ukraine Korruption als endemisches Problem überwinden wird.

Aus dem Englischen von Dr. Eduard Klein

Der Beitrag erschien auf Englisch am 21. Juni 2022 auf VoxUkraine, <https://voxukraine.org/en/corruption-in-ukraine-how-important-is-the-problem/>. Wir danken den Autor:innen für die Erlaubnis zum Nachdruck der deutschen Übersetzung.

Über die Autoren

Prof. Dr. *Yuriy Gorodnichenko* ist Wirtschaftswissenschaftler an der University of California, Berkeley.

Julia Guz arbeitet in der Kommunikationsabteilung der Analyse-Plattform »VoxUkraine«.

Ilona Sologoub ist Chefredakteurin der Analyse-Plattform »VoxUkraine« und ist Direktorin für Wirtschaftspolitische Studien an der Kyiv School of Economics.

DOKUMENTATION

The Cost of Reconstruction: Calculations of the National Recovery Council

Wolodymyr Dazenko (Transparency International Ukraine)

At the end of July, the National Council for the Recovery of Ukraine from the War published a large package of documents defining measures for the reconstruction of Ukraine in 24 focus areas. This is a set of plans for the next 10 years with a long list of what at least UAH 25 trillion will be spent on.

The publication of this plan was the second step after the conference in Lugano (which was mostly of a general nature) and was to form a kind of package of proposals from the Ukrainian Government to society and international partners, a certain vision of the restoration process by the state. 2,500 experts were allegedly engaged in the development of the proposals, but it is unknown to what extent their proposals were considered. It is more likely that these documents were created in the offices of specialized ministries because they often include context from similar proposals and plans from the past.

Limited Reconstruction Budget

Behind a thorough work of several thousand pages, in fact, there is a very heterogeneous package of documents, some of which resemble the "dream budget of a Ukrainian official."

The content of the proposals and the amount of funds the National Recovery Council plans to spend raises many questions.

For example, **main proposals in the field of agrarian policy** are worth looking at.

Project	Measures	Amount	Sources of funding
Fruit and vegetables in Ukraine	Restoration/setting out new berry fields on the area of 49,800 ha, new orchards on the area of 230,700 ha, and nuts on the area of 8,400 ha.	UAH 210 bln (USD 7 bln)	State Budget, international loans and the EU donor aid

Project	Measures	Amount	Sources of funding
Meat and dairy independence	Increase by 480,000 tons of pork (64%), by 160,000 tons of beef (59%), by 500,000 tons of poultry (36%), by 7 bln eggs (50%), and by 1.8 mln tons of milk (20%).	UAH 229.9 bln (USD 7.66 bln)	State Budget, international loans and the EU donor aid
Export-oriented food factory: promotion and development of processing	Increase in raw material processing by 85%, from the current level of 20.1 mln tons per year to 38.8 mln tons per year in 2030.	UAH 474 bln (USD 15.8 bln)	State Budget, international loans and the EU donor aid

Multibillion-dollar state subventions of millions of seedlings and livestock are more reminiscent of the Soviet five-year plan than the plan for the reconstruction of modern Ukraine of the XXI century. They do not consider the prospects, nor the cost-effectiveness, nor the expediency of such costs. Unless we are thinking of returning to a planned economy, of course.

Is it possible to control how many millions of seedlings will actually be planted, and how many of them will survive the first winter? Are we ready to invest (albeit together with international partners) almost a trillion hryvnias in what is likely to be stolen or not purchased at all?

Such proposals look like an official's dream: a lot of money, whose efficient use cannot be verified. However, it is unlikely that such proposals will interest international donors.

A similar approach can be seen in many other areas. Proposals will provide for **UAH 10 bln for the reduction of civil servants' staff, the purchase of a bank by JSC Ukrposhta, expenditures on educational programs, which are usually included in the general budget**, and much more.

It seems that all the secret desires that civil servants failed to include in the annual budget (because it is limited) they are trying to include in the "limitless" budget for the country's reconstruction. But the **problem is that, in fact, the recovery budget is not limitless, either.**

Essentially, it is a credit card, the limit on which depends on how effectively we use it. After all, for the most part, reconstruction will be financed by loans and low-interest loans. And no institution has yet made any commitment regarding a fixed amount.

Looking at the proposals of the National Council, it becomes clear why some international foundations and embassies support the idea of cooperation with individual cities (regions), rather than cooperation at the central level. At least the proposals of city authorities are usually more real and practical than investments in something big and abstract, like "Fruit and vegetables in Ukraine." It is better to invest in a park of real trolleybuses than in something so "big."

In addition, the great abstract project is like the "Ukrainian Wall" project. You can always say that there was not enough money, that it exists, but not completely... And you can use the funds in such a niche forever.

Not Exactly the Same as in Lugano

Going back to what the Ukrainian government presented in Lugano, the proposals of the National Recovery Council are very different from the initial message.

At first, it was mostly about the consequences of the war and the reconstruction of the country. We had the first estimates of how many houses and objects have already been destroyed and what needs to be rebuilt. But it is not about erecting the same building, but about creating a modern and safe project that will meet the needs of restoring the function of the previous object and at the same time will meet new security challenges and quality standards.

Instead, the proposals are a little different for now. For example, it is now planned to spend approximately UAH 1.3 trln on the reconstruction of the destroyed housing (only 5% of the total costs of the reconstruction project). And it is planned to spend UAH 4.2 trln on the existing housing stock (energy efficiency and maintenance of apartment buildings).

Energy efficiency is undoubtedly important. However, is it rational to invest trillions of hryvnias in the housing, which is usually more than 30 years old, if new energy-efficient housing for hundreds of millions of square meters can be built with the same funds?

It is planned to allocate UAH 3.1 trln for the restoration of roads and bridges by 2032. These costs include current and average road repairs, which do not have a lasting effect in Ukraine. Is it worth repairing old roads designed in times of other weight standards, traffic intensity, and quality of materials? Or is it reasonable to build new roads according to new standards? Debatable.

Not Exactly What International Partners Expect

Obviously, the international partners in the matter of reconstruction expected Ukraine not to have a list of wishes with abstract titles and unclear budgets. Rather, it is a question of an effective concept of how the reconstruction process should take place.

The main issues that concern both Ukrainian and international society are **how to avoid the risks of embezzlement and inefficient use of funds** in the conditions of thousands of different projects and billions of dollars.

There is a high risk that international organizations will simply not rush to invest in a project in which it is difficult to predict the effectiveness of the use of funds. Therefore, the standard approach which Ukrainian officials apply to the formation of the state budget will not function here.

We need to look for answers to the questions:

- how will the reconstruction work?
- who will monitor the effectiveness of the use of funds?
- how will independent oversight be implemented?
- what role will the public play?

And many more!

So far, there are no answers to these questions. And in conditions of the announced wishes/needs for reconstruction finance, **the risks seem enormous.**

It should be clearly understood that international partners have a bitter experience in implementing similar projects for the reconstruction of Afghanistan and the Balkans. In both cases, most of the funds were spent inefficiently despite the formal mechanisms of independent supervisory bodies and international control. Therefore, until Ukraine develops an effective model for the implementation of reconstruction, which minimizes the political, corruption, and bureaucratic risks typical of Ukrainian state institutions, it is too early to talk about the reality of published projects worth more than UAH 25 trln.

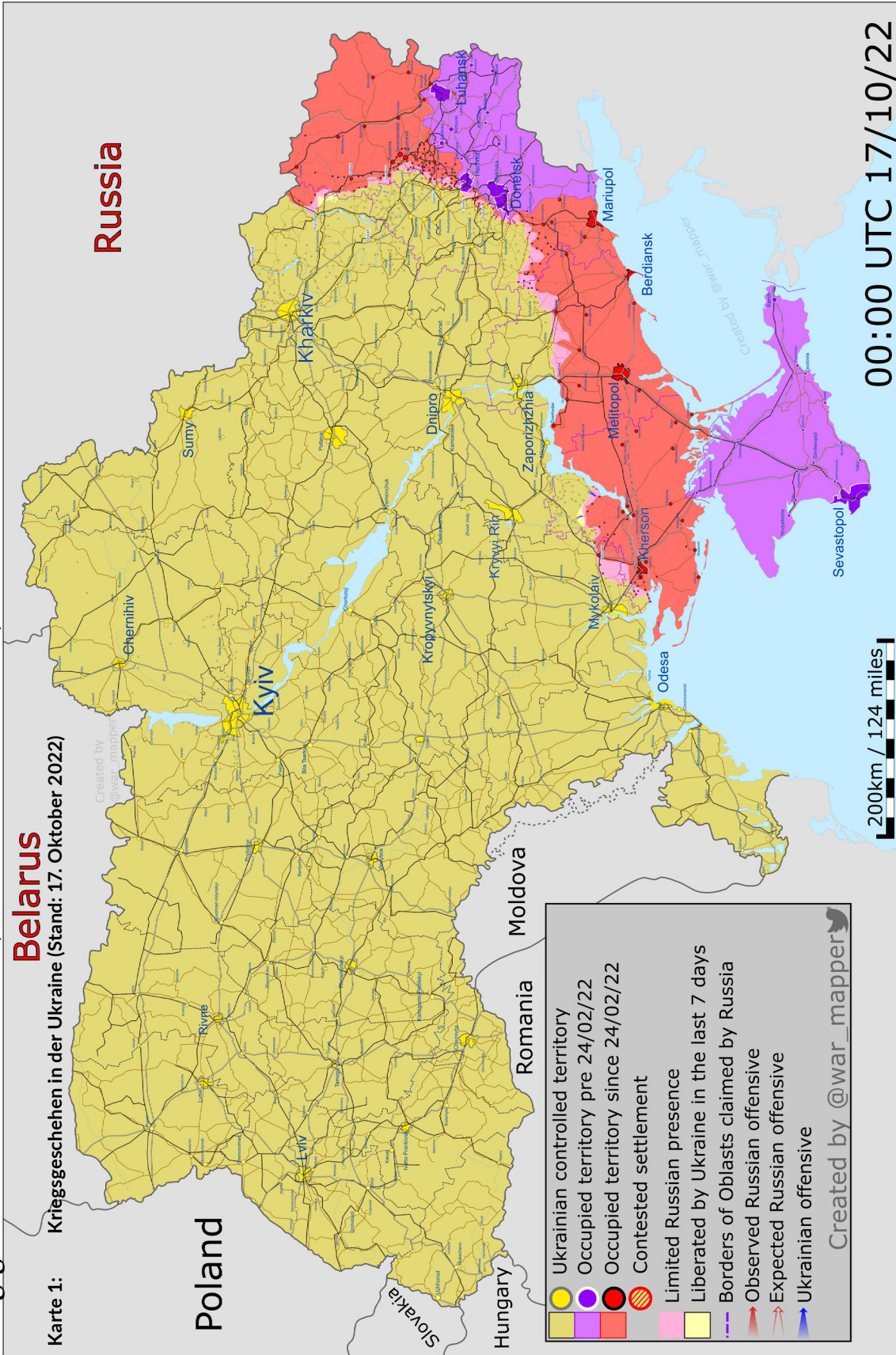
Interestingly, the authorities also chose to discuss this plan through a standard bureaucratic process—bringing it to public discussion, which is usually used before approving regulatory acts. There is no voting for projects and proposals in Diia, no interactive information about the content of proposals. Even if citizens would like to understand what this plan involves, they are in for thousands of pages of complex and boring official text, tables, and forms.

The material was created with the support of USAID / UK aid project “Transparency and Accountability in Public Administration and Services / TAPAS”

Quelle: *Transparency International Ukraine*, 12.09.2022, <https://ti-ukraine.org/en/blogs/the-cost-of-reconstruction-calculations-of-the-national-recovery-council/>.

KARTE

Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 17. Oktober 2022)



Quelle: @war_mapper, https://twitter.com/War_Mapper/status/1581803763324850176/photo/1

CHRONIK

09. Juli – 14. August 2022

09.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet Dekrete zur Entlassung der ukrainischen Botschafter in der Tschechischen Republik, Norwegen, Ungarn und Indien. Selenskyj entließ zuvor auch den ukrainischen Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk. Dieser war nach problematischen Äußerungen über Stepan Bandera vor allem von polnischer Seite scharf kritisiert worden. Das ukrainische Außenministerium distanzierte sich daraufhin von den Aussagen Melnyks.
09.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt Hennadij Lahuta auf dessen Antrag hin aus dem Amt des Leiters der Militärverwaltung der Region Cherson. Anstelle von Lahuta wird dessen Stellvertreter Dmytro Butrij als Leiter der Militärverwaltung der Region Cherson fungieren.
09.07.2022	Aus dem Osten und Südosten der Ukraine werden verstärkt Raketeneinschläge gemeldet.
09.07.2022	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal verkündet, dass die Ukraine weitere 1,7 Mrd. US-Dollar an nicht rückzahlbarer Hilfe von internationalen Partnern für den Staatshaushalt erhalten werde: Das Geld solle zur Deckung der Kosten des Staatshaushalts für die Bezahlung medizinischer Leistungen im Rahmen des medizinischen Garantieprogramms verwendet werden. Die USA kündigten außerdem weitere 368 Millionen US-Dollar zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine und der ukrainischen Flüchtlinge an.
09.07.2022	Eine Petition zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe in der Ukraine hat die erforderliche Anzahl von 25.000 Unterschriften erhalten. Nun wird alles an den Präsidenten zur Prüfung weitergeleitet.
09.07.2022	Das ukrainische Militär verstärkt laut eigenen Angaben seine Verteidigung im Norden durch die Verminung gefährdeter Gebiete.
10.07.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow verkündet, dass Präsident Wolodymyr Selenskyj die Streitkräfte angewiesen habe, die Küstengebiete im Süden zurückzuerobern. Dafür ziehe die Ukraine bereits Kampfgruppen und Waffen.
10.07.2022	Das ukrainische Außenministerium und das Energieministerium fordern die kanadische Regierung auf, die Entscheidung zur Rückgabe der reparierten Turbinen der russischen Gaspipeline Nord Stream 1 an Deutschland rückgängig zu machen. Sie werfen Russland vor, die Energieversorgung als Instrument der hybriden Kriegsführung gegen Europa zu nutzen.
10.07.2022	Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte haben die Besatzungstruppen im Laufe des Vortages etwa 100 weitere Soldaten verloren. Die höchsten Verluste seien um Kramatorsk zu verzeichnen gewesen. Insgesamt habe Russland seit dem 24. Februar bereits rund 37.300 Soldaten verloren.
10.07.2022	Die UNO hat bereits 124 Fälle von sexueller Gewalt während des Krieges in der Ukraine registriert. Diese Zahlen, so das Pressezentrum der UNO, zeigten aber noch nicht das wahre Ausmaß der sexuellen Gewalt im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine.
10.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das Soldaten von der Zahlung der Militärgeld befreit. Die Neuerung gilt u. a. für Verteidiger:innen, die unmittelbar an Kampfhandlungen beteiligt sind.
10.07.2022	Russische Besetzer mit Sturmgewehren stürmen das Gelände des Kernkraftwerks Saporischschja, zu dem der Zugang beschränkt ist, um dort ein Propagandavideo zu drehen.
11.07.2022	Seit dem 11. Juli ist in der Ukraine das Rauchen von E-Zigaretten in öffentlichen Einrichtungen und Gaststätten genauso verboten wie das Rauchen von normalen Zigaretten und Wasserpipefen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen.
11.07.2022	Die Europäische Union plant in der Republik Moldau ein Zentrum zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere des Waffenschmuggels aus der Ukraine, einzurichten.
11.07.2022	Nach Angaben des Regierungsbeauftragten für vermisste Personen unter besonderen Umständen, Oleh Kotenko, sind in der Ukraine bisher rund 7.200 Soldat:innen als vermisst gemeldet.
11.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj legt dem ukrainischen Parlament einen Gesetzentwurf vor, der vorsieht, polnischen Staatsbürgern in der Ukraine einen Sonderstatus zu gewähren, um dem polnischen Volk für die Solidarität und Unterstützung der Ukraine während des Krieges zu danken. Der Entwurf sieht vor, polnischen Staatsbürger:innen und ihren Familienangehörigen die Möglichkeit eines legalen Aufenthalts in der Ukraine für 18 Monate zu gewähren, einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen, in Bildungseinrichtungen zu studieren, medizinische Versorgung in der Ukraine zu erhalten und bestimmte Sozialleistungen nach ukrainischem Recht in Anspruch zu nehmen.

11.07.2022	Per Erlass erlaubt der russische Präsident Wladimir Putin allen ukrainischen Bürger:innen, russische Pässe in einem vereinfachten Verfahren zu beantragen. Zuvor galt dies nur für Bewohner:innen der besetzten Gebiete. Das ukrainische Außenministerium verurteilt das Vorgehen des russischen Präsidenten.
11.07.2022	Die Zahl der Todesopfer nach Beschuss eines Wohngebäudes in Tschassiw Jar in der Region Donezk, welche nicht zur Volksrepublik Donezk gehört, ist auf 31 gestiegen. Das russische Verteidigungsministerium spricht davon, dass man »Nationalisten vernichtet« habe.
11.07.2022	Der ukrainische Oligarch Rinat Achmetow erklärt, dass er sein Mediengeschäft, insbesondere die Fernsehsender Ukraine und Ukraine 24, an den Staat überträgt. Achmetow begründet diese Entscheidung mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur »Deoligarchisierung«.
12.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reagiert auf eine Petition zum Verbot von Präsenzunterricht und beauftragt den Ministerpräsidenten der Ukraine, Denys Schmyhal, mit einer Untersuchung dazu.
12.07.2022	Der ukrainische Haushalt erhält weitere 1,7 Milliarden US-Dollar an Zuschüssen aus dem Treuhandfonds der Weltbank und der United States Agency for International Development (USAID).
12.07.2022	Fünf Ukrainer werden aus russischer Gefangenschaft in dem vorübergehend besetzten Gebiet der Region Cherson entlassen. Dies wird durch eine erfolgreiche Sonderoperation des ukrainischen Militärs erreicht. Drei der Personen sind Zivilisten.
12.07.2022	Die ukrainische Regierung beginnt mit der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen zur Einführung einer umfassenden Prüfung für den Erwerb der ukrainischen Staatsbürgerschaft. Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat zusammen mit der Nationalen Kommission für staatliche Sprachstandards die Aufgabe, Programme für die staatliche Sprachprüfung, die Geschichte der Ukraine und die Grundlagen der ukrainischen Verfassung zu entwickeln und zu genehmigen.
12.07.2022	Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums ist für den 13. Juli in Istanbul ein Treffen von Expert:innen aus der Ukraine, den Vereinten Nationen, der Türkei und Russland über die sichere Ausfuhr von ukrainischem Getreide geplant. Auf dem Treffen in Istanbul sollen dafür Getreidekorridore erörtert werden.
12.07.2022	Nach einem Telefongespräch zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem ukrainischen Verteidigungsminister Oleksij Resnikow wird bekannt gegeben, dass das vierte Treffen der ukrainischen Verteidigungskontaktgruppe (das sogenannte »Ramstein-4«-Treffen) am 20. Juli online stattfinden wird.
12.07.2022	Am Abend durchfahren 16 Handelsschiffe die Mündung des Bystre-Kanals, der die Donau mit dem Schwarzen Meer verbindet. Die Schiffe warten auf die Beladung mit ukrainischem Getreide.
13.07.2022	Delegationen der Ukraine, Russlands, der Vereinten Nationen und der Türkei vereinbaren bei einem Treffen über ukrainische Getreideexporte die Einrichtung eines Koordinierungszentrums in Istanbul. Die Delegationen einigen sich auf eine gemeinsame Kontrolle von Hafenein- und -ausfahrten sowie auf die Gewährleistung der Sicherheit des Schiffsverkehrs auf den Transfer Routen. Auf einer weiteren Sitzung wollen die Delegationen letzte Details besprechen und das Getreideabkommen unterzeichnen.
13.07.2022	Nordkorea erkennt die Unabhängigkeit der von Russland kontrollierten selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk offiziell an. Die Ukraine bricht die diplomatischen Beziehungen mit Nordkorea ab. Die Ukraine unterhielt aufgrund der gegen Nordkorea verhängten internationalen Sanktionen keine politischen oder wirtschaftlichen Kontakte zu Pjöngjang.
13.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, dass die russischen Besatzer seit Kriegsbeginn bereits zwei Millionen Menschen auf russisches Gebiet verschleppt hätten. Zehntausende Menschen befänden sich in sogenannten Filtrationslagern, die die Menschen in den besetzten Gebieten durchlaufen müssen. Die russische Seite bestätigt die Angaben nicht.
13.07.2022	Der ehemalige Leiter der Nationalen Agentur der Ukraine für die Identifizierung, Ermittlung und Verwaltung von Vermögenswerten wird der Korruption verdächtigt. Allein in vier Fällen wurde das beschlagnahmte Eigentum zu einem Wert verkauft, der mehr als 426 Millionen Hrywnja (ca. 12 Mio. Euro) unter dem Schätzwert lag.
13.07.2022	Das ukrainische Militär setzt die Kämpfe an der Südfront fort, während russische Truppen einen massiven Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf eine Militäreinheit in der Nähe von Luhansk melden. Raketenbeschuss durch russische Truppen wird zudem im Norden im Gebiet von Sumsk gemeldet.
14.07.2022	Bei einem russischen Raketenangriff in Winnyzja werden mehr als 20 Menschen getötet. Der Angriff wird von der Ukraine, der EU und den USA scharf verurteilt.
14.07.2022	Die Nationale Polizei der Ukraine teilt mit, dass die Strafverfolgungsbehörden nach eigenen Angaben bereits mit der Überprüfung von mehr als 300 russischen oder belarussischen Unternehmen begonnen. Die Vermögenswerte russischer und belarussischer Firmen in der Ukraine sollen beschlagnahmt werden.

14.07.2022	Die Generalstaatsanwältin der Ukraine, Iryna Wenediktowa, gibt bekannt, dass die Vereinten Nationen ein Expertenteam einrichten, das die Ukraine bei der Untersuchung des sexuellen Missbrauchs durch das russische Militär unterstützen soll.
14.07.2022	Russische Besatzungstruppen geben an, dass sie das Asot-Werk im beschlagnahmten Sjewjerodonezk in Betrieb nehmen wollen. Die Group DF des Oligarchen Dmytro Firtasch, zu der das Werk gehört, warnt vor einer Inbetriebnahme, da die Anlage erheblich zerstört sei.
14.07.2022	Die Ukraine arbeitet an der Einrichtung eines humanitären Korridors zur Evakuierung von Zivilisten, die sich auf dem Gelände des Klosters Swjatohirsik in der Region Donezk befinden. Dort werden nach ukrainischen Angaben bis zu 600 Zivilisten festgehalten.
14.07.2022	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte beschließt, Frauen nur noch mit deren Zustimmung zum Militärdienst zuzulassen. Frauen mit bestimmten Berufen müssen sich aber ab Oktober 2022 zum Wehrdienst melden.
15.07.2022	Russische Besatzungstruppen beschießen mehrfach acht Gemeinden in der Region Sumy. Weiterhin sind der Süden und der Osten der Ukraine besonders hart umkämpft.
15.07.2022	Die deutsche Botschaft in der Ukraine verweist auf Twitter darauf, dass die Bundesregierung der Ukraine in den letzten drei Wochen 80 Pickups für die ukrainischen Streitkräfte übergeben habe.
15.07.2022	Der US-Kongress stimmt zu, knapp 40 Milliarden US-Dollar in militärische und humanitäre Unterstützung der Ukraine zu investieren.
15.07.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow erklärt, die Ukraine habe sich offiziell verpflichtet, keine US-Präzisionswaffen für den Beschuss von Zielen in Russland einzusetzen.
15.07.2022	Die ersten US MLRS M270 Mehrfachraketenwerfer sind in der Ukraine eingetroffen.
16.07.2022	Russische Besatzungstruppen feuern Grad-Raketen auf Wohngebiete in der Stadt Nikopol in der Region Dnipropetrowsk. Insgesamt 53 Raketen wurden laut ukrainischen Angaben von den russischen Truppen auf Wohngebiete der Stadt abgefeuert.
16.07.2022	Ab dem 16. Juli müssen die Internetressourcen in der Ukraine eine Startseite in ukrainischer Sprache haben und den Bürger:innen der Ukraine öffentliche Informationen in der Landessprache zur Verfügung stellen.
16.07.2022	Der Ukraine ist es gelungen, eine Gruppe von Zivilisten aus dem Kloster Swjatohirsik in der Region Donezk zu evakuieren. Bis zu 600 Zivilisten befinden sich noch auf dem Territorium des Klosters und die Ukraine bemüht sich um die Schaffung eines humanitären Korridors.
16.07.2022	Am Abend stürzt ein ukrainisches Transportflugzeug vom Typ An-12 in Nordgriechenland ab. Acht ukrainische Staatsbürger gehörten zur Besatzung. Es gibt keine Überlebenden. Als vorläufige Absturzursache gilt der Ausfall eines der Triebwerke.
17.07.2022	Das staatliche ukrainische Atomenergieunternehmen Enerhoatom gibt bekannt, dass russische Truppen den Leiter für Umweltschutz im Kernkraftwerk Saporischschja entführt haben. Es sei nicht bekannt, wo er sich zurzeit befinde.
17.07.2022	Die Nacht verlief in den meisten Regionen der Ukraine ruhig, aber die russischen Truppen setzten den Beschuss der ukrainischen Grenzen und einer Reihe von Regionen im Osten und Süden fort.
17.07.2022	Täglich verlassen zwischen 50 und 100 Personen die von russischen Besatzungstruppen besetzte Stadt Mariupol. Es existiert ein Evakuierungskorridor nach Saporischschja, der von russischen Truppen eingerichtet worden ist.
17.07.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reagiert auf die Drohung des stellvertretenden Vorsitzenden des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedew. Dieser hatte der Ukraine mit dem »Jüngsten Tag« gedroht, sollte sie die Krim angreifen. Selenskyj nannte Medwedew daraufhin »einen kleinen, von der Geschichte vergessenen Mann, der nur Mitleid erregt«.
17.07.2022	Ukrainische Soldaten beginnen in Schleswig-Holstein mit der Ausbildung u. a. für selbstfahrende Flugabwehrkanonen. Zurzeit werden dort mindestens hundert ukrainische Soldaten ausgebildet.
18.07.2022	Der Sicherheitsdienst der Ukraine unterzieht sein Personal einer Prüfung und erwägt die Entlassung von 28 Beamt:innen auf verschiedenen Ebenen.
18.07.2022	Der Rat der Europäischen Union will weitere Militärhilfen für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen Euro bereitstellen. Der Gesamtbetrag der EU-Militärhilfe für die Ukraine hat bereits 2,5 Mrd. Euro erreicht.
18.07.2022	Das ukrainische Parlament billigt den Rücktritt von Maryna Lasebna vom Amt der Sozialministerin, die am 15. Juli ihren Rücktritt eingereicht hatte.

18.07.2022	Ein ukrainisches Gericht nimmt den ehemaligen Leiter der Direktion des ukrainischen Sicherheitsdienstes der Autonomen Republik Krim, Oleh Kulynych, ohne Kautions in Untersuchungshaft. Er wird verdächtigt, mit den russischen Sicherheitsdiensten kollaboriert zu haben. Der ehemalige Beamte bleibt bis mindestens 13. September 2022 in Haft.
18.07.2022	Das ukrainische Staatsunternehmen Enerhoatom, das mit der Betreibung aller ukrainischen Kernkraftwerke betraut ist, gibt bekannt, dass russische Truppen zwei weitere Mitarbeiter des beschlagnahmten AKW Saporschtscha an einen unbekanntes Ort entführt haben.
18.07.2022	Ein ukrainisches Gericht beschlagnahmt das Eigentum des Abgeordneten Oleksij Kowaljow im Wert von mehr als 4,7 Mio. Hrywnja (ca. 130.000 Euro). Kowaljow wird der Kollaboration mit Russland beschuldigt.
19.07.2022	Sechs weitere französische selbstfahrende 155-mm-Caesar-Artilleriegeschütze, die der französische Präsident Emmanuel Macron zugesagt hatte, sind auf dem Weg in die Ukraine.
19.07.2022	Die Werchowna Rada entlässt Iwan Bakanow als Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine sowie Iryna Wenediktowa aus dem Amt der Generalstaatsanwältin. Zudem entlässt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den stellvertretenden Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine, Wolodymyr Horbenko, sowie die Leiter von fünf regionalen Abteilungen (Sumy, Schytomyr, Transkarpatien, Poltawa und Dnipropetrowsk) des Sicherheitsdienstes der Ukraine. Drei von ihnen werden jedoch nur in andere Regionen versetzt.
19.07.2022	Die Kommission zur Wahl des Leiters der Spezialisierten Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAP) genehmigt die Ergebnisse der Ausschreibung. Der Ermittler des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU), Oleksandr Klymenko, erhielt die meisten Punkte und soll der neue Leiter der SAP werden. Er muss jedoch noch vom Generalstaatsanwalt ernannt werden. Die Ernennung eines neuen NABU-Direktors und des Leiters des SAP waren zentrale Empfehlungen der Europäischen Kommission für die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der Ukraine zur EU.
19.07.2022	Das ukrainische Ministerkabinett legt dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Abkommens zwischen der Ukraine und der Türkei über die Zusammenarbeit in den Bereichen Hochtechnologie, Luft- und Raumfahrt vor. Das Abkommen ermöglicht unter anderem den Bau einer Fabrik für die Produktion und Wartung von Bayraktar-Drohnen in der Ukraine.
19.07.2022	Das ukrainische Innenministerium gibt bekannt, dass Präsenzunterricht in den Schulen erst beginnt, nachdem die Sicherheit und der Zustand der Schutzräume überprüft worden sind.
20.07.2022	Die Nationale Kommission für staatliche Sprachstandards teilt mit, dass seit der Einführung des staatlichen Sprachtests für den Erwerb der ukrainischen Staatsbürgerschaft sich 701 Personen zur Teilnahme angemeldet haben. Insgesamt haben bisher 627 Personen die Prüfung erfolgreich bestanden.
20.07.2022	Der US-Generalstabschef, General Mark A. Milley, erklärt bei einem Briefing im Anschluss an das »Ramstein 4« Treffen, dass die Partner der Ukraine die Lieferung von insgesamt mehr als 20 HIMARS-Raketensystemen zugesagt haben. 12 von ihnen befänden sich bereits in der Ukraine.
20.07.2022	Der Gouverneur der Oblast Mykolajiw, Witalij Kim, gibt bekannt, dass man überlege, die Stadt Mykolajiw für 1–2 Tage zu schließen, um Kollaborateure und Verräter zu fangen. Die regionale Verwaltung und das Militär sammeln derzeit Informationen über die möglichen Aktivitäten von Kollaborateuren und Verrätern.
20.07.2022	Die westlichen Gläubiger der Ukraine stimmen zu, die Zahlungen für die Schulden der Ukraine um mehr als ein Jahr zu stunden. Die Frist könne zu einem späteren Zeitpunkt erneut verschoben werden. Damit reagieren die Länder auf den entsprechenden Antrag der ukrainischen Regierung auf einen zweijährigen Zahlungsaufschub für Auslandsschulden.
20.07.2022	Derzeit fallen 86 Personen unter die Kriterien als »Oligarchen«, die im Gesetz zur De-Oligarchisierung festgelegt sind, wie der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Oleksij Danylow, bekanntgab.
21.07.2022	Eine ukrainische Delegation ist in Istanbul eingetroffen, um über die Freigabe der Getreideexporte zu sprechen. An den Gesprächen werden zudem Vertreter aus Russland, der Türkei und der UNO teilnehmen.
21.07.2022	Die Nationalbank der Ukraine passt den offiziellen Wechselkurs der Hrywnja gegenüber dem US-Dollar um 25 Prozent auf 36,56 Hrywnja pro US-Dollar an. Dies wird mit den während des Krieges veränderten Grundlagen der ukrainischen Wirtschaft und der Aufwertung des US-Dollars gegenüber anderen Währungen erklärt. Die Regulierungsbehörde argumentiert, dass ein solcher Schritt die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Produzenten erhöhe, die Wechselkursbedingungen für verschiedene Gruppen von Unternehmen und die Bevölkerung verbessere und die Nachhaltigkeit der Wirtschaft während des Krieges unterstütze.
21.07.2022	Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace kündigt an, dass demnächst neue Artillerie, Drohnen und Panzerabwehrsysteme an die Ukraine geliefert werden.

21.07.2022	Eine vom Kulturministerium initiierte Online-Umfrage über den Verbleib des sowjetischen Wappens auf dem Schild des »Mutter Heimat« Denkmals in Kyjiw ist beendet. 85 Prozent sprechen sich dafür aus, es durch das Wappen der Ukraine zu ersetzen. 9 Prozent gaben an, dass sie das Emblem der UdSSR entfernen wollen, während 6 Prozent es so lassen würden, wie es ist. Mehr als 778.000 Ukrainer:innen hatten innerhalb von zwei Wochen an der Abstimmung teilgenommen.
21.07.2022	Der Nationale Rundfunk- und Fernsehrat entzieht 14 Unternehmen, die dem ukrainischen Geschäftsmann Rinat Achmetow gehören, die Lizenz. Dabei handelt es sich u. a. um die Kanäle Ukraine, UFO.TV, Donbass, Indigo tv.
21.07.2022	Server und Netzwerke des ukrainischen Radiosenders TAVR Media werden angegriffen und im Radio wird eine gefälschte Meldung über den »schlechten Zustand« des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verbreitet, welche dieser selbst umgehend dementiert.
22.07.2022	Die Ukraine unterzeichnet mit Russland, der Türkei und der UNO ein Abkommen über den sicheren Export von Getreide über das Schwarze Meer. Die Vereinbarungen beinhalten die Freigabe von drei ukrainischen Häfen für die Ausfuhr von Getreide und Lebensmitteln. Unter der Schirmherrschaft der UNO wird ein gemeinsames Koordinierungszentrum eingerichtet.
22.07.2022	Die Vereinigten Staaten kündigen ein neues Militärhilfepaket in Höhe von 270 Millionen US-Dollar für die Ukraine an, das vier zusätzliche HIMARS-Raketenwerfer, 36.000 Artilleriegeschosse, 580 Phoenix Ghost-Drohnen und Panzerabwehrwaffen umfasst.
22.07.2022	Der Zugang zur Google-Suchmaschine wird in den selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk wegen angeblicher Fälschungen und extremistischem Material gesperrt. Bereits zuvor war der Zugang zu Instagram und Facebook in den beiden Gebieten blockiert worden.
22.07.2022	Die Werchowna Rada will bis Ende 2022 alle Gesetze verabschieden, die für die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union erforderlich sind. Dies äußerte der ukrainische Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk.
22.07.2022	Die Nationalbank beschließt, der als zahlungsunfähig eingestuften »Megabank« die Banklizenz zu entziehen und diese zu liquidieren. Die Einleger:innen der Megabank erhalten den vollen Betrag ihrer Einlagen aus dem Einlagensicherungsfonds zurück.
22.07.2022	Die europäische Polizeibehörde Europol gibt bekannt, dass es Hinweise auf Waffenschmuggel aus der Ukraine gebe. Es seien Fälle von Schwarzmarkthandel mit Schusswaffen und militärischen Gütern bekannt.
23.07.2022	Einen Tag nach der Einigung auf einen Getreideexportabkommen über das Schwarze Meer beschießt das russische Militär den Hafen von Odesa mit Raketen des Typs »Kalibr«. Zwei Raketen können von der ukrainischen Armee abgeschossen werden, zwei weitere treffen die Anlagen im Hafen und lösen ein Feuer aus. UN-Generalsekretär, der an der Vermittlung des Abkommens beteiligt war, verurteilt den Angriff und fordert die Einhaltung des Vertrages ein. Der Gouverneur der Oblast Odesa, Maksym Martschenko, spricht von mehreren Verletzten. Er bezeichnet den Raketenangriff als »eine Botschaft an die UN und die Welt, dass Russland nicht verhandeln oder aufhören wird« und meint daher, dass alle Vereinbarungen mit Russland »das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben stehen«.
23.07.2022	In den von Russland besetzten Gebieten der Oblast Saporischschja blockieren die russischen de facto Machthaber den Zugang zu Facebook, Twitter und Youtube und verlangsamen den Zugriff auf Google. Zuvor wurde bereits in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk der Zugang zu Google blockiert.
23.07.2022	Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko berichtet, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges 127 Krankenhäuser in der Ukraine zerstört und fast 900 Einrichtungen beschädigt wurden.
23.07.2022	Die Zeitung »Die Welt« berichtet, dass Deutschland die Auslieferung von Waffen zur Verteidigung der Ukraine verzögert. Laut ukrainischen Offiziellen soll das deutsche Wirtschaftsministerium den Antrag der ukrainischen Regierung auf den Kauf von 11 IRIS-T-Luftabwehrsystemen zwar genehmigt haben. Die Entscheidung über die Auslieferung wird jedoch vom Bundessicherheitsrat, dem Bundeskanzler Olaf Scholz vorsteht, verzögert.
24.07.2022	Die russische Armee scheitert beim Vormarsch in der Oblast Cherson und zieht sich laut dem Generalstab der Ukraine »chaotisch« zurück. Ukrainische Truppen konnten russische Angriffe an der Grenze zwischen den Oblasten Cherson und Mykolajiw zurückschlagen. Bei Raketenangriffen auf die Stadt Mykolajiw wurden laut dem Gouverneur, Witalij Kim, mindestens fünf Menschen verletzt.
24.07.2022	Laut stellvertretender Verteidigungsministerin Hanna Maljar haben sich seit Beginn der russischen Invasion am 24. Februar 7.000 Frauen dem ukrainischen Militär angeschlossen. Insgesamt dienen damit mehr als 50.000 Frauen in der ukrainischen Armee.

24.07.2022	Durch den russischen Angriffskrieg wurden bisher 183 religiöse Stätten in der Ukraine ganz oder teilweise zerstört, davon fünf muslimische, fünf jüdische und 173 christliche.
24.07.2022	Laut Angaben der EU haben fast eine halbe Million geflüchteter ukrainischer Kinder in den EU-Mitgliedsstaaten die Schule aufgenommen. Insgesamt haben 3,9 Millionen ukrainische Staatsbürger:innen einen temporären Schutzstatus in der EU beantragt.
25.07.2022	Der Bürgermeister der von Russland besetzten Stadt Melitopol, teilt mit, dass nur noch rund ein Drittel der eigentlichen Bevölkerung von 180.000 Menschen, in der südukrainischen Stadt geblieben sind. In den meisten Fällen sind dies Menschen, die in anderen Regionen des Landes oder im Ausland keine Angehörigen haben und nicht wissen, wohin sie gehen sollen, oder Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, und die die Stadt nicht verlassen können.
25.07.2022	Das Ministerium für Infrastruktur berichtet, dass am 27. Juli erstmals seit Kriegsbeginn Getreideexporte den Hafen von Tschernomorsk verlassen sollen. Dies werde ermöglicht durch ein von der UN vermitteltes Abkommen zwischen der Ukraine und Russland. Da Russland am 23. Juli den Hafen von Odesa mit Raketen beschossen hatte, war unklar, ob das Getreideabkommen tatsächlich umgesetzt werden kann. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan forderte darauf Russland und die Ukraine auf, ihren Verpflichtungen aus dem Getreideexportabkommen nachzukommen.
25.07.2022	Bei einer Reise in die Ukraine kündigt Innenministerin Nancy Faeser an, dass Deutschland die Ukraine stärker als bisher bei der Minenräumung sowie bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen unterstützen werde.
25.07.2022	Die Europäische Kommission gibt 1,59 Mrd. Euro an Finanzhilfen für die Europäische Investmentbank (EIB) frei, die für die Ukraine bestimmt sind. Davon sollen 1,05 Mrd. Euro unverzüglich ausgeteilt werden, teilt EU mit. Es handelt sich um das zweite EU-Hilfspaket seit Beginn des russischen Angriffskrieges.
26.07.2022	Unter anderen die Region Dnipropetrowsk sowie die Stadt Charkiw werden von der russischen Armee beschossen. In der Region Cherson, wo ebenfalls weitergekämpft wird, versucht die ukrainische Armee weiterhin durch Raketenangriffe die Logistikketten der russischen Streitkräfte zu unterbrechen.
26.07.2022	Der Gouverneur der Zentralbank der Ukraine, Kyrylo Schewtschenko, teilt der Nachrichtenagentur Reuters mit, dass die Ukraine den Internationalen Währungsfonds (IWF) wegen eines neuen IWF-Hilfspaket von 15–20 Mrd. US-Dollar angefragt habe, um die ukrainische Wirtschaft, die durch den Krieg eingebrochen ist, zu stützen.
26.07.2022	Laut EU-Energiekommissarin Kadri Simson werden die europäischen Übertragungsnetzbetreiber beraten, ob die Stromimporte aus der Ukraine verdoppelt werden sollen. Dieser Schritt würde es der Europäischen Union ermöglichen, die von Russland ausgelöste Energiekrise abzumildern.
27.07.2022	Einer neuem Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie zufolge sprechen sich 84 Prozent der Ukrainer:innen gegen einen Frieden mit Russland aus, wenn dieser territoriale Zugeständnisse bedeuten würde. Lediglich 10 Prozent der Bevölkerung würden einem Frieden mit territorialen Zugeständnissen gegenüber Russland zustimmen.
27.07.2022	Dem Gouverneur der Oblast Charkiw zufolge hat die ukrainische Armee seit Mai 23 Siedlungen in der Region befreit.
27.07.2022	In der von Russland besetzten Stadt Cherson hat die ukrainische Widerstandsbewegung ein Attentat auf ein Auto mit zwei lokalen Kollaborateuren verübt, teilt das ukrainische Verteidigungsministerium mit. Einer der beiden soll dabei getötet worden, der andere schwer verletzt worden sein. Die ukrainische Widerstandsbewegung ist vor allem in der Region Cherson aktiv und verübt immer wieder Anschläge auf die russischen Besatzer und ihre Handlanger.
27.07.2022	Das Parlament ernannt Andrij Kostin von der Regierungspartei »Diener des Volkes« zum neuen Generalstaatsanwalt. Kostin gilt als loyal gegenüber Präsident Selenskyj und hatte sich zuvor bereits um den Posten des Obersten Antikorruptionsstaatsanwalts bemüht, wurde jedoch wegen Bedenken seiner Integrität abgelehnt. Ukrainische NGOs kritisieren, dass es gegen Kostin Korruptionsvorwürfe gab und er Justizreformen behindert haben soll.
27.07.2022	Nach Angaben des »Der Spiegel« gibt Deutschland grünes Licht für den Verkauf von 100 Panzerhaubitzen im Wert von 1,7 Milliarden Euro an die Ukraine. Der Hersteller Krauss-Maffei Wegmann soll bereits »Panzerhaubitzen 2000« produzieren, die an die Ukraine geliefert werden sollen. Der Auftrag werde mehrere Jahre in Anspruch nehmen, wann die ersten Haubitzen ausgeliefert werden, sei jedoch noch nicht klar, so »Der Spiegel«.
28.07.2022	Bei einem Raketenangriff auf die Stadt Kropywnyzkyj (bis 2016 Kirowohrad) werden fünf Menschen getötet und 26 verletzt, teilt der Gouverneur der Region, Andrij Rajkowytsh, mit. Auch in Charkiw schlugen Raketen ein, wobei ein Heizkraftwerk beschädigt wird.

28.07.2022	Die Nationale Polizei der Ukraine teilt mit, dass ukrainische Gerichte seit Beginn des russischen Angriffskriegs mehr als 1 Milliarde US-Dollar an Vermögen von in der Ukraine tätigen russischen und belarussischen Unternehmen beschlagnahmt haben.
28.07.2022	CNN zufolge schätzen die US-Geheimdienste, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges bereits mehr als 75.000 russische Soldaten getötet oder verletzt wurden. Laut dem Generalstab der Ukraine sind 40.230 russische Soldaten ums Leben gekommen.
28.07.2022	Oleksandr Klymenko wird vom Generalstaatsanwalt zum neuen Obersten Antikorruptionsstaatsanwalt ernannt, was von der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationale Gemeinschaft begrüßt wird. Der 35-jährige hat sich zuvor als Ermittler beim Antikorruptionsbüro NABU einen Namen gemacht und galt als aussichtsreichster Kandidat, der Ernennungsprozess zog sich jedoch lange hin. Der Posten war zuvor zwei Jahre lang vakant gewesen, was die Antikorruptionsbemühungen erschwerte.
28.07.2022	Die EU werde am dem 30. Juli die Energieimporte aus der Ukraine auf 250 MW täglich mehr als verdoppeln, teilt der ukrainische Energiekonzern Ukrenergo mit.
29.07.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht mit Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow den Hafen Tschornomorsk südlich von Odesa, von wo aus erstmals seit Kriegsbeginn ein mit Getreide beladenes Schiff die Ukraine verlassen soll. Kubrakow berichtet, dass die Ukraine bereit sei für den Export und bereits 17 Schiffe mit Getreide beladen seien. Am 22. Juli hatten die Ukraine und Russland unter UN-Vermittlung ein Abkommen zum Getreideexport über einen vereinbarten Korridor unterzeichnet.
29.07.2022	Die durch den Krieg verursachten Schäden für die ukrainische Landwirtschaft belaufen sich auf 4–6 Mrd. US-Dollar, teilt die Vertreterin der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Wiktorija Mychaltshuk, mit.
29.07.2022	Russische Medien melden, dass die Ukraine ein Kriegsgefangenenlager in Jelenowka (Oblast Donezk) angegriffen haben soll, wobei mindestens 53 ukrainische Kriegsgefangene, vor allem aus dem Regiment »Asow«, umgekommen sind und weitere 75 verletzt wurden. Die Ukraine bestreitet den Angriff auf seine eigenen Soldaten und beschuldigt Russland, die Kriegsgefangenen durch einen gezielten Angriff getötet zu haben, um Beweise über deren Folterungen zu vernichten. Zuvor waren Videos von ukrainischen Kriegsgefangenen aufgetaucht, die offensichtlich gefoltert wurden, was ein Kriegsverbrechen darstellt.
29.07.2022	Neuesten Zahlen der Zentralbank der Ukraine (NBU) zufolge liegt die Arbeitslosigkeit aufgrund dies Krieges bei 35 Prozent. Die NBU erwartet zwar einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, jedoch auf ein höheres Niveau, als vor Kriegsbeginn. Während ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukt um etwa ein Drittel erwartet werden, werde die Inflation im laufenden Jahr auf 22 Prozent ansteigen, prognostiziert die NBU.
29.07.2022	Nordmazedonien kündigt an, der Ukraine sowjetische T-72 Panzer zu liefern, die aus den Beständen der eigenen Armee ausgemustert werden sollten. Die Armee soll etwa 30 T-72 Panzer verfügen, wie viele davon an die Ukraine gehen sollen, ist unklar.
29.07.2022	Die Werchowna Rada beschließt ein Moratorium, dass die Preise für Gas, Wärme und Warmwasser bis sechs Monate nach dem Kriegsende einfriert, um die Bevölkerung vor steigenden Energiepreise zu schützen.
29.07.2022	Das deutsche Verteidigungsministerium kündigt die Lieferung von 16 Biber Brückenlegepanzern an. Sechs sollen noch 2022 geliefert werden, weitere zehn in 2023.
29.07.2022	Laut neusten Umfragedaten des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie sprechen sich aktuell 81 Prozent der Bevölkerung für einen Beitritt zur EU aus und 71 Prozent für einen NATO-Beitritt. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges ist die Zustimmung zu beidem stark gestiegen.
30.07.2022	Die Südukrainische Hafenstadt Mykolajiw wird in der Nacht von Russland mit Clustermunition beschossen, an mehreren Wohnhäusern gibt es massive Schäden. Zwei Menschen sterben, 19 weitere werden verletzt, teilt der Bürgermeister der Stadt, Oleksandr Sienkewytsch, mit.
30.07.2022	Das ukrainische Verteidigungsministerium berichtet, dass Russland »Referenden« zum Anschluss an Russland in den von der russischen Armee besetzten Gebieten Cherson und Saporischschja vorbereite.
30.07.2022	Nach dem Anschlag auf ukrainische Kriegsgefangene in Oleniwka, bei dem am Vortag mehr als 50 Kriegsgefangene umkamen, spricht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von »Massenmord« und fordert, Russland offiziell als Terrorstaat zu brandmarken. Der Kommandant des Asow-Regiments, Mykyta Nadotschy, spricht von einer »öffentlichen Exekution« der Soldaten, von denen viele im Asow-Regiment dienten.

30.07.2022	Die Regierung startet mit der verordneten Evakuierung von Zivilisten aus dem Gebiet Donezk, teilt die stellvertretende Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk mit. Die Evakuierung von etwa 200.000 Zivilist:innen müsse vor der Heizperiode beginnen. Wer sich weigere zu evakuieren müsse ein Dokument unterzeichnen, in dem die Verantwortung für mögliche Risiken übernommen wird. In der Region gebe es keine stabile Strom- und Gasversorgung, da Russland diese weiterhin angreife, so Wereschtschuk.
31.07.2022	Neue Satellitenbilder zeigen, dass nur ein Gebäude des von Russland betriebenen Kriegsgefangenenlagers in Oleniwka zerstört wurde, während die anderen Gebäude keine sichtbaren Schäden haben. Das weise darauf hin, dass es sich nicht wie von Russland behauptet um einen Angriff der Ukraine gehandelt habe. Die Militärexperten des Institute for the Study of War (ISW) vermuten daher, dass vielmehr eine Brandbombe im Inneren des Gebäudes detoniert sei.
31.07.2022	Der Polizeichef der Kyjiwer Oblast berichtet, dass seit dem Rückzug der russischen Armee aus der Region Anfang April insgesamt 1.348 Leichen von Zivilisten gefunden worden seien. Etwa 300 Menschen aus der Kyjiwer Oblast gelten weiterhin als vermisst.
31.07.2022	Laut dem ukrainischen Generalstab konnte die ukrainische Armee in der Region Charkiw einen Angriff abwehren, während die russische Armee nahe Awdijiwka kleinere Geländegewinne erzielen konnte. In Odesa und Mykolajiw schlugen russische Raketen ein, wobei in Mykolajiw einer der reichsten Ukrainer, der Agrarunternehmer Oleksij Wadaturskyj, ums Leben gekommen ist. Außerdem, so der Generalstab, habe Russland einige seiner Truppen aus dem Norden der Donezker Oblast in den Süden in die Oblast Saporischschja verlegt.
01.08.2022	Beladen mit 26.000 Tonnen Mais verlässt das erste Schiff seit Monaten den Hafen von Odesa. Ermöglicht wurde dies durch Vermittlungen der UN, die gemeinsam mit der Ukraine, Russland und der Türkei eine »Schwarzmeer-Getreideinitiative« ins Leben rief, um die russische Blockade der ukrainischen Häfen zu beenden. 16 weitere Schiffe warten darauf, ebenfalls über einen mit Russland vereinbarten Korridor aus dem Hafen von Odesa in Richtung der Türkei aufzubrechen. Seit Beginn der russischen Invasion konnte die Ukraine, einer der wichtigsten Getreideexporteure der Welt, über den Seeweg kein Getreide mehr exportieren, da Russland die Häfen blockierte.
01.08.2022	Der neue ukrainische Generalstaatsanwalt Andrij Kostin teilt nach einer Vorläufigen Untersuchung mit, dass die 50 ukrainischen Kriegsgefangenen, die am 29. Juli in einem Gefangenenlager im von Russland besetzten Oleniwka bei Donezk durch eine russische Vakuumbombe umgekommen seien. Russland beschuldigt die Ukraine, das Gebäude mit einer Rakete beschossen zu haben. Kostin fordert auch ein internationales Tribunal für russische Kriegsverbrecher nach Vorbild der Nürnberger Prozesse; dies sei ein »Wunsch der ukrainischen Gesellschaft«.
01.08.2022	Die Ukraine erhält die erste Tranche einer Makrofinanzhilfe i.H.v. von 500 Mio. Euro von der EU, teilt Premierminister Denys Schmyhal mit. Mit dem Geld sollen durch den russischen Angriffskrieg entstandene Kosten gedeckt werden. Die Zweite Tranche der Finanzhilfe von insgesamt 1 Mrd. Euro soll in den kommenden Tagen folgen.
01.08.2022	Die USA unterstützen die Ukraine mit einem weiteren militärischen Hilfspaket im Umfang von 550 Mio. US-Dollar, darunter Munition für Artillerie und HIMARS-Raketenwerfer. Verteidigungsminister Oleksij Resnikow teilt mit, dass die Ukraine vier weitere HIMARS-Raketenwerfer von den USA erhalten habe sowie drei Mars II Raketenwerfer aus Deutschland, die Ziele in bis zu 70 Kilometern Entfernung treffen können.
02.08.2022	Das Schiff, das am Vortag als erstes seit Kriegsbeginn einen ukrainischen Hafen verlassen konnte, trifft am Bosphorus in Istanbul ein. Es soll am 3. August von russischen, ukrainischen und türkischen Kontrolleuren inspiziert werden, bevor es seine Weiterreise in den Libanon fortsetzen kann.
02.08.2022	Die stellvertretende Premierministerin Iryna Wereschtschuk teilt mit, dass die im Vorfeld angekündigte verordnete Evakuierung aus der Region Donezk begonnen habe. Das Ziel der ukrainischen Regierung ist es, etwa 200.000 Menschen aus der Region vor den Kampfhandlungen zu evakuieren. Laut dem Gouverneur der Region, Pawlo Kyrylenko, sind zwei Drittel der Bevölkerung bereits geflohen, etwa 350.000 Menschen sind verblieben.
02.08.2022	Dmytro Butryj, Leiter der Militärverwaltung der Region Cherson, gibt bekannt, dass die ukrainische Armee im Gebiet Cherson 53 Siedlungen von der russischen Besatzung befreit haben.
02.08.2022	Laut Kyiv School of Economics (KSE) belaufen sich die durch den Krieg verursachten Schäden in der Ukraine auf 108 Mrd. US-Dollar. Den Großteil der Schäden machen beschädigte und zerstörte Häuser und Wohnung aus. Für den Wiederaufbau benötigt die Ukraine nach Berechnungen der KSE mindestens 185 Mrd. US-Dollar.
02.08.2022	Die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles teil mit, dass ihr Land doch nicht wie angekündigt 10 Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine übergeben werde. Als Ursache für den Rückzieher wird der schlechte Zustand der Panzer genannt, der bei einer Überprüfung festgestellt wurde.

02.08.2022	Die Ukraine erhält die zweite Tranche der EU-Makrofinanzhilfe i.H.v. 500 Mio. Euro, womit das Land nun 1 Mrd. Euro eines Hilfspakets von insgesamt 9 Mrd. Euro erhalten hat. Laut einem Sprecher des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj halten einige Länder, darunter Deutschland, die Auszahlung der verbliebenen 8 Mrd. Euro, zurück.
03.08.2022	Das erste Schiff, das seit Kriegsbeginn einen ukrainischen Hafen verlassen konnte, befindet sich nach einer Kontrolle durch Inspektoren aus der Ukraine, Russlands, der Türkei und den UN auf dem Weg in den Libanon. Laut ukrainischem Außenminister Dmytro Kuleba seien weitere Getreideschiffe bereit, den Hafen von Odesa zu verlassen.
03.08.2022	Die UN kündigen eine Untersuchung des Todes von 53 ukrainischen Kriegsgefangenen im russische kontrollierten Oleniwka an. UN-Generalsekretär Antonio Guterres hofft, dass unabhängige Ermittler Zugang zu »allen notwendigen Daten« erhalten, um herauszufinden, was tatsächlich geschah. Die Ukraine beschuldigt Russland, die Kriegsgefangenen durch eine Bombe getötet zu haben, was Russland abstreitet, ohne jedoch Beweise zu liefern.
04.08.2022	Durch russischen Beschuss einer Bushaltestelle der Stadt Torezk (Gebiet Donezk) werden mindestens acht Menschen getötet und mindestens vier weitere verletzt, darunter drei Kinder, wie der Gouverneur des Gebiets Donezk, Pawlo Kyrlyenko, berichtet. Auch ein Wohnhaus und eine Kirche wurde durch den Beschuss getroffen, der Priester wurde dabei verletzt.
04.08.2022	Die USA stellen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1,8 Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Mit dem Geld soll die WHO das ukrainische Gesundheitswesen unterstützen.
05.08.2022	Die Leiterin der Ukraine-Sektion von Amnesty International, Oksana Pokaltschuk, tritt zurück, nachdem die Zentrale von Amnesty International am Vortag einen Bericht veröffentlichte, in dem die ukrainische Armee dafür kritisiert wurde, ukrainische Zivilisten zu gefährden. Der Bericht stieß nicht nur deshalb auf viel Kritik insbesondere aus der Ukraine, sondern auch, weil die ukrainische Sektion trotz ihrer Expertise und Erfahrungen nicht in die Erstellung des Berichts einbezogen wurde.
05.08.2022	Der ukrainische Kraftwerksbetreiber Enerhoatom berichtet, dass das größte Atomkraftwerk Europas bei Saporischja erneut von Russland beschossen werde. Einer der drei laufenden Atomreaktoren musste daraufhin zur Sicherheit vom Netz genommen, so Enerhoatom.
05.08.2022	Erstmals seit Ausbruch des Krieges nimmt ein Handelsschiff Kurs auf einen ukrainischen Hafen, berichtet das türkische Verteidigungsministerium. Nach einer erfolgreichen Inspektion sei es auf dem Weg in den Hafen von Tschernomorsk südlich von Odesa, wo es Getreide laden soll. Währenddessen konnten laut Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow erstmals drei mit Mais beladene Schiffe aus Tschernomorsk in Richtung Türkei aufbrechen.
05.08.2022	Italien und die Ukraine unterzeichnen ein Darlehen über 200 Mio. Euro. Das Geld wird dem ukrainischen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt, um damit Gehälter von Lehrern zu bezahlen. Laut ukrainischem Finanzministerium hat das Darlehen eine Laufzeit von 15 Jahren und ist in den ersten siebeneinhalb Jahren zinsfrei.
06.08.2022	Rafael Mariano Grossi, Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) warnt, dass Russlands Beschuss des Atomkraftwerks (AKW) in Saporischschja, dem größten in Europa, zu einem »nuklearen Desaster« führen könnte. Laut ukrainischen Angaben sei durch den russischen Beschuss bisher noch kein Reaktor ernsthaft beschädigt worden, die Gefahr einer nuklearen Katastrophe bestehe dennoch. Laut Angaben des unabhängigen russischen Mediums »The Insider« soll Russland militärische Ausrüstung in der Nähe des Kraftwerks stationiert haben und könnte das Gebiet um das AKW zudem vermint haben. Grossi teilt mit, dass die IAEA bereit sei, eine Mission zum Kraftwerk zu entsenden.
06.08.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt in seiner täglichen Abendansprache mit, dass die ukrainische Armee 1.060 von insgesamt 3.649 von Russland besetzten ukrainischen Siedlungen befreit habe.
06.08.2022	Die Republik Nordmazedonien übergibt der Ukraine vier SU-25 Kampffjets, die das Land 2001 von der Ukraine erhalten hatte, teilt der Berater des Büros des ukrainischen Präsidenten Mychajlo Podoljak mit.
07.08.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass es keine Verhandlungen mit Russland geben werde, sollten in den von Russland besetzten Gebieten »Referenden« stattfinden.
07.08.2022	Laut Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine werden inzwischen mehr als 26.000 mutmaßliche Kriegsverbrechen auf dem Gebiet der Ukraine untersucht.
07.08.2022	Das unabhängige Rechercheportal Onyx, das die militärischen Verluste beider Seiten anhand von öffentlich zugänglichen Videos und Fotos analysiert, berichtet, dass die russische Armee inzwischen mehr als 5.000 Einheiten militärischen Materials verloren habe. Der Großteil sei von der ukrainischen Armee zerstört worden, etwa ein Drittel sei von der ukrainischen Armee erbeutet worden. Die tatsächlichen Verluste an russischem Militärmaterial schätzen die Analysten von Onyx als höher ein.

07.08.2022	In der Oblast Charkiw wurden seit Kriegsbeginn mehr als 1.000 Zivilisten getötet, darunter 50 Kinder, und mehr als 2.000 verletzt, berichtet der Leiter der regionalen Staatsanwaltschaft Oleksandr Filtschakow. Auch die Zerstörung der Infrastruktur sei immens: Mehr als 7.000 Gebäude in der Stadt und der Region, darunter tausende Wohngebäude, mehr als 500 Bildungseinrichtungen und 150 Krankenhäuser, wurden laut Filtschakow vollständig oder teilweise zerstört.
08.08.2022	In der von Russland besetzten Stadt Melitopol in der Region Saporischschja gibt werden zahlreiche Explosionen verzeichnet. Ukrainischen Angaben zufolge wurden mehrere militärische Ziele in der Stadt mit HIMARS-Raketenwerfen angegriffen.
08.08.2022	Der Kyiv Independent berichtet, dass Russland weiterhin zahlreiche Truppen in den Süden der Ukraine verlegt, wo eine ukrainische Gegenoffensive erwartet werde. Inzwischen soll mehr als ein Drittel der russischen Streitkräfte in der Region stationiert sein, berichtet die Zeitung mit Verweis auf Militäranalysten.
08.08.2022	Die USA geben ein neues militärisches Hilfspaket i.H.v. 1 Mrd. US-Dollar für die Ukraine bekannt. Das Hilfspaket umfasst Munition für verschiedene Artilleriesysteme, medizinische Fahrzeuge und weitere militärische Ausrüstung. Darüber hinaus stellen die USA der Ukraine weitere 4,5 Mrd. US-Dollar Finanzhilfen für den Staatshaushalt bereit. Die erste Tranche soll noch im August ausgezahlt werden.
08.08.2022	Der Botschafter der Ukraine in der Türkei teilt mit, dass der türkische Drohnenhersteller Baykar, der die ukrainische Armee mit Bayraktar-Drohnen beliefere, eine Drohnenfabrik in der Ukraine bauen werde. Derzeit liefen die Vorbereitungen dafür, so der Botschafter.
09.08.2022	Zwei weitere Schiffe mit insgesamt 70.000 Tonnen landwirtschaftlichen Produkten verlassen Angaben des Infrastrukturministeriums zufolge den Hafen in Tschernomorsk. Ziel der Ukraine ist es laut dem Ministerium, dass monatlich etwa 100 Schiffe ukrainische Häfen verlassen können.
09.08.2022	Auf der von Russland annektierten Krim kommt es zu mehreren Explosionen, unter anderem auf dem militärischen Luftwaffenstützpunkt Saki im Westen der Halbinsel. Russischen Angaben zufolge sollen die Explosionen, bei denen mindestens drei Menschen verletzt wurden, durch detonierende Munition ausgelöst worden sein. Die Ukraine nimmt zu den Explosionen keine Stellung, westliche Beobachter vermuten jedoch einen gezielten ukrainischen Raketenangriff. Darauf deutet auch die Ansprache von Präsident Wolodymyr Selenskyj hin, der am Abend erklärt, dass der Krieg mit der Befreiung der Krim enden müsse, mit deren Annexion der Krieg auch begann.
09.08.2022	Ukrainische Menschenrechtsaktivisten vermuten laut Kyiv Independent, dass seit Kriegsbeginn mehr als 100.000 Menschen im besetzten Donbas von für die russische Armee zwangsrekrutiert wurden. Die Zwangsrekrutierung in besetzten Gebieten, die häufig gewaltsam erfolgt, gilt als Kriegsverbrechen.
09.08.2022	Die estnische Premierministerin Kaja Kallas fordert die Vergabe touristischer Visa in Länder der EU zu stoppen. Zuvor sagte der estnische Außenminister Urmas Reinsalu, dass es moralisch falsch sei, so russische Touristen massenweise nach Europa reisen zu lassen, während Russland Kinder in der Ukraine ermorde.
10.08.2022	Laut dem ukrainischen Investigativprogramm »Schemy« zeigen neue Satellitenaufnahmen, dass auf dem Saki-Luftwaffenstützpunkt auf der von Russland annektierten Krim durch die Explosionen am Vortag neun russische Kampffjets zerstört oder beschädigt wurden sowie vermutlich ein Munitionsdepot.
10.08.2022	Das Staatliche Statistikamt berichtet, die Inflation sei im Juli auf 22,2 Prozent gestiegen im Vergleich zum Vorjahr. Das Statistikamt erwartet, dass die Inflation zum Jahresende mehr als 30 Prozent betragen werde.
10.08.2022	Das ukrainische Militär hat eine Brücke über den Dnipro in der Region Cherson durch einen Angriff stark beschädigt, um der russischen Armee die Versorgung mit Nachschub zu erschweren. Es ist bereits die zweite Brücke in der Region, die von der ukrainischen Armee aus diesem Grunde angegriffen wurde.
10.08.2022	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass internationale Kreditgeber der Ukraine sich geeinigt hätten, die bevorstehende Rückzahlung von knapp 20 Mrd. US-Dollar Schulden um zwei Jahre stunden. Damit soll der angesichts des Krieges stark defizitäre Haushalt der Ukraine entlastet werden.
10.08.2022	Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace erklärt, dass Großbritannien der Ukraine drei weitere M270 Mehrfachraketenwerfer (MLRS) zur Verfügung stellen werden, wodurch die Anzahl der britischen MLRS auf sechs Systeme steigt. Die britischen Raketenwerfer verwenden dieselbe Munition wie die US-amerikanischen HIMARS-Raketenwerfer und haben ebenfalls eine Reichweite von 80 Kilometern.
10.08.2022	Der tschechische Außenminister Jan Lipavsky unterstützt die Forderungen eines Stops von EU-Touristenvisa für russische Staatsangehörige. Tschechien war das erste Land in der EU, dass ab dem 25. Februar keine Touristenvisa mehr an russische Bürger:innen ausstellte.
10.08.2022	Deutschland liefert vier weitere Gepard-Flugabwehrsysteme an die Ukraine. 12 Gepards wurden bereits an die Ukraine ausgeliefert, 18 weitere Flugabwehrsysteme sollen noch folgen.

11.08.2022	Der Generalstab der Ukraine teilt mit, dass die ukrainische Armee einen Angriff auf die Stadt Bachmut in der Donezker Oblast abgewehrt habe. Sechs Zivilist:innen seien durch russischen Beschuss dennoch ums Leben gekommen.
11.08.2022	Das britische Verteidigungsministerium sieht angesichts der jüngsten Erfolge der ukrainischen Armee bei der Abwehr zahlreicher Angriffe die russische Invasion als gestoppt an, dem Verteidigungsminister Ben Wallace zufolge sei die Invasion gescheitert und »es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Besetzung der Ukraine jemals gelingen werde«.
11.08.2022	Mehrere nordeuropäische Staaten beschließen auf einer Geberkonferenz in Kopenhagen, der Ukraine insgesamt 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Das Geld ist für Waffenkäufe und militärisches Training bestimmt. Island erklärt sich dazu bereit, ein Minenräumungsprojekt zu leiten.
11.08.2022	Während sich immer mehr osteuropäische und baltische Staaten für ein Visa-Verbot für russische Tourist:innen aussprechen, ist der deutsche Bundeskanzler dagegen: »Das ist Wladimir Putins Krieg. Und deswegen habe ich Probleme mit dieser Idee«. Strafmaßnahmen sollten auf die Entscheidungsträger:innen zielen, nicht auf die gesamte Bevölkerung Russlands.
12.08.2022	Das erste Schiff, das Getreide von der Ukraine nach Afrika transportieren soll, trifft im größten ukrainischen Hafen, Piwdennyj südlich von Odesa, ein. Von dort soll es Getreide nach Äthiopien liefern, so Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow.
12.08.2022	Die ukrainische Armee beschießt eine weitere Brücke in der Region Cherson. Laut dem US-Think Tank Institute for the Study of War wird dabei die letzte intakte Brücke in der Nähe von Nowa Kachowka beschädigt, die das russische Militär für den Nachschub über den Dnipro nutzt.
12.08.2022	Der ukrainische Beauftragte für Vermisste, Oleh Kotenko, erklärt, dass die Ukraine von Russland seit Kriegsbeginn die Leichen von 522 Soldat:innen erhalten hat, die zuvor als vermisste gegolten hatten.
12.08.2022	Laut einem Bericht der New York Times, der sich auf Aussagen von amerikanischen Militärs und Geheimdiensten stützt, werden täglich etwa 500 russische Soldaten in der Ukraine getötet oder verletzt. Laut ukrainischen Schätzungen sind seit Kriegsbeginn 43,200 russische Soldaten in der Ukraine ums Leben gekommen.
13.08.2022	Der ukrainische Generalstab berichtet, dass die russische Armee die Offensive in der Oblast Donezk fortsetze und versuche, die ukrainische Verteidigung zu durchbrechen. Heftige Gefechte gibt es in der Nähe von Awdiwka, Pisky, Bachmut und weiteren Orten.
13.08.2022	Mychajlo Podoljak, dem Berater des Büros des Präsidenten zufolge, beschießt Russland absichtlich Stromleitungen in der Nähe des Atomkraftwerks Saporischschja, um den Süden der Ukraine von der Stromversorgung abzuschneiden. Präsident Wolodymyr Selenskyj warnt vor einer nuklearen Gefahr durch den russischen Beschuss und fordert Sanktionen gegen die russische Atomindustrie.
13.08.2022	Die Slowakei liefert vier Zuzana-Haubitzen in die Ukraine. Darüber hinaus sollen laut dem slowakischen Verteidigungsminister Jaro Nad vier weitere Haubitzen geliefert werden.
14.08.2022	Vize-Premierministerin Iryna Wereschtschuk ruft zur Evakuierung der verbliebenen Bewohner:innen in der Region Cherson auf, da ein »schwieriger Winter bevorstehe«. Der Regionalverwaltung zufolge hat bereits etwa die Hälfte der Bevölkerung die Region verlassen und rechnet mit der Evakuierung von 20.000 weiteren Personen.
14.08.2022	Nah der von Russland besetzten Stadt Melitopol im Süden der Oblast Saporischschja haben ukrainische Partisanen eine Eisenbahnbrücke zerstört. Dadurch wird den Nachschub für das russische Militär von der annektierten Krim auf das von Russland besetzte ukrainische Festland erschwert.
14.08.2022	42 Staaten, darunter alle Länder der EU sowie u. a. die USA, Kanada, Japan, Australien, fordern Russland dazu auf, seine Truppen vom Atomkraftwerk (AKW) Saporischschja abziehen. Die russische Kontrolle des AKWs gefährde die nukleare Sicherheit. Russland beschießt vom Gelände des AKWs aus regelmäßig ukrainische Positionen, während die Ukraine das Feuern nicht erwidern kann.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Martin-Paul Buchholz und Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Martin-Paul Buchholz und Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.